Geschichte der Synagogen-Gemeinde zu Stettin

Mit 27 Bildbeilagen
und einer Skizze im Text.

Von
Jacob Peiser
Stettin

1935

Im Selbstverlag der
Synagogen-Gemeinde zu Stettin

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2026

Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Otto Gröner (Inh. Franz Loewenson), Berlin N 24

BILDBEILAGEN:

Abb. 1. Gründungsakte der Synagogengemeinde Stettin. (Erste Seite.)

Abb. 2. Gründungsakte der Synagogengemeinde Stettin. (Letzte Seite.)

Abb. 3. Synagoge, Fassade.

Abb. 4. Verwaltungsgebäude.

Abb. 5. Synagoge, Innenansicht.

Abb. 6. Orgelempore.

Abb. 7. Kuppelpfeiler und Zwickel.

Abb. 8. Durchblick durch die Kuppelkonstruktion.

Abb. 9. Heilige Lade, geöffnet.

Abb. 10. Wochentagssynagoge.

Abb. 11. Chanukkaleuchter (1,50 m hoch). 5595/1835.

Abb. 12. Thoramäntelchen aus dem Jahre 5595/1835.

Abb. 13. Silberne Thoraaufsätze.

Abb. 14. Silberne Thoraschilder und Thorazeiger. (Unten hölzerner Thorazeiger.)

Abb. 15. Kidduschbecher und Bsomimbüchse.

Abb. 16. Leuchter.

Abb. 17. Grabmal Rabbiner Dr. Treuenfels.

Abb. 18. Grabmal Rabbiner Dr. Vogelstein.

Abb. 19. Grabmal Rabbiner Dr. Worms.

Abb. 20. Grabmal Chaim Coeslin.

Abb. 21. Friedhof, alter Teil.

Abb. 22. Friedhof, neuer Teil.

Abb. 23. Ältestes Grabdenkmal (Holz).

Abb. 24. Friedhofshalle, Innenansicht.

Abb. 25. Ehrenfriedhof mit Rückseite der Friedhofshalle.

Abb. 26. Gefallenengedenktafel in der Synagoge.

Abb. 27. Vorstandssitzung im Konferenzzimmer des Verwaltungsbüros.

INHALT.

I. Die Konstituierung der Gemeinde und die Entwicklung ihrer Verfassung 7

II. Die Synagoge 14

III. Die bisherigen Vorsitzenden des Vorstandes und der Repräsentanten-Versammlung, Synagogenkommissare, Gemeindeälteste 34

IV. Die bisherigen Beamten der Gemeinde. Der Organist und der Synagogenchor 36

V. Die Verwaltung der Gemeinde

a) Finanzwesen 42

b) Hausgrundstücke 45

c) Friedhof 47

d) Wohlfahrtswesen 55

e) Bücherei. Gemeindeblatt. Erwachsenenbildung. Jugendpflege 58

f) Religionsschule 61

g) Volksschule 64

h) Verwaltungsbüro 66

VI. Die bevölkerungspolitische Entwicklung der Gemeinde 69

VII. Die derzeitige Verwaltung der Gemeinde und ihre heute tätigen Beamten 77

*

A. Adaß Jißroel 80

B. Wohlfahrtsanstalten und -Vereine:

1. Israelitischer Wohltätigkeits- und Beerdigungs-Verein (Chewra kadischah) 83

2. Israelitischer Frauenverein E. V. 92

3. Israelitisches Waisenhaus 96

4. Jüdisches Altersheim E. V. 99

*

Schlußwort 102

Literatur 103

Bildbeilagen 105

VORWORT

Die für einen Festartikel zum 60jährigen Synagogenjubiläum (und — wie sich während der Arbeit herausstellte — auch hundertsten Jubiläum der alten Synagoge) notwendigen Aktenstudien gaben mir Gelegenheit, mich auch in die geschichtlichen Akten unserer Gemeinde und ihrer Wohlfahrtsinstitutionen weiter zu vertiefen und ihre Entstehung und ihr Werden aktenmäßig zu verfolgen. Der jeden dafür Interessierten fesselnde Stoff veranlaßte mich, die Ergebnisse aufzuzeichnen, und so entstand aus einem ursprünglich nur kleinen und allein die Synagoge betreffenden Aufsatz diese Geschichte der Stettiner Synagogengemeinde, wohl die erste in dieser umfassenderen Art.

Die im Anhang in Kunstdruck beigegebenen Bilder sind nach eigenen Fotografien gefertigt.

Zu besonderem Dank bin ich Herrn Dr. *Jacobsohn*, Berlin, vom Gesamtarchiv der deutschen Juden verpflichtet, der mich in schätzenswerter Weise bei der Arbeit unterstützte, ferner Herrn Bernhard *Garbarsky*, der durch seine langjährige Kenntnis der hiesigen Verhältnisse und Personen wertvolle Hinweise gab und damit das teilweise auch von ihm selbst besorgte mühevolle Aktenstudium erleichterte — nicht zuletzt aber auch dem Gemeindevorstand, der die Herausgabe dieser Schrift ermöglichte.

Stettin, im Mai 1935.

J. Peiser.

Ergänzungsblätter
zur
„Geschichte der Synagogen-Gemeinde zu Stettin“
von J. Peiser.

Da es sich bei der Abfassung dieser Gemeindegeschichte nur um diejenige der im Jahre 1816 gegründeten Stettiner jüdischen Gemeinde handelte, nicht aber um eine solche der bis dahin in Stettin nur vereinzelt ansässig gewesenen Juden, glaubte der Verfasser, auf die Vorgeschichte nicht ausführlicher eingehen zu brauchen. Auf vielfache Anfragen sei sie jedoch im folgenden nachgetragen:

Ob im ersten Jahrtausend d. g. Z. in Stettin und Pommern Juden gewohnt haben, ist nicht feststellbar. Zwar erstreckte sich der arabisch-jüdische Handel im 10. Jahrhundert bis an die Ostsee, und aus den Funden arabischer Münzen, z. B. in der Gegend des einstigen Schlosses bei Wollin, sowie aus dem Reisebericht des afrikanischen Juden Abraham ibn Jakub, den sein Weg Ende des 10. Jahrhunderts über Prag und Magdeburg fast bis zur Ostseeküste führt, wissen wir, wie weit dieser Handel des Orients mit den baltischen Ländern reichte; über die etwaige Beteiligung pommerscher Juden ist aber nichts bekannt.

In Deutschland waren die Juden im frühen Mittelalter mit

der übrigen Bevölkerung fast gleichgestellt, wenn auch nicht vollberechtigte Untertanen des Landesherrn; so waren sie z. B. von der Institution des Wergeldes (d. i. ein Sühnegeld bei Körperverletzungen) ausgeschlossen. Aber auch diese beschränkte Gleichheit schwindet seit den durch die Kreuzzüge hervorgerufenen Verfolgungen. 1215 erklärt das 4. Lateran-konzil die Juden für unrein, verbietet streng die Mischehe und führt äußere Abzeichen bzw. Tracht (langer Rock, Judenhut) ein, wenn dies ursprünglich auch keine gar so schwerwiegende Ausnahmebestimmung war, da ja auch die anderen Stände — und als solcher werden die Juden angesehen — durch Trachten unterschieden werden.

Die deutschen Kaiser, insbesondere die Staufen, hatten die Juden ihrem besonderen Schutz unterstellt; so verlieh ihnen Friedrich II. im Juli 1236 ausdrücklich das Reichsprivilegium als Kammerknechte (servi camere). Aber bei der Machtlosigkeit des Kaisertums, diese Forderungen durchzusetzen, hatte dieses Privilegium häufig wenig Erfolg gegenüber den Lehnsherren. Seit dem Untergang der Staufenkaiser verschlechterte sich die Lage der Juden folgerichtig immer mehr. Denn in den Rahmen der bisherigen universalen Reichsidee hatten sie sich noch einfügen lassen, aber bei den jetzt aufkommenden geschlossenen Territorialstaaten konnte diese Einordnung nicht mehr so reibungslos vor sich gehen. Sie werden aus dem Handel verdrängt und auf Geldgeschäfte beschränkt, mit denen seit jeher der Vorwurf des Wuchers verbunden ist. Jeder Lehnsherr behandelt sie nach Willkür als Eigenleute, und ihr Privileg der Kammerknechtschaft wird kaum noch beachtet, bis dieses schließlich von Kaiser Karl IV. aufgegeben wird. Erst die späteren Habsburger, als Vertreter eines neuen Universalismus, unterstellen die Juden 1544 wieder der Reichsgewalt.

Ende des 12. Jahrhunderts wandern die ersten Deutschen aus Westdeutschland in das bis dahin völlig slawische und erst anfangs des 12. Jahrhunderts christianisierte Pommern ein. Etwa zur gleichen Zeit finden wir die ersten Nachrichten über Stettiner Juden vor. Diese sind also entweder ungefähr gleichzeitig mit den deutschen Kolonisten hier eingewandert, vielleicht aber noch früher, wahrscheinlich suchten sie infolge der blutigen Ereignisse während der Kreuzzüge hier eine neue Heimat.

Stettin stand, seit es im 12. Jahrhundert in die Geschichte eintritt, unter der Herrschaft pommerscher Herzöge, von denen Barnim I. die Stadt am 3. April 1243 mit dem Magdeburger Recht belehnt und am 2. Dezember 1261 „den in Stettin oder sonst in seinem Lande wohnenden Juden dasselbe Recht verleiht, das sie in Magdeburg besitzen".*) Es scheint daher auch hier, wie so häufig, das kaiserliche Privileg der Kammerknechtschaft der Juden faktisch nicht in Geltung zu sein. Das Judenschutzrecht war also ein Regal des Pommernherzogs, der es ausübte oder weiter verlieh; damit war auch das Recht der Aufnahme verbunden. Die mit diesem Recht belehnte Stadt schützt die Juden, gibt ihnen anfangs sogar das Bürgerrecht, allerdings ist dies nur ein jus minus, denn Ämter dürfen Juden nicht bekleiden, ebensowenig Hausbesitzer werden, dagegen war ihnen Pacht nicht untersagt. In die Gilden und Zünfte aber konnten sie, schon wegen deren christlichen Charakters, aber sicher auch aus Konkurrenzgründen, nicht aufgenommen werden. Standen sie

*) Der betr. Teil des Textes der Urkunde, die noch andere Rechte für die Stadt Stettin aufführt, lautet:

„Donauimus insuper memoratis burgensibus et eorum hanc prerogatiuam successoribus, vt omnes iudei in ciuitate sepedicta Stetin manentes aut vbicumque in terra nostra manentes teneantur seruare in omnibus iura, que iudei in ciuitate Magdeborch manentes obseruant."

unter dem Schutz der Stadt, so konnten z. B. herzogliche Beamte nichts gegen sie unternehmen. Soweit aber den Städten das Judenschutzrecht nicht verliehen ist, hält der Herzog daran fest.

Einen wichtigen Punkt des verliehenen Magdeburger Rechts bildet die Gerichtsbarkeit der Juden: Sie hatten bei einem Eide gegen Christen eine besondere Eidesformel unter allerdings erniedrigenden Zeremonien zu sprechen, von denen manche bis auf die Karolingerzeit zurückgingen. Im übrigen ist bei der Jurisdiktion zwischen privatrechtlichen und strafrechtlichen Fällen zu unterscheiden: Privatrechtliche Streitigkeiten von Juden untereinander entscheidet nur ein jüdisches Gericht nach talmudischem Recht. Prozesse von Juden und Christen untereinander gehören vor ein christliches Gericht. Die Strafjustiz wird vom landesherrlichen, also meist dem Stadtgericht, ausgeübt.

Durch diese Urkunde von 1261 erhalten wir zum ersten Male authentische Kenntnis von der Niederlassung von Juden in Stettin und Pommern. Wenig später treffen wir derartige Urkunden auch in anderen pommerschen Städten an. Wie groß die Zahl der Juden ist, geht jedoch nicht daraus hervor. Sie kann aber nur sehr klein gewesen sein, so daß man von Gemeinden, wie sie in andern Gegenden Deutschlands existierten und die ihre Vorsteher (episcopus judeorum, Judenbischof) und ihre Gemeindevertretung (consilium) hatten, kaum sprechen kann. Auch der in westdeutschen Gemeinden stets vorhandene Rabbi wird niemals erwähnt. Im übrigen hatten die Juden dort, wo ihnen das Aufenthaltsrecht zugestanden war, stets das Recht freier Religionsübung.

In den Urkunden vom 21. 9. 1308 (Otto I.) und 13. 7. 1371 (Kasimir IV. und Swantibor III.) werden u. a. die Rechte der Juden bestätigt, und unterm 12. 1. 1325 finden wir die

urkundliche Erwähnung der Verleihung des Bürgerrechts an einen Stettiner Juden: Die Herzöge Otto I. und Barnim III. „gestatten dem Rat der Stadt Stettin zum Dank für seine treuen Dienste", daß der Jude Jordan und seine Erben mit Familie in Stettin zu Bürgerrecht wohnen können und dasselbe leisten wie die übrigen Stettiner Bürger. Sie dürfen nicht mehr belastet werden als die übrigen Bürger und zahlen dem Herzog 40 Mark Zins, je die Hälfte zu Michaelis und Ostern.

So sehen wir bis etwa Mitte des 14. Jahrhunderts eine verhältnismäßige Gleichstellung mit den übrigen Bürgern. Dies ändert sich aber, als die Juden immer mehr zum Geldhandel gedrängt werden und schließlich 1348 der „schwarze Tod" und mit ihm die Beschuldigungen gegen die Juden einsetzen. Seit 1325 besitzen wir keinerlei Juden betreffende Urkunden, wahrscheinlich ist für die folgenden hundert Jahre kaum mit einem Vorhandensein von Judengemeinden in Pommern — in Stettin bis zum Jahre 1816 — zu rechnen. Am 30. Dezember 1481 erteilt Bogislav X. in Ückermünde ein Privileg, in dem er 22 namentlich aufgeführten Juden das Wohnrecht in Pommern verleiht und Rechte und Pflichten genau bestimmt: sie dürfen nur vor das Gericht des Landesherrn bzw. dessen Vertreters an ihrem Wohnort gezogen werden. Die Richter sollen ordentlich Recht sprechen. Als Wohnorte werden aber nur Damm (9 Juden), Pyritz (5), Gartz (5), Greifenhagen (3), jedoch nicht Stettin aufgeführt. Aber 1492/93 werden sämtliche Juden Pommerns unter der Anklage der Hostienschändung von Bogislav X. vertrieben. Nur aus dem Jahre 1558 existiert ein Aktenstück, wonach eine Jüdin wegen einer Rechtssache nach Stettin gekommen war und hierbei einflußreiche Verbindungen angeknüpft hatte. Herzog Barnim XI. erteilt dieser Frau Rebekka, Witwe

des Isaac Meyer, am 16. 3. 1558 einen Geleitsbrief und einen Schutzbrief zur Einkassierung ihrer Forderungen in Stettin und Pommern und erneuert diesen Brief am 2. 6. 1558. (Originalkonzept St.A. Stettin.) Wenn auch inzwischen die Reformation in Stettin ihren siegreichen Einzug gehalten hatte, so war die evangelische Geistlichkeit den Juden doch ebenso feindlich gesonnen wie vordem die katholische und erreichte denn auch wahrscheinlich durch den Superintendenten Paulus von Rode die Ausweisung der genannten Jüdin.

Erst als 1637 mit Bogislav XIV. das pommersche Herzoghaus ausstarb und Brandenburg zunächst Hinterpommern erbt, begegnen wir hier unter dem Großen Kurfürsten wieder Juden, die wohl während des Dreißigjährigen Krieges hierher gelangt waren, und die er gegen die Städte kräftig in Schutz nimmt. Ja, 1706 konstituieren sich diese schwachen Judensiedlungen (1705 gab es 45 jüdische Familien in Pommern) zu einer einheitlichen Landjudengemeinde, dem ersten „Landesverband" in Ostdeutschland, dessen erste Tagung 1706 in Stargard stattfand.

Ebenso waren in dem Schweden im westfälischen Frieden 1648 zugeteilten Vorpommern mit Stettin Juden allenfalls vorübergehend als Heereslieferanten zu finden, sonst aber seit 1691 nur einzeln mit spezieller Erlaubnis, die sich seit 1695 auf das Geldgeschäft beschränkt. Über Stettiner Juden erfahren wir jedoch nichts.

Hierbei sei aber eine Darstellung aus den „Denkwürdigkeiten der Glückel von Hameln" erwähnt, wonach ein gewisser Moses aus Helmstädt im Braunschweigischen, von ihr kurz Moses Helmstädt genannt, in Stettin das Niederlassungsrecht erhalten und sich dort „mächtige Schutzbriefe und das Münzrecht verschafft hat". Später prozessierte er gegen den Kommissarius, verlor wahrscheinlich den Prozeß und damit auch sein Ver-

mögen, wobei auch Glückels Mann geschädigt wurde. Im übrigen entwirft sie kein sehr sympathisches Bild dieses Helmstädt. Diese Episode muß etwa in der Zeit von 1670 bis 1680 gespielt haben. Wahrscheinlich ist dieser Mann identisch mit einem Moses Helmstädt, der durch Erlaß der schwedischen Regierung vom 6. Juli 1681 die Erlaubnis erhält, sich als Juwelier und Goldschmidt in Greifswald niederzulassen. „Die Juden, die ihm Silber oder Gold zubringen, sollen in die Stadt gelassen werden, sonst aber keine neben ihm geduldet werden." Die Stadt Greifswald mußte allerdings erst zur Aufnahme des Helmstädt gezwungen werden. Ursprünglich hatte dieser sich in Stettin niederlassen wollen, doch setzte die Geistlichkeit ein Verbot durch, zu dem Helmstädt wohl durch sein bisheriges Verhalten Veranlassung gegeben hatte. Im übrigen befand sich im schwedischen Stettin kein Jude, was zur Folge hatte, daß sich im benachbarten brandenburgisch-pommerschen Altdamm verhältnismäßig viele Juden ansammelten. (In ganz Hinterpommern zählte man 1688 75 Personen.) Durch Verfügung der schwedischen Regierung von 1683 durfte dann, sicherlich auf Veranlassung der interessierten Kaufleute, je 1 Jude in Stettin wohnen, um unter Aufsicht des Berliner Rabbinats den Handel mit Koscher-Weinen rituell zu überwachen.

Während im brandenburgisch-preußischen Hinterpommern die Juden aus kommerziellen und finanziellen Gründen, besonders mit zunehmender Industrialisierung von den preußischen Herrschern begünstigt werden (1682 wohnen dort nur 4 Familien, 1700 ist ihre Zahl auf 36 Familien mit etwa 175 Personen angewachsen), scheint, selbst nachdem Stettin durch den Frieden zu Stockholm 1720 an Preußen gekommen war, kein Jude — außer dem die Weine beaufsichtigenden — hier wohnhaft gewesen zu sein. Erst nach Erlaß des preußi-

schen Judenedikts von 1812 und der französischen Belagerung von 1813 setzte ihr Zuzug in Stettin ein. Damit beginnt die „Geschichte der Synagogen-Gemeinde zu Stettin“ (siehe dort S. 7).

Das wechselreiche Schicksal der Juden in den einzelnen pommerschen Städten behandelt Ulrich Grotefend ausführlich in seiner Studie „Geschichte und rechtliche Stellung der Juden in Pommern“, erschienen in Band 32 der „Baltischen Studien“.

Der Kuriosität halber sei hier aber noch folgendes erwähnt: Im Jahre 1753 tauchte bei den preußischen Behörden der insbesondere von der pommerschen Kammer empfohlene merkwürdige Plan auf, „eine eigene Judenstadt in Pommern unweit Leba im Lauenburgischen an dem Fluß Leba“ anzulegen. Bei den 1754 anschließenden sehr ernsthaften Verhandlungen wurde das absurde Projekt allerdings bald aufgegeben.

Literatur:

Urkunden im Preuß. Staatsarchiv für die Provinz Pommern.
Pommersches Urkundenbuch, bearbeitet von Dr. Prümers, Bd. II, 1, 1881.
Pommersches Urkundenbuch, bearbeitet von Dr. Winter, Bd. IV, 1, 1902.
Thomas Kantzow, Chronik von Pommern.
W. H. Meyer, Stettin in alter und neuer Zeit, 1887.
Denkwürdigkeiten der Glückel von Hameln.
Gemeindeblatt der Synagogen-Gemeinde zu Stettin, Jahrgang 1932 Nr. 5: Brilling, „Zur Geschichte der Juden im Mittelalter“.

I. Die Konstituierung der Gemeinde und die Entwicklung ihrer Verfassung

Die Stettiner Synagogengemeinde ist im Vergleich zu anderen jüdischen Gemeinden in Deutschland eine verhältnismäßig junge. Das Edikt König Friedrich Wilhelms III. vom 11. März 1812 bestimmte, daß „alle in den preußischen Ländern befindlichen eingesessenen Juden von nun an als Staatsbürger zu betrachten seien und mit den Christen gleiche bürgerliche Rechte und Freiheiten genießen sollten". Damit war ihnen Freizügigkeit gewährt und die alte gesetzliche oder herkömmliche Wohnungsbeschränkung aufgehoben. Bald darauf brach jedoch der französisch-russische Krieg aus, in dessen Verlauf das damals von den Franzosen besetzte Stettin von den Preußen belagert und erst am 5. Dezember 1813 übergeben wurde. Vor dieser Belagerung hatten sich noch keine Juden von auswärts hier niederlassen können, da ihnen in Stettin als Festungsstadt der Aufenthalt untersagt war. Nur *einer* hatte von altersher die Erlaubnis, mit seiner Familie hier zu wohnen, um (unter Oberaufsicht des Berliner Rabbinats) den Handel hiesiger Kaufleute mit *Koscherwein* rituell zu überwachen. Zur fraglichen Zeit wohnte hier in dieser Eigenschaft der als Gelehrter und Verfasser des „Maßlul" und anderer Werke über hebräische Grammatik wohlbekannte Herr J. *Borchardt*, auch R. Chaim *Coeslin ge-*

nannt. Dieser Name befindet sich auch auf seinem Grabstein (Abb. 20).

Von 1814 ab haben sich dann mehrere Juden hier niedergelassen. Es waren die Gebrüder Benjamin, Samuel und Jacob Heymann, Hirsch und Moses Wald, Bankier Borchardt jun., Saling und einige andere. Ihr erstes Bemühen war die Beschaffung eines Begräbnisplatzes, zumal auch die Regierung eine dementsprechende Verordnung erließ.

Am 1. Juli 1816 konstituieren sich die 18 hier wohnhaften Juden zu einer Gesellschaft, welche laut § 1 „zur Aufrechterhaltung der Religionsbräuche eine eigene kleine Kirche, einen Kirchenvorsteher und einen eigenen Kirchhof anzuschaffen" beschließen. Es verpflichtet sich jedes der verheirateten Mitglieder 10 Taler und der unverheirateten 5 Taler zur Kostenbestreitung zu erlegen, außerdem aber einen monatlichen Beitrag von 6 Ggr. und 12 Ggr. Mitzwothgeld zu den laufenden Kosten zu zahlen. Es wurden damals die Herren Haim Borchardt und Benjamin Heymann als Vorsteher und H. Wald als Rechnungsführer gewählt, jedoch bemerkt das Protokoll, daß sämtliche Ausgaben cessiren sollen, sobald die Kasse erschöpft ist.

Das Statut schließt mit der Bemerkung: „daß alle diese und ferneren Bestimmungen auch von den Nachkommen auf das strengste befolgt werden sollen, und daß jeder auf das Wohl des Ganzen Bedacht zu nehmen und das Bestreben für Einigkeit und Ordnung zu unterstützen habe".

Dieses Dokument, die *Gründungsakte unserer Gemeinde*, hat besonderen urkundlichen Wert. Deshalb seien auch hier die Namen der 18 Begründer unserer Gemeinde aufgeführt:

J. H. Borchart	B. Loewenstein
Louis Saling	J. Isenthal
M. Borchard	J. Heymann

B. Heymann	J. Meyer
S. Heymann	L. Hoffstaedt
Moses Wald	I. Meyerheim
Hirsch Wald	J. Friede
Itzig Cohn	F. Tepper
Moses Daus	J. Hammerfeld.

In der Bildbeilage Abb. 1 und 2 ist die erste und letzte Seite dieser interessanten Urkunde wiedergegeben.

Wir treffen im Jahre 1820 die Herren Theodor *Borchart* und M. *Daus* als Vorsteher an und finden am 17. Dezember desselben Jahres bereits eine Armenkasse in der Gemeinde vor. Aber schon zu jener Zeit und trotz der geringen Anzahl der Mitglieder scheint es unpraktisch gefunden zu sein, sämtliche Mitglieder bei vorliegenden Beratungen zusammenkommen zu lassen, denn es war am 9. April 1821 beschlossen, einen engeren Ausschuß, mit Einschluß der beiden Vorsteher aus 5 Mitgliedern bestehend, zu wählen.

Im Jahre 1829 wird am 20. Oktober ein neues Statut beschlossen. Da dieses auf lange Zeit hinaus die Verwaltungsgrundlage der Gemeinde bildet, seien hier folgende interessante Einzelheiten wiedergegeben: Zum Vermögen der Gesellschaft gehören u. a. der aus unsern Mitteln angekaufte jüdische Begräbnisplatz nebst Umzäunung, sämtliche auf dem Begräbnisplatz gelegenen Gebäude, Utensilien und mehrere auf Holztafeln befestigte jüdische Gebetformeln und ein Totenwagen; ferner die für eine Summe von 115 Talern angeschaffte Thora nebst Anzügen und ein weißer seidener Vorhang; der für eine Summe von 36 Talern angeschaffte große Beschneidungsstuhl, ein Teil der inneren Einrichtung eines ausschließlich für die Gesellschaftsmitglieder in dem auf der Oder stehenden Badehause befindlichen Badezimmers.

Jedes neu eintretende Mitglied muß vor seiner Aufnahme

eine bare Summe von 105 Talern Preuß. Courant zahlen, von welcher 30 Taler zur Gemeindekasse und 75 Taler zur Kasse der Kirchhofs-Verwaltungs-Deputation fließen sollen.

Da nach Reskript Sr. Exzellenz des Ministers des Innern vom 1. September 1818 jeder jüdische Bürger verpflichtet ist, für sich und seine Familie einen Begräbnisplatz zu beschaffen und diese Verpflichtung sogar zur unerläßlichen Bedingung seiner Aufnahme und Duldung gemacht ist, so soll jeder hier ansässige Bürger und alle andern jüdischen nicht im Dienste der Gesellschaft stehenden Individuen, welche nicht Mitglieder der Gesellschaft sind, verpflichtet sein, für ihren und ihrer Nachkommen Anteil an dem Kirchhof eine Ankaufsumme von 75 Talern Preuß. Courant zu zahlen.

Die Söhne von Mitgliedern müssen, ebenso wie diese selbst, vor Ableistung des Bürgereides die Aufnahme in die Gesellschaft schriftlich nachsuchen. Als Kinder eines Mitgliedes haben sie nur 10 Taler an die Gemeindekasse und 15 Taler an die Kasse der Kirchhofs-Verwaltungs-Deputation zu zahlen. Sonst darf ihnen nicht erlaubt werden, den Bürgereid in der Synagoge abzuleisten.

Es soll ferner eine angemessene Repräsentation der Gesellschaft gestellt werden, und zwar, solange die Anzahl der stimmfähigen Mitglieder die Zahl 40 nicht überschreitet, 7 Gesellschaftsrepräsentanten. Ihre Dienstzeit beträgt drei Jahre. Von diesen zu wählenden Repräsentanten müssen wenigstens drei der Feder gewachsen und fähig sein, einen vollkommen verständlichen, richtigen deutschen Aufsatz selbst abzufassen.

Nichtmitglieder der Gemeinde müssen die Erlaubnis der Repräsentanten nachsuchen, wenn sie in ihrer eigenen Angelegenheit einen von der Obrigkeit ihnen auferlegten Eid ableisten sollen.

Da nach einem Reskript des Ministers des Innern und der Unterrichtsangelegenheiten vom 11. März 1822 auch jüdische Kirchengesellschaften mit Genehmigung der Regierung Synagogenordnungen einführen können, soll für die vorher angeführten 42 Bestimmungen bei der Königl. Regierung die Genehmigung nachgesucht werden. Das Schriftstück ist unterzeichnet:

„Die Deputation der hiesigen jüdischen Kirchen-Gesellschaft."

Es folgen 29 Namen, von denen A. P. Moritz, M. Daus, H. Wald, F. Tepper und J. Lewin als Deputierte bezeichnet werden.

Der Name „Jüdische Kirchengesellschaft" wird erst etwa 1840 in „Israelitische Gemeinde" umgewandelt. An dieser Satzung wird im Jahre 1844 nur eine kleine Änderung vorgenommen.

Der Zusammenschluß von 1816 war nur freiwilliger Art, so daß der Vorstand gegen Beitragsverweigerungen keine gesetzlichen Mittel anwenden konnte. Er erbat daher unterm 6. Juni 1819 von der Behörde einen Exekutor zur Beitreibung von Rückständen, ohne vorher klagbar werden zu brauchen. Aber auch das Statut von 1829 hatte bloß eine privatrechtliche Grundlage, da die Gesellschaft nur als geduldete, jedoch ohne Korporationsrecht anerkannt war. Andererseits mußte sie bestrebt sein, alle Juden zu ihren Mitgliedern zu zählen, was sie mehr oder weniger sanft dadurch zu erzwingen suchte, daß sie Nichtmitgliedern die Ablegung von Eidesleistungen in der Synagoge — wie es damals vorgeschrieben war — verweigerte, was zu Konflikten mit der Behörde führte, ebenso bei Verweigerung von Beerdigungen auf dem der Gemeinde gehörenden Friedhof. Anfangs wurde ihr Verhalten von der Behörde in allen Fällen gebilligt, da diese sich nicht für

befugt hielt, einer Privatgesellschaft Vorschriften bei ihren internen Angelegenheiten zu machen; so verfügte z. B. der Polizeipräsident Hessenland am 3. 10. 1838, daß nur Mitgliedern die Benutzung der Synagoge gestattet zu werden brauche, woraufhin einige namentlich genannte Nichtmitglieder tatsächlich aus dem Gebäude entfernt werden. Später, bei zunehmender liberaler und toleranter Auffassung, ergaben sich allerdings wachsende Schwierigkeiten, so verlangte am 24. 3. 1842 der Polizeipräsident die Beerdigung jüdischer Leichen in jedem Falle auf dem jüdischen Friedhof, auch solle jedem Juden die Teilnahme am Gottesdienst in der Synagoge gestattet sein.

Trotz alledem bleibt die Synagogenordnung von 1829 sehr lange in Geltung, obwohl nach Inkrafttreten des „Gesetzes über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden" vom 23. Juli 1847 die Ausarbeitung eines neuen Statuts in Angriff genommen wurde, insbesondere, da das neue Gesetz, welches den Gemeinden Korporationsrechte verlieh, die Bildung von Synagogenbezirken vorschrieb. Die hiernach zu entwerfenden Lokalstatuten und die zu vollziehende Konstituierung der Gemeinden war eben in Angriff genommen (Normalstatut vom Februar 1848), als die Ereignisse alles in Frage stellten. Gemeinden, die nicht ein durch langen Bestand festes Gefüge hatten, drohten sich aufzulösen. In Stettin kam der Umstand hinzu, daß nach Aufhebung der Umzugsbeschränkungen für die Juden des Großherzogtums Posen eine starke Einwanderung hierher stattfand.

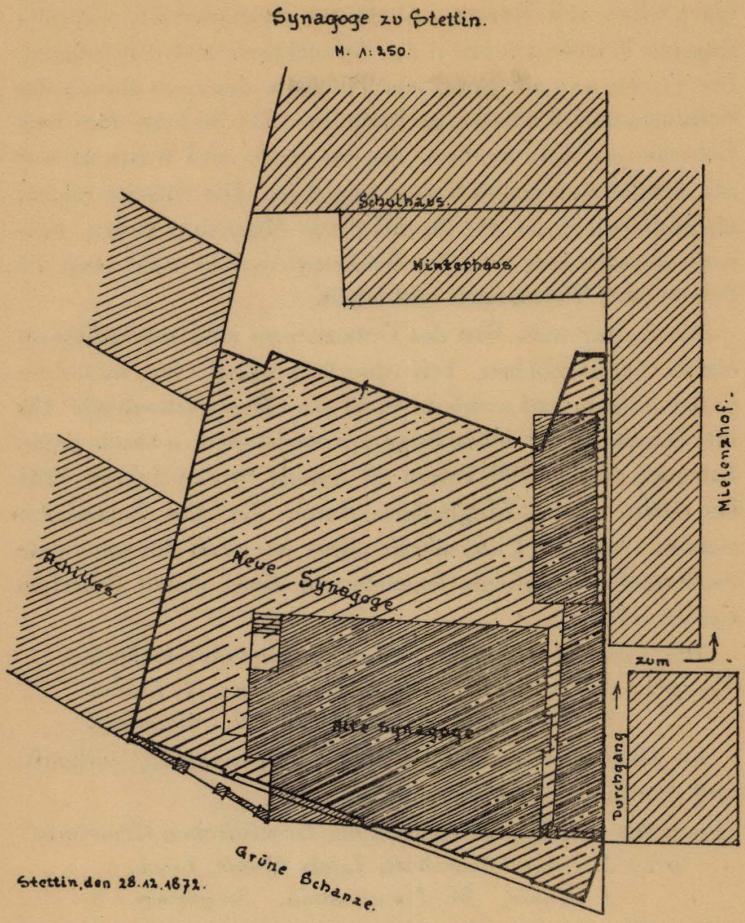
Das Gesetz von 1847 hatte die Einrichtung eines Einzugsgeldes an die jüdischen Gemeinden aufgehoben, während kurz vorher Eingewanderte noch ansehnliche Summen für das Anrecht an die Synagoge, den Begräbnisplatz usw. bezahlt hatten. Remonstrationen mußten dem klaren Wortlaut des

Gesetzes gegenüber fruchtlos bleiben. So verlangten denn manche Rückzahlung ihrer Einzugsgelder. Als das vorübergehend aufgehobene Gesetz von 1847 wieder in Kraft gesetzt war, begann die Ausarbeitung eines Gemeindestatuts von neuem (Normalstatut vom Juli 1855), es sollten damals noch Filialgemeinden (Altdamm, Pölitz u. a.) mit Stettin verbunden bleiben. Erst nach Lösung dieses Verbandes wurde die Statutenbearbeitung zum dritten Male in Angriff genommen und endlich im Mai 1861 beendet. Inzwischen war bereits 1857 die Abtrennung der Landgemeinden wieder erreicht worden, und nur Grabow, Bredow, Züllchow, Frauendorf, Bollinken und Pommerensdorfer Anlage verbleiben bei Stettin. Der Name der Gemeinde wird aber schon seit etwa 1856 als „Synagogengemeinde" geführt. Statutenänderungen erfolgen nur noch 1903 und zuletzt 1926. Danach beträgt die Zahl der Vorstandsmitglieder 5, sowie 3 Stellvertreter, die der Repräsentanten 15 und ebensoviel Stellvertreter. Die wesentlichste Neuerung enthält aber die Wahlordnung, nach welcher die Grundsätze der Verhältniswahl eingeführt werden. Ebenso neu ist die Satzungsbestimmung des Wahlrechts der Frauen.

II. Die Synagoge

Das Statut von 1816 sah bereits die Schaffung „einer eigenen kleinen Kirche" vor. Doch erst 1834 schreitet man zu einem Bau. Bis dahin wurde der Gottesdienst anfangs bei dem Chirurgus Beuchel, dann in einem dem Sattler Elsasser gehörenden Hause am Roßmarkt 761 (Miete 350 Thlr.) abgehalten. Jetzt wird zunächst der Kauf des der Stadt gehörigen Grundstücks Rosengarten 269 (Grüne Schanze) vorgenommen, und zwar durch Herrn Hirsch Wald, da ja die Gemeinde noch keine Korporationsrechte besitzt. Im Vertrage vom 17. Oktober 1832 überläßt aber Herr Wald der Gemeinde Grundstück und Synagoge für die Dauer ihres Bestehens gegen Zahlung von 4800 Talern. Erst am 10. Mai 1836 wird die Übertragung auf die Gemeinde vorgenommen. Die Kgl. Genehmigung für den Grundstückskauf behufs Erbauung einer Synagoge wird nach anfänglicher Verweigerung (1833) am 10. Mai 1836 erteilt.

Über deren Aussehen steht nichts Urkundliches fest. Nur aus einem für den späteren Neubau gefertigten Lageplan geht gleichzeitig auch die Form des Grundrisses der alten Synagoge hervor (siehe folg. Skizze). Mündliche Befragungen der wenigen Überlebenden, die sie noch gekannt haben, ergeben etwa folgendes Bild: Die Synagoge lag mit ihrer Südmauer an der Grünen Schanze, doch befand sich hier kein Eingang. Sie reichte westlich nicht bis an das Nachbarhaus heran, vielmehr war sie mit diesem durch eine Mauer verbunden, in deren Mitte ein Torbogen den Durchgang zu der freistehenden Westmauer bildete, in der sich der Eingang zum Tempel befand, zu welchem einige breite Stufen emporführten. Der Eingang führte zunächst in eine kleine Vorhalle, an deren Nordseite sich das Treppenhaus zur



Frauenempore anschloß. Nach Norden hin erstreckte sich die Synagoge ebenfalls nicht so weit in den Hof hinein wie die heutige. Die Heilige Lade stand an derselben Stelle wie noch jetzt. Die Frauenempore befand sich nur an der Westseite über dem Eingang, die beiden Längsseiten des Tempels besaßen also keine Galerie. In der Mitte des Raumes hing

ein großer, mit Kerzen versehener Kronleuchter, während ringsum Petroleumlampen die Beleuchtung vervollständigten. Das Ganze war ein primitiver Holzbau, denn am Rande des Festungsgebietes durften im Baujahre 1834/35 keine massiven Gebäude errichtet werden. An der Nord- und Westseite war der Tempel von einem Garten umgeben. Die Ostseite reichte ebenfalls nicht an das Nachbarhaus Milenzhof heran, vielmehr standen hier noch Baulichkeiten, welche wohl auch die Schule und Wohnungen enthielten.

Die Gelder zum Bau des Gotteshauses sind wenigstens zu einem beträchtlichen Teil durch Verkauf der künftigen Plätze aufgebracht worden. Es ist ein „Hypothekenbuch" für die Stände in der alten Synagoge vorhanden, wonach gegen Erlegung von je 100 Talern 41 Stände in den Jahren 1834 bis 1836 diesen Mitgliedern durch das Los zugewiesen werden. Aus der Unterschrift sehen wir auch die uns heute merkwürdig anmutende Bezeichnung dieser ersten jüdischen Gemeinschaft:

„Die Vorsteher hiesiger jüdischen Kirchen-Gesellschaft."
gez.: J. Levin, A. Philippi, M. J. Daus, A. Lesser,
Paul Pincson, J. Auerbach, M. Seligmann.

Ab 1840 werden weitere Plätze, insgesamt 73, verkauft, und nun lautet die Unterzeichnung:

„Vorsteher und Repräsentanten der Israelitischen Gemeinde."
gez.: J. Lesser, Borchart, Louis Moses, Lewy,
J. Meyer, M. Loewenstein, Seegmann.

Der Verkauf der Mizwoth im Versteigerungswege wurde schon 1840 abgeschafft, der Verkauf überhaupt erst im Jahre 1925. Im September 1850 wird die Gasbeleuchtung in der Synagoge eingeführt.

Im Februar 1845 wird das erste „Memorial oder Kahals-Buch" angelegt mit der Bestimmung, es als Chronik und zur

Aufzeichnung von Schenkungen zu benutzen. Chronistisch ist es aber nur einmal verwendet worden, und zwar ist im Revolutionsjahr 1848 ein in den großdeutschen Farben schwarz-rot-gold gehaltenes Plakat eingeheftet worden, das folgendes besagt:

Kirchenraub! Hört! Hört!

Heute nacht sind in der hiesigen Synagoge 3 silberne Hängelampen gestohlen worden.

Demjenigen, welcher die Wiedererlangung bewirkt und die Bestrafung des frechen Kirchenräubers veranlaßt, wird hiermit eine Belohnung von 100 Talern zugesichert.

Der Vorstand der Israelitischen Gemeinde.

Stettin, den 14. 6. 1848.

Eine Nachbemerkung besagt:

Die gestohlenen Lampen sind wieder eingebracht, indem die Diebe nach 2 Tagen ermittelt und der richterlichen Bestrafung übergeben wurden. Dem Entdecker derselben, Goldarbeiter Bernau, wurde obige Belohnung ausgezahlt.

Lewy, Meyer, Rosenheim.

Mit diesem Ereignis schließt das Buch. Auch alle Schenkungen sind nur bis 1848 eingetragen.

Erst 1934 wurde eine Vervollständigung, soweit dies möglich war, nachgeholt; seitdem wird das Buch laufend geführt.

Bald wuchs die ursprünglich aus 40 Familien bestehende Gemeinde so an, daß 1854 ein Anbau für 33 Männerplätze nötig wurde, der aber nur provisorischer Natur war. Jetzt werden auch Umbaupläne erwogen, und unser Achiv enthält Zeichnungen für einen solchen in schönem klassizistischen, stark von Schinkel beeinflußten Stil von einem Zimmermeister *Hämmerling* (Jahreszahl nicht genau feststellbar), die erkennen lassen, wie verhältnismäßig klein die Synagoge auch nach erfolgtem Umbau gewesen wäre. Einer

wachsenden Gemeinde konnte dieses Projekt auf die Dauer nicht genügen.

Inzwischen hatte das am 23. Juli 1847 für Preußen ergangene „Gesetz über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden" diesen Freizügigkeit in vollstem Maße gegeben. Wenn dies auch — wie oben erwähnt — mancherlei Mißhelligkeiten in die Gemeinde gebracht hatte, so entwickelte diese sich doch rasch, und am 25. Mai 1862 erscheint eine Denkschrift („Promemoria") des Vorstandes der Synagogengemeinde, aus der hervorgeht, daß die Gemeindevertretung am 22. November 1860 den Bau einer neuen Synagoge beschlossen habe; jetzt wolle man den Bau schleunigst ausgeführt sehen. Eine finanzielle Berechnung schließt sich an. Ein Umbau kommt jetzt nicht mehr in Frage, denn es heißt in der Denkschrift, daß den Anforderungen nach Plätzen so wenig genügt werden kann, daß man es dulden muß, je einen Platz von zwei bis drei Personen benutzen zu lassen. Dadurch werden unerlaubte Handlungen und unwürdige Zustände begünstigt. Aber die Bauausführung läßt immer noch auf sich warten, so daß 1863 der erste Zweiggottesdienst im Saale des Schützenhauses (heute Saalfeldsches Grundstück) eingerichtet wird, der die Gemeinde jährlich 100 Taler kostet.

Am 28. April 1868 wird das Neubauprojekt „wegen der Zeitverhältnisse sistiert" (gemeint ist wohl die Choleraepidemie von 1866, die noch nachwirkte) und daraufhin bloß eine Vergrößerung der alten Synagoge beschlossen, die aber nur darin besteht, daß durch Zusammenrücken der Bänke und Pulte Platz für weitere 24 Männer- und 42 Frauenplätze gewonnen wird.

Am 17. Juli 1871 gibt eine aus den Herren L. Friedemann, M. Hohenstein, M. Lomnitz, L. Manasse jun. und Julius Saalfeld bestehende Kommission einen Bericht über einen neuen

Bauplan. Von einem Umbau rät sie entschieden ab. Die neue Synagoge soll ca. 900 Männer- und 1150 Frauenplätze enthalten, ebenso Raum für Orgel und Sängerchor. Nach dem Voranschlag sollen 60 000 Thlr. erforderlich sein, die zum größten Teil durch Ausgabe von Obligationen aufgebracht werden sollen. Zwar will man versuchen, noch einen anderen Bauplatz zu erreichen (weshalb der Bau auch wieder sistiert wird), doch hätten sich die Kosten durch einen Bodenkauf so wesentlich erhöht, daß am 9. April 1872 der Vorstand, bestehend aus den Herren E. *Aren*, Dr. *Meyer*, Jacob *Blochert*, Bernhard *Saalfeld*, N. *Marcuse* endgültig den Neubau beschließt. Daß dieser Entschluß dringlich war, geht daraus hervor, daß der Zweiggottesdienst in demselben Jahre von 360 Männern und 152 Frauen besucht wurde, also von mehr Personen, als die Synagoge Fassungsvermögen besaß.

In der alten Synagoge hatte Herr Rabbiner Dr. *Meisel*, der erste Rabbiner der Gemeinde, seit 1843 amtiert, bis er 1859 nach Budapest berufen wurde. Sein Amtsnachfolger war Herr Rabbiner Dr. Abraham *Treuenfels* aus Weilburg, der sein Amt am 30. März 1860 antrat. Er hielt, nach seinen eigenen Aufzeichnungen, in der alten Synagoge die letzte Predigt am Sabbath Woëro, am 25. Januar 1873. Am folgenden Tage wurden die Thorarollen und Kultusgeräte aus der Synagoge herausgeholt, die Ewige Lampe gelöscht, und bald begannen die Arbeiter mit dem Abbruch des Gotteshauses, das einem größeren Platz machen sollte.

In der Zwischenzeit fand der Gottesdienst im kleinen Schützensaal statt, seit 1873 im großen Saal. Für die hohen Feiertage stellte der Magistrat eine Turnhalle mit ca. 300 Männer- und 200 Frauenplätzen nur gegen Erstattung der Beleuchtungskosten, sonst aber unentgeltlich zur Verfügung.

Der Neubau der Synagoge mit ihren ca. 900 Männer- und 750 Frauenplätzen wurde nach den Plänen des Stettiner Stadtbaurats *Kruhl* durch die Berliner Firma Ende & Böckmann ausgeführt. Ferner waren Stadtrat *Boek* und Bauinspektor *Thoemer* dabei tätig. Die Pläne waren schon im Projekt von 1863 zugrundegelegt. Die veranschlagte Baukostensumme aber erhöhte sich von 60 000 auf jetzt 75 000 Thlr. Die Aufbringung war ursprünglich bei 60 000 Talern Baukosten in der Weise veranschlagt, daß 75 Doppelplätze 15 000 Taler erbringen und die restlichen 45 000 Taler durch Ausgabe von Obligationen erreicht werden sollten. Als nach dem erneuten Anschlag 75 000 Taler nicht ausreichten, wurde die Bausumme durch den Verkauf der Plätze für 200 bis 350 Taler je Doppelplatz, durch Aufnahme eines Darlehns von 60 000 Talern bei der Preußischen Zentralboden-Kredit A.G. zu 5% und 1874 durch Ausgabe von 25 000 M. Obligationen zu 5% beschafft. Außerdem wurden freiwillige Beiträge geleistet. Im Dezember 1871 war beschlossen worden, die Gelder für den Tempelbau (gemeint sind wohl die Summen für die Plätze) einzuziehen.

Der Bau der Orgel wurde der Orgelbaufirma Emil *Kaltschmidt*, Stettin-Grünhof, unter Oberaufsicht des Städtischen Musikdirektors Dr. *Lorenz* übertragen. In die Baukommission der Gemeinde wurden die Herren Louis *Itzig*, I. *Baumann*, M. *Heymann*, Julius *Saalfeld*, L. *Pächter* und Julius *Wald* gewählt.

Der Architekt stand vor keiner leichten Aufgabe. Der Bau mußte sich im Stil dem ihm benachbarten Stadtgymnasium (jetzt Stadtbücherei) und dem geplanten Neubau des Rathauses anpassen. Dabei konnte man in dieser Zeit von einem Stil in eigentlichem Sinne gar nicht sprechen, denn die Epoche der 1870er Jahre und der anschließenden Jahrzehnte

hatte überhaupt keinen Stil geschaffen, in dem sich das künstlerische Empfinden aussprechen konnte. Die Häuserfassaden zeigten ein Durcheinander aller früheren Stilarten, die Kirchen baute man in Ermangelung eigener schöpferischer Empfindung gotisch und die Synagogen gewöhnlich maurisch in Anlehnung an die Glanzzeit der spanischen Epoche. Mit einem eigenen jüdischen Stil hatte das nichts zu tun. So versuchte man, äußerlich die Synagoge dem Nachbarbau des Gymnasiums und dem im gotisierenden Torystil geplanten Rathaus anzugleichen und gab der Fassade maurisch gehaltene Formen. Die ersten Zeichnungen zeigen allerdings einen minarettartig wirkenden hohen Seitenturm, doch wurde dieses Projekt eben mit Rücksicht auf die erwähnte gerade Linienführung der anderen öffentlichen Gebäude in der Umgebung geändert, so daß eine verhältnismäßig gerade, nur wenig durch die Säulenhalle auffallende Fassade entstand, die sich den Nachbargebäuden anpaßt (Abb. 3).

Den Eingang in die Synagoge erreichte man nur durch die vorgelagerte Säulenhalle. Die rechte Tür führte von hier aus, wie heute noch, an der kleinen Synagoge vorbei zur Frauenempore; durch die linke erreichte man nach einer Rechtswendung den großen Korridor der Männerabteilung. Diese Anlage wurde, um für die Frauenabteilung von der Grünen Schanze aus zwei Zugänge zu schaffen, 1900 dahin geändert, daß auch vom linken Eingang der Säulenhalle aus eine Treppe zur Empore gebaut wurde, während der Eingang für Männer gänzlich an die Seitenfront des Gebäudes, wo er sich noch heute befindet, verlegt wurde und jetzt direkt von der Straße aus in den großen Korridor führt. Daher seine unbetonte Unscheinbarkeit. Vorher befand sich in der Ecke über dem jetzigen Eingang ein sogenanntes Damenzimmer.

Der jetzt noch vor der Stadtbücherei, dem damaligen Stadt-

gymnasium, befindliche kleine Grünstreifen war auch bis vor die Synagoge weitergeführt. Er war mit Bäumen bepflanzt und ist erst 1893 auf Veranlassung des Magistrats zur Verbreiterung des Bürgersteigs beseitigt worden. Durch ein Gitter war er von der Straße getrennt, welches 2 Eingangstüren besaß. Das jetzt die Säulenhalle schützende Gitter war also damals nicht erforderlich.

Eine weitere Schwierigkeit für den Architekten bestand darin, etwa 800 bis 900 Männer- und 750 Frauenplätze auf nicht völlig zureichendem Raum unterzubringen. Der Bauplatz reichte zwar an seiner westlichen Seite bis an das benachbarte Achilles'sche Haus, doch war es der Gemeinde nicht gelungen, auch den östlich gelegenen „Milenzhof" wegen der hohen Preisforderung in ihren Besitz zu bringen. Dies war um so bedauerlicher, als man daran gedacht hatte, dort gleichzeitig auch ein Gebäude für die Religionsschule und sonstige Gemeindezwecke zu errichten. Auch die Synagoge sollte weiter nach Osten ausgebaut werden, so daß im Vergleich zu den heutigen Räumlichkeiten eine höhere Anzahl von Plätzen, besonders Frauenplätzen, eine weit größere Wochentagssynagoge und ebenso ein viel geräumigerer Sitzungs- und Gemeindesaal hätte geschaffen werden können. Auch die Garderobenverhältnisse wären weit bessere gewesen. Nun aber konnte die Synagoge nach Abbruch der an der Ostgrenze ihres Grundstücks gelegenen kleinen Baulichkeiten nur bis an das Grundstück Milenzhof herangeführt werden. Um trotzdem die erforderliche Anzahl von Plätzen zu schaffen, half sich der Architekt dadurch, daß der Aufbau für Vorbeterpult, Kanzel und Heilige Lade nicht flach und weit vorspringend, wie sonst üblich, sondern sehr nahe an die Ostwand, aber dafür stark erhöht, angelegt wurde, um dadurch Raum für weit vorgeschobene Sitzreihen zu erhalten.

Deswegen wirkt unsere Synagoge im Vergleich zu anderen eigenartig, aber diese Wirkung ist keine unschöne, wie überhaupt die Ostwand ein architektonisch wirklich wohlgelungener Teil der Synagoge ist.

Ganz besonders auffällig ist aber die Konstruktion der die Decke tragenden Pfeiler. Während sonst bei einem Zentralbau die Kuppel von vier, die Sicht zur Kanzel meist sehr behindernden massiven Pfeilern getragen wird, sehen wir hier die kühne Konstruktion von vier eisernen Säulen, die in scheinbar ganz leichter, fast elegant wirkender Weise das mächtige, weitgespannte Gewölbe der Hauptkuppel mit ihren vier Nebenkuppeln tragen (Abb. 8). Allerdings war die Wirkung damals nicht dieselbe wie heute, weil man die Ausmalung der Kuppeln unterließ.

Der Eindruck, den man beim Anblick des Innenraumes hat, ist von verschiedener Wirkung, je nachdem man ihn von den Frauenemporen oder von der unteren Männerabteilung aus hat. Betritt man die Empore, so sieht man sofort den typischen, fast rechteckig gehaltenen Zentralbau; vom Eingang der Männerabteilung aus hat man jedoch den Eindruck eines durchaus langgestreckt angelegten Raumes, eine Wirkung, die der Architekt scheinbar beabsichtigt hat (Abb. 5).

Im ganzen muß man sagen, daß gegenüber dem sonstigen geringen Stilempfinden jener Zeit hier ein architektonisches Werk geschaffen war, das sich neben den sonstigen öffentlichen Gebäuden mit seiner gar nicht aufdringlichen und dabei doch eigenartigen Fassade, die mit den Mitteln der damaligen Baukunst auch den Zweck des Gebäudes auszudrücken versuchte, sehr wohl sehen lassen konnte.

Daß das Gotteshaus aber damals schon auf etwa 1600 Plätze berechnet wurde, obwohl die Gemeinde nur etwa 1000 Seelen zählte, macht dem Weitblick der damaligen Verwaltung alle

Ehre. In der Tat herrschte ein dauernder Zuzug in das wirtschaftlich lebendige Stettin, so daß es nicht lange dauerte, bis jedesmal an den hohen Feiertagen die große Synagoge restlos gefüllt war.

Am Sonntag, dem 29. Juni 1873, erfolgte die feierliche *Grundsteinlegung.* Rabbiner Dr. *Treuenfels* legte ein Dokument in hebräischer Sprache in den Grundstein, das in Übersetzung wie folgt lautet:

„Ich vertraue dem Herrn, der Himmel und Erde geschaffen, gelobt sei der Gott Israels, der uns die Lehre der Wahrheit gegeben, den ersten Stein für die Ewigkeit für die zukünftige Welt zu legen.

Am Sonntag, dem 4. Tamus des Jahres 5633 s. E. d. W., wurde der Grundstein unter die Heilige Lade, den Ruheort der Gesetzesrollen, gelegt. Der Stein liegt dort, wo im Jahre 5594 das erste Gotteshaus gestanden bis Ende Teweth des Jahres, welches 40 Balbattim geräumig, mit einer breiten Treppe versehen, erbaut hatten. Nachdem Gott uns beigestanden, die Gemeinde gewachsen und die Synagoge zu klein geworden, gab Gott den Gemeindemitgliedern Erkenntnis und stärkte sie im Vertrauen für den heiligen Dienst zur Errichtung des neuen Hauses; es waren wohl 400 Balbattim. Am Sabbath Woëro hielt ich die letzte Predigt im alten Gotteshaus. Viele freuten sich, daß die Zeit gekommen war, wo ein größeres Gotteshaus gebaut werden sollte, wieder andere weinten darüber, daß die Stätte, an der sie und ihre Vorfahren gebetet, abgebrochen werde. Ich betete: „Sei, Allmächtiger, mit uns, wie Du mit unsern Vätern gewesen. Verlaß uns nicht, verwirf uns nicht!"

Am anderen Morgen trugen wir die Gesetzesrollen und den Silberschmuck aus der Synagoge. Die Arbeit wurde begonnen.

Bis hierher hat uns Gott beigestanden und es uns er-

leben lassen, daß wir unser Werk verrichten. Bis hierher hat uns Gott beigestanden, möge er uns erleben lassen, das Haus fertig zu bauen. So möge es denn Dein Wille sein, daß der Geist Gottes über unserer Hände Werk walte. Es sei die Huld Gottes über uns und fördere das Werk unserer Hände. So möge sich das Wort der Schrift erfüllen: „Die Ehre dieses zweiten Hauses werde größer als die Ehre des ersten. An diesem Ort werde ich Frieden geben!"

Amen! Amen!

Ein Teil dieses Verses (Haggai Kap. 2, Vers 9), nämlich die Worte: „An diesem Ort werde ich Frieden geben, ist der Spruch des Herrn der Heerscharen", stehen über den Säulen des Hauptportals unseres Gotteshauses, dessen *Einweihung* am 3. Mai 1875 (28. Nissan 5635) stattfand. Die Leitung der Einweihungsmusik hatte Musikdirektor *Lewandowski*, Berlin, übernommen, der die noch heute zum größten Teil benutzte Liturgie für die Stettiner Synagoge bearbeitet hat. Als Kantor fungierte Herr Joël *Levy*, der bereits seit 1851 sein Amt in der Gemeinde ausübte. Dem Weihegottesdienst wohnten als behördliche und kirchliche Vertreter bei die Herren Polizeipräsident von Warnstedt, Bürgermeister Sternberg und Frau, sowie D. Heindorf vom Präsidium des Königl. Konsistoriums, mit ihm eine Reihe Geistlicher der Evangelischen Kirche. Ferner war eine Mitteilung über die Einweihung an den damaligen Kronprinzen Friedrich als Statthalter von Pommern ergangen.

Der Vorstand der Synagogengemeinde bestand aus den Herren Dr. *Meyer* als Vorsitzendem, M. *Lomnitz*, B. *Saalfeld*, J. *Samuel*, J. *Baumann*.

Nach einem Präludium sang der Chor den Segensgruß „Boruch habo" und das „Mah tauwu". Dann erfolgte der feierliche Einzug der Thorarollen unter dem Gesang des

„Hauschionoh", dem sich die Verkündigung des „Schema Jißroel" von der Kanzelestrade aus anschloß. Dann wurden die Thorarollen in der Heiligen Lade verwahrt und die Ewige Lampe angezündet.

Der hierauf folgenden Predigt legte Herr Rabbiner Dr. Treuenfels die Worte zugrunde, die er vor zwei Jahren in dem Grundsteindokument aufgezeichnet hatte: „Die Ehre dieses Hauses werde größer als die des ersten Hauses."

Nach dem Gesang des Psalmes 121 „Ich erhebe meine Augen zu den Bergen", der eigens für diese Feier von Lewandowski komponiert worden war, sprach Rabbiner Dr. Treuenfels den Segen über die Gemeinde, und mit dem Jubelpsalm 150 schloß die Einweihungsfeierlichkeit.

Die Ordnung des *Kultus* in der alten Synagoge war durch ein Dokument festgelegt, das zu unseren ältesten zählt. Es ist im Jahre 1847 gedruckt und unterzeichnet von Rabbiner Dr. W. A. *Meisel* und den Vorstandsmitgliedern Louis *Lewy*, J. *Meyer*, *Rosenheim*, *Jacoby* und E. *Lisser*.

Noch vor dem Neubau der Synagoge wird eine Kultusänderungskommission eingesetzt, welche gegen die Orthodoxen den Wegfall der Worte „mikol hoamim" in den Gebeten beschließt, ferner die Einführung der Orgel und des Joëlschen Gebetbuches in der künftigen neuen Synagoge. Dieses Gebetbuch wurde aber scheinbar nicht allgemein benutzt, so daß Herr Rabbiner Dr. Heinemann *Vogelstein*, der als Nachfolger des Rabbiners Dr. Treuenfels am 18. Februar 1880 dessen Amt übernommen hatte, im März 1891 Änderungen größeren Umfangs beantragte. Er schlug vor, entweder ein neues Gebetbuch herauszugeben oder aber das Joëlsche beizubehalten, dann aber umfassender zu benutzen. In der Kommissionssitzung vom 8. Oktober 1894 machte Dr. Vogelstein die Mitteilung, daß er im Auftrage der west-

fälischen Gemeinden für diese ein neues Gebetbuch herausgegeben habe. Am 28. Januar 1895 wird in der Kommission, der die Herren *Samuel, Maaß, Weil*, Dr. *Ehrenberg*, Dr. *Lewin*, Gustav *Lewy*, *Hohenstein* und *Hirschheim* angehören, die Einführung des ersten Teils des Vogelsteinschen Gebetbuchs beantragt. Am 2. April 1895 steht der zweite Teil zur Diskussion, und am 10. Dezember 1895 wird durch Repräsentantenbeschluß das Vogelsteinsche Gebetbuch endgültig eingeführt. Weiterhin wird 1897 eine entsprechende Kultusordnung herausgegeben, die noch heute in Geltung ist.

Bei der Beratung dieser Kultusordnung war es nicht ohne Kämpfe zugegangen; besonders wurde von orthodoxer Seite gegen die im Vogelsteinschen Gebetbuch vorgenommene Streichung der Worte „mikol hoamim" Stellung genommen. Eine Einigung wurde schließlich dahingehend herbeigeführt, daß die Weglassung in den Gebeten bestehen blieb, daß die Worte aber für den Segensspruch über die Thora beibehalten werden sollten.

Ein Neudruck des zweiten Teils des Vogelsteinschen Gebetbuchs wird 1911 in 500 Exemplaren durch anastatischen Druck bei Breitkopf & Härtel, Leipzig, vorgenommen. Dieselbe Anzahl wird 1926 von dieser Firma geliefert. Der erste Teil des Gebetbuchs ist augenblicklich vollständig vergriffen.

Die Einführung des regelmäßigen Jugendgottesdienstes am Sabbath erfolgt auf Antrag Dr. Vogelsteins Ende 1888.

In den Jahren 1897 bis 1912 hat sich nichts für die Geschichte der Synagoge Bemerkenswertes ereignet. Die Gemeinde aber war zusehends gewachsen, so daß inzwischen auch die neue Synagoge zu klein geworden war und an den hohen Feiertagen die Besucher nicht mehr faßte. Es wurde daher seit 1898 wieder ein *Zweiggottesdienst* eingerichtet, der

abwechselnd in der Allemannia-Loge, im Konzerthaussaal, im Mähl'schen Festsaal (jetzt Karchowski-Fischer), im Kaiserin-Augusta-Lyzeum, der Schiller-Oberrealschule und zuletzt im Saale des Stadtmuseums bis zum Jahre 1930 stattfand, wo infolge der inzwischen eingetretenen Verkleinerung der Gemeinde ein solcher nicht mehr nötig war.

Kleinere Verbesserungen am Synagogengebäude wurden bereits 1883 vorgenommen durch Schaffung einer Nottreppe über dem in der Nordostecke in den Hof hinausgebauten Schächtkeller, welche zu dem im ersten Stock belegenen Damenzimmer und wohl auch in die Synagoge führte. Im Jahre 1900 wurde eine umfassendere Änderung vorgenommen. Ende Mai brannte das kleine Gebäude, welches an der Rückfront des Hinterhauses Rosengarten 9/10 (die „Nr. 10") belegen war, ab, und dies gab Veranlassung, die Klosetts in den ersten Stock des Schächtkelleranbaus zu verlegen und sie an die Kanalisation anzuschließen. Hierbei wurde wohl auch der Raum des Damenzimmers mitverwendet. Die in das Erdgeschoß mit dem Rabbinerzimmer führende Holztreppe wurde wegen Schwammbildung 1905 durch die jetzige Steintreppe ersetzt. In demselben Jahre 1900 wurde auch die bereits erwähnte Änderung der Treppenanlage an der Hauptfront Grüne Schanze vorgenommen, durch die ein zweiter Aufgang zur Frauenempore geschaffen wird, während der Männereingang in die Südwestecke des Gebäudes direkt von der Straße aus verlegt wird unter Beseitigung des bisher darüber befindlichen Damenzimmers. Die aufgewendeten Kosten betrugen M. 13 700.—.

Im Jahre 1914 wird festgestellt, daß sich an der Synagoge in den seit der Erbauung verflossenen 37 Jahren doch verschiedene, bedeutendere Schäden herausgestellt haben. Eine Kommission der Gemeindevertretung, zu der außerdem Herr

Siegfried *Pawel* als Architekt hinzugezogen wird, stellt fest, daß die Dampfheizung, welche allerdings nicht gleich beim Neubau, sondern erst 1887 von der Firma Ludwig Joh. Müller, Magdeburg, mit einem Kostenaufwand von M. 13 000.— angelegt worden war, schadhaft sei.

Übrigens war auch die elektrische Beleuchtung erst im Jahre 1895 mit einem Kostenaufwand von fast M. 5000.— eingebaut worden, wobei auch die Ewige Lampe durch einen eigenen Leitungsstrang und standfest konstruierten Leuchtkörper miteinbezogen wurde. Bis dahin hatte die Synagoge Gasbeleuchtung besessen.

Bei dieser Renovierung sollte auch die Orgel umgebaut werden. Bereits 1910 hatte der inzwischen pensionierte frühere Organist, Herr Musikdirektor Robert *Lehmann*, eingehende Vorschläge für einen Umbau der Orgel gemacht. Jetzt legte sein als Nachfolger tätiger Sohn, Musikdirektor Georg *Lehmann*, im Verein mit Herrn Kantor Max *Deiler* umfassende Pläne für die gänzliche Umgestaltung der Orgel und der Orgelempore vor. Anlaß dazu hatte ein fühlbarer Mangel an Frauenplätzen gegeben, der durch eine Verlegung der Orgel behoben werden soll. Es war anfangs beabsichtigt, die Orgel an der Ostwand über der Heiligen Lade anzubringen. Dies konnte jedoch aus statischen Gründen nicht erfolgen, außerdem aber hätte diese Anordnung den hochragenden Charakter der architektonisch so wirksamen Ostwand sehr stark gedrückt, so daß dieses Projekt nicht ausgeführt wurde. Deswegen wurde der Vorschlag, sie über die Frauenempore an der Westwand zu heben, ausgeführt. Bisher stand nämlich die Orgel gänzlich auf der Empore, so daß nur noch Raum für zwei Reihen Frauenplätze blieben. Jetzt wird der Chor unter die hochgehobene Orgel versetzt, so daß an dessen bisheriger Stelle etwa 50 Frauenplätze neu ge-

schaffen werden. Vor allem aber soll die Orgel, bei der bisher die Bälge getreten werden mußten, ein elektrisches Windgebläse erhalten. Der Orgeltisch, der bis dahin so stand, daß der Chor hinter dem Organisten saß, (später erhielt er seitlich seinen Platz), wurde zum Zwecke besserer Dirigiermöglichkeit umgedreht. Der beabsichtigte Umbau der Orgel wurde auf Vorschlag der ausführenden Firma Walker & Co., Ludwigsburg, ein völliger Neubau, von der alten Orgel wurde nur das äußere Gehäuse übernommen (Abb. 6).

Bei den Verhandlungen mit dem Orgelbauer wurde auch der Einbau einer Vox humana angeregt, wobei das Vorbild der berühmten Orgel in der Hofkirche in Luzern vorschwebte. Dort läßt die Vox humana geradezu überirdische Töne erklingen, so daß die Orgel die Kirche zu einem Anziehungspunkt für die ganze Welt macht. Leider konnte der Wunsch nicht erfüllt werden, weil sich die Kosten zu hoch gestellt haben würden.

Die Gesamtkosten für die umfangreichen Maurerarbeiten, Lichtverlegung, Orgelbau, Malerei usw. werden auf etwa M. 40 000.— veranschlagt.

Am 1. März 1914 gibt der Vorstand bekannt, daß die Synagoge auf fünf Monate geschlossen werde. Der Gottesdienst findet in dieser Zeit zuerst in der Börse, ab April im Saal von Karchowski-Fischer statt.

Am 17. März wird die Ewige Lampe gelöscht, ebenso am 30. April in der kleinen Synagoge, die ebenfalls einer gründlichen Erneuerung unterzogen wurde.

Die Heizungsanlage, welche sich bis dahin unter den Bankreihen befand, wird aus hygienischen Gründen jetzt durch die Firma Wagner in Leipzig an die Seitenwände verlegt.

Die Ausmalung wird von der Firma M. J. Bodenstaedt, Berlin, ausgeführt, welche diese Aufgabe, die bei der Innen-

architektur des Raumes nicht leicht zu bewältigen war, auf die beste Weise gelöst hat, und zwar nach eigenen Entwürfen des Inhabers *Senft*, der ein ganz bedeutender Meister in der farbigen Ausgestaltung sakraler Gebäude war. Bei der Kommissionsbesprechung über die Ausmalungsarbeiten unter dem Vorsitz des Herrn Justizrat Ehrenwerth wurde Herr Senft gebeten, ein dunkles Blau mitzuverwenden. Er wurde darauf hingewiesen, daß diese Farbe in der berühmten Giotto-Kapelle Madonna dell'Arena in Padua sehr schön wirke. Es überraschte, daß er die Kirche genau kannte. Er versprach, die Anregung zu befolgen und hat dies mit Glück getan.

Die Entwürfe des Herrn Senft fanden bald ungeteilten Beifall. Statt der bis dahin grau und blau gehaltenen Ostwand hat er wärmere, bräunliche Töne verwandt, dazu ein tiefes Blau, dessen Wirkung durch den reichen Goldschmuck noch weiterhin erhöht wird. Die Kuppeln, die bis dahin ohne jeden malerischen Schmuck geblieben waren, wurden ebenfalls in Blau und Gold gehalten und die Felder mit Abbildungen von Tempelgeräten (Leuchter, Brunnen, Harfe, Priesterkrone usw.) geschmückt. Zugleich wurde für ausreichende Beleuchtung des Kuppelgewölbes gesorgt. Die dreieckigen Felder (Zwickel) welche unter der Hauptkuppel durch das Auseinanderstreben der sie tragenden Bögen gebildet werden, enthalten den Vers des „Schema Jißroel" in Medaillons, die sich wie inmitten von Cherubimflügeln befinden (Abb. 7). So trägt die Malerei, der man ansieht, daß sie mit innerer Anteilnahme geschaffen ist, wesentlich zum Schmucke des Gotteshauses bei.

Am 2. März wird die alte Orgel abgebrochen, und die Orgelbaufirma Walcker & Cie. stellt jenes herrliche Instrument, das wir alle kennen, vertragsmäßig bis zum 1. September 1914 fertig (Abb. 6). Es besitzt 40 klingende Register, für

die noch eine weitere Ausbaumöglichkeit vorhanden ist, mit etwa 4000 Pfeifen, drei Manualen und ist durchweg nach pneumatischem System gebaut. Durch Vornehmheit der Klangfarbe und Fülle im Ton zeichnet sie sich in allen Schattierungen aus, so daß sie nach allgemeinem Urteil als eine der schönsten Orgeln Stettins bezeichnet werden kann. Am 11. September wird sie von Herrn Musikdirektor Dr. Ulrich Hildebrandt für die Synagogengemeinde abgenommen.

Aber zu einer rechten Einweihungsfeier der so schön hergerichteten Synagoge kommt es nicht. Der Weltkrieg hat begonnen, die Renovierung ist gerade in letzter Stunde erst beendet. Nur die Ausmalung der Seitenwände unterbleibt und ist auch bis heute nicht nachgeholt worden. So sind sie nur einfarbig in sattem pompejanischen Rot gehalten, aber vielleicht läßt gerade diese Einfachheit die Schönheit der Ostwand und der Decke mit ihren Kuppeln besonders wirkungsvoll erscheinen.

Nach dem Kriege erfüllte die Gemeinde die Ehrenpflicht, den 70 jüdischen Gefallenen eine Gedenktafel zu errichten. Diese ist in die Mitte der westlichen Empore, also gegenüber der Heiligen Lade, in die Wandung eingelassen (Abb. 26).

In den Nachkriegsjahren wurde die Synagoge von zwei Einbrüchen heimgesucht, welche nicht so glimpflich verliefen wie im Jahre 1848: Am 28. Mai 1920 wurden die beiden großen Messingleuchter aus der kleinen Synagoge sowie sämtliche weißen Thoramäntelchen entwendet; am 23. Januar 1922 betraf sie der weit schwerere Verlust von fast sämtlichen silbernen Gegenständen, die damals eine stattliche und wertvolle Anzahl bildeten. Nur ein silbernes Thoraschild aus dem Jahre 1818 ist uns noch erhalten (Abb. 14 links). Glücklicherweise fanden sich in den folgenden Jahren hochherzige Spender — die Herren Nathan Marx, Dr. Levy, Bohrmann,

Jacob Abraham, Arnoldi, Dr. Elk, Artur Perl und eine Reihe von Spendern gestickter Thoramäntelchen — die wenigstens teilweisen Ersatz für die geraubten Kultusgegenstände stifteten (Abb. 13 und 14). Dies sei mit einem Worte des Dankes erwähnt.

Die würdige und praktische Ausgestaltung des Synagogengebäudes lag dem Vorstande immer am Herzen. So wurde auch unter dem jetzigen Vorstand im Jahre 1929 eine Sammelheizung für die kleine Synagoge und zugleich für das im Jahre 1857 errichtete Verwaltungsgebäude angelegt, sowie im Jahre 1930 größere Instandsetzungen vorgenommen: die Synagoge erhielt eine vorschriftsmäßige Notbeleuchtung, das Dach eine Blitzschutzanlage, der Repräsentantensaal wurde einfach aber würdig hergerichtet, in dem darüber befindlichen Raum ein Archiv geschaffen und schließlich die kleine Synagoge völlig renoviert (Abb. 10).

Hierbei sei auch noch die Schaffung eines Ritualbades erwähnt. Bisher war mit dem Besitzer des Rosengartenbades ein dahingehendes Abkommen getroffen worden, gegen Zahlung einer jährlich etatisierten Summe. Dieses Bad konnte aber naturgemäß nicht allen rituellen Erfordernissen entsprechen, so daß 1928 bis 1929 eine Mikwah im Hofe des Synagogengrundstücks gebaut wurde. Die Einrichtung geschah nach den Anweisungen des Herrn Dr. Jacobovits, Berlin. Wie dieser in seinem bei der Einweihung am 10. 11. 1929 gehaltenen halachischen Vortrag ausführte, ist hierbei ein kombiniertes System von Quell- und Regenwasser angewendet worden, in dem durch sinnreiche Einrichtung jeder religiösen Vorschrift Genüge getan wird.

An einem wesentlichen Mangel litt der große Raum unserer Synagoge aber seit jeher: infolge ihrer enormen Höhe und der fünf Kuppeln war die Akustik, besonders auf der Frauen-

empore, eine so schlechte, daß die Predigten nur mit Mühe oder gar nicht verständlich waren. Eine Abhilfe war bis jetzt nicht zu schaffen, erst durch die moderne Radiotechnik war die Möglichkeit dazu gegeben. So wurde in diesem Jahre eine Telefunken-Lautsprecheranlage gebaut, durch welche auch dieser Mangel jetzt behoben worden ist. Diese Verbesserung ist auch deswegen dankenswert zu begrüßen, weil durch die Zeitverhältnisse die Synagoge nicht nur gottesdienstlichen Zwecken dient, sondern auch Vortragsveranstaltungen größeren Ausmaßes hier abgehalten werden. So ist die Synagoge auch wieder zu einem Beth hakneßeth geworden, wobei natürlich die Wahrung der Würde ihrer eigentlichen Bestimmung innegehalten wird.

III. Die bisherigen Vorsitzenden des Vorstandes und der Repräsentantenversammlung Synagogenkommissare · Gemeindeälteste

Im ersten Jahrzehnt des Bestehens der Gemeinde werden wechselnd verschiedene Namen als Vorsteher aufgeführt, da bei der Kleinheit der Religionsgesellschaft und der engen Verbundenheit mit der Chewra abwechselnd der eine oder andere mit der Vertretung beauftragt wird. 1829 wird als „Deputierter der Kirchengesellschaft" Herr Hirsch *Wald* genannt, 1830 als „Deputierter der Jüdischen Gemeinde" A. P. Moritz. Erst seit 1843 ist von endgültig bestimmten Obervorstehern die Rede. Die *Vorsitzenden* folgen einander in nachstehender Reihenfolge:

1843—1849:	Louis Lewy,
1849—1865:	Rosenheim,
1866—September 1866:	Louis Itzig,
September 1866—1870:	Piorkowski,
1871—1873:	Ephraim Aren,
1874—1883:	Dr. Meyer,
1883—1890:	J. Baumann,
1890—August 1890:	B. Saalfeld,
August 1890—1898:	J. Samuel,
1898—1900:	Dr. Freund,
1901—1919:	M. Moses,
1920—1. 10. 1923:	Justizrat G. Lurje,
1. 10. 1923—Dezember 1926:	Benno Feldberg,
Seit Dezember 1926:	Justizrat Julius Moritz.

REPRÄSENTANTENVORSTEHER.

Ein regelmäßiger Zusammentritt der Repräsentanten ist erst seit Dezember 1842 zu verfolgen. Die Leitung der Versammlung hatte der Obervorsteher der Gemeinde. Im Oktober 1848 wird die Trennung in eine beratende und eine exekutive Verwaltung beantragt. Seitdem sind folgende Repräsentantenvorsteher zu verzeichnen:

3. Juni 1849—1871:	Dr. Wald,
1872—1875:	Levy Manasse,
1876—1900:	Bernhard Cohn,
1901—1930:	Justizrat Dr. Lewin,
1931—1932:	Dr. Eugen Adler,
seit 1933:	Dr. Walther Brock.

SYNAGOGEN-KOMMISSARE (in der großen Synagoge):

(seit 1894):	S. Lewin,	Gustav Lewy,
	Leopold Weil,	Gustav Treuenfels,

Hugo Barasch. Louis Lewy,
Simon Freymann, I. D. Michaelis,

GEMEINDEÄLTESTE:

Herrn Justizrat Dr. *Lewin* wurde als Dank jahrelanger Arbeit für das Wohl der Gemeinde der Titel eines Gemeindeältesten verliehen, ebenso im Oktober 1931 den Herren Justizrat Dr. Julius *Mann* und Gustav *Treuenfels.*

IV. Die bisherigen Beamten der Gemeinde; der Organist und der Synagogenchor

RABBINER:

Als ersten Rabbiner finden wir seit dem 1. März 1843 Herrn Dr. Wolf Aloys *Meisel,* bis er 1859 als Rabbiner nach Budapest berufen wurde.

Rabbiner Dr. Abraham *Treuenfels* seit 30. April 1860. Unter ihm fand die Einweihung der neuen Synagoge statt. Er wirkte noch bis 1879 an dieser Stätte. Am 30. Januar 1879 wurde er in die Ewigkeit abberufen und am 2. Februar von der Synagoge aus in einem Ehrengrabe beigesetzt.

Ihm folgte im Amt Herr Rabbiner Dr. Heinemann *Vogelstein* seit dem 18. Februar 1880. Er entfaltete eine vielfache Wirksamkeit, sorgte für den Religionsunterricht der über 14 Jahre alten Jugend, führte den Jugendgottesdienst und im Gottesdienst eine Reihe bedeutsamer Änderungen ein. Sein Amtsjubiläum wurde am 18. Februar 1905 durch einen Festgottesdienst und ein Festmahl begangen. Mit Überreichung einer Adresse durch eine Deputation wurde zugleich eine

auf den Namen des Jubilars lautende wohltätige Stiftung begründet.

Am 4. August 1911 wurde Herr Dr. *Vogelstein* in St. Moritz, wo er zur Erholung weilte, plötzlich vom Tode ereilt. Die Überführung erfolgte hierher, und am 9. August fand die Beerdigung von der Synagoge aus unter ungewöhnlich großer Beteiligung in einem Ehrengrabe statt. Eine große Anzahl auswärtiger Rabbiner und namhafter Persönlichkeiten geleiteten ihn, der unbestritten einer der führenden Männer seiner Zeit im deutschen Judentum gewesen war, zu Grabe.

Ihm zur Seite hatte seit dem 1. Juni 1904 Herr Dr. Moses *Worms* als Rabbiner und Religionslehrer gestanden. Nach segensreichem Wirken verstarb er am 1. August 1920 in Reichenhall. Seine sterbliche Hülle wurde hierher überführt und am 8. August nach einer Trauerfeier in der Synagoge auf dem Friedhof, ebenfalls in einem Ehrengrabe, beigesetzt.

Für den verewigten Rabbiner Dr. Vogelstein wird Herr Dr. Max *Wiener* zum Rabbiner gewählt und am 19. April 1912 in sein Amt eingeführt.

Als Nachfolger des verstorbenen Rabbiners Dr. Worms wurde Dr. Dagobert *Nellhaus* am 1. November 1921 berufen. Er verließ Stettin jedoch bereits im April 1924, um in der Gemeinde Hirschberg das Amt eines Gemeinderabbiners zu bekleiden. Seitdem ist ein zweiter Rabbiner nicht mehr in unserer Gemeinde tätig.

Auch Herr Rabbiner Dr. Max *Wiener* verließ Stettin, um einem ehrenvollen Ruf nach Berlin zu folgen. Am 7. Mai 1926 fand die Abschiedsandacht statt, am folgenden Tage versammelte sich die Gemeinde im Konzerthause zu einer gemeinschaftlichen Abschiedsfeier. Wir haben aber seither des öfteren die Freude gehabt, ihn gastweise als geistreichen Vortragsredner zu begrüßen.

Ihm folgte im Amte Herr Rabbiner Dr. *Elk*, der am 18. Mai 1926, am Vorabend des Schowuausfestes, durch den Gemeindevorsitzenden, Herrn Benno Feldberg, und den Repräsentantenvorsteher, Herrn Justizrat Dr. Lewin, feierlich eingeführt wurde. Sein Wirken ist uns noch in frischer Erinnerung: er hat, wie sein Vorgänger, das geistige Leben in der Gemeinde ungemein befruchtet und ganz besonders die Jugend zu einer innerlichen Religiosität erzogen, die ihr die Quellen unseres Judentums in schönster und nachhaltigster Weise erschloß. So konnte sie und mit ihr die ganze Gemeinde die schwere Zeit des Umbruchs 1933 geistig ohne Schaden überstehen, ja, der Zusammenschluß und das Gemeinschaftsgefühl sind bei weitem größer geworden. Hierdurch ist eins, worum man sich in den letzten Jahren vergeblich mit allen möglichen Mitteln bemüht hat, von selbst eingetreten: ein gesteigerter Besuch unserer Synagoge. Deshalb war das Bedauern der Gemeinde groß, als Herr Dr. Elk sich entschloß, nach Palästina überzusiedeln, um dort die Erfüllung seines Lebenswerkes zu finden. Seine Abschiedspredigt vom 23. März 1935 ist uns noch im Gedächtnis. Sein größtes Verdienst, die Gründung der Jüdischen Schule, hat seinen Namen in ganz besonderem Maße mit der Geschichte unserer Gemeinde verbunden.

KANTOREN UND LEHRER.

A. J. Lichtenstein: Vom September 1833 bis 1847. Von ihm sagte, nach Angabe des Berliner Oberkantors Davidsohn dessen Lehrer Felix Schmidt, daß er eine Stimme von dem Umfang und dem Wohllaut, wie sie Lichtenstein besaß, nie wieder in seinem Leben gehört habe. Auch sagt man, daß der bekannte Stettiner Balladenkomponist Karl Löwe des öfteren in der alten

Synagoge dem Gesang dieses begnadeten Sängers gelauscht haben soll.

Joël Levy: seit 1. November 1851, bis er krankheitshalber sein Amt im Juni 1878 niederlegen mußte. Er sang die Liturgie bei der Einweihungsfeier der neuen Synagoge.

Konrad Kaminski: seit 1. September 1869 bis zum 31. August 1874.

Jacob Sarasohn: seit 1. September 1875 bis zu seiner Pensionierung im September 1912. Der verdienstvolle Chasan, der auch kompositorisch und dichterisch tätig war, wurde von den Gemeindebehörden in Anerkennung seiner Leistungen zum Oberkantor ernannt. Er lebt auch heute noch im Gedächtnis vieler Gemeindemitglieder. Als er im März 1913 nach Hamburg verzog, überbrachte ihm eine Deputation der Repräsentanten als Zeichen seiner Wertschätzung die Abschiedsgrüße der Gemeinde.

Mathias Nakler: seit Mai 1896 bis September 1902.

Max Deiler: wirkte seit 1. September 1902 in seinem Amt und wurde anläßlich seines 25jährigen Jubiläums zum Oberkantor ernannt. Am 30. September 1933 erfolgte in würdiger Abschiedsfeier seine Pensionierung.

Leo Wartelski: seit September 1917 bis Dezember 1919.

SYNAGOGENDIENER.

Den Kantoren standen zur Seite die *Synagogendiener*, die bis zum April 1933 auch das Amt eines *Schächters* versahen:

Blumenthal: vom 1. Januar 1853 bis zu seinem im Juni 1879 erfolgten Tode.

A. Albu: seit 1875, bis er am 1. 4. 1896 pensioniert wurde.

Chawes: seit 1. August 1879 bis zu seiner Pensionierung im Dezember 1903.

Louis Rosenthal: seit 20. März 1897 bis zu seinem Tode am 22. Juli 1923.

Bernhard Garbarsky: der am 1. Januar 1904 sein Amt antrat und 1929 sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern konnte. Als er am 30. September 1934 in den verdienten Ruhestand trat, tat der Rabbiner in der Simchas-Thora-Feier seiner anerkennende Erwähnung. G. ist ein vorzüglicher Thorakenner und Kenner des jüdischen Schrifttums.

ORGANIST UND CHOR.

Einen wichtigen Faktor für die Schönheit in der Ausgestaltung des Gottesdienstes bildet die Orgel, die Königin der Instrumente. Sie zu bedienen erfordert, besonders bei dem neuen komplizierten Werk, eine Künstlerhand.

Als erster Organist war, wie bereits erwähnt, Herr Musikdirektor *Robert Lehmann* seit Einweihung der Synagoge tätig. In Gemeinschaft mit Herrn Kantor Sarasohn hat dieser wahrhafte Künstler viele Lieder und hebräische Texte vertont und mit feinem Empfinden häufig altehrwürdige Motive so in seine Kompositionen verarbeitet, daß wir sie, wie z. B. das Eingangslied am Neujahrsabend „Wir steh'n in Deinen Hallen" als durchaus dem Rahmen des Gottesdienstes angepaßt empfinden. Als Herr Robert Lehmann sich durch Krankheit am 27. 12. 1911 genötigt sah, sein Amt aufzugeben und er zum 1. April 1912 pensioniert wurde, gab man seiner Empfehlung statt, daß sein Sohn *Georg Lehmann* ihm im Amte nachfolge. Auch unter dessen musikalischer Leitung

haben wir viele weihevolle und erhebende Stunden im Gotteshause erlebt. Er hat uns gleichfalls kompositorische Schöpfungen gegeben.

Als Hilfsorganistin fungierte von 1924—1927 Frau Gertrud *Heimann*, die ebenfalls mit feinem Empfinden die Orgel meisterte.

Der *Chor* bestand von Anfang an nur aus Damen. An den hohen Feiertagen wurde ein vierstimmiger gemischter Chor eingerichtet, zu dem sich in reichlicher Zahl Gemeindemitglieder unentgeltlich zur Verfügung stellten. Als die Anzahl der freiwilligen Kräfte aber nicht ausreichte, wurden noch Herren des gut geschulten Magistratsbeamtenchors gegen Vergütung hinzugezogen. Leider mußte diese Verstärkung des Chors, die durch Klangschönheit wesentlich zur Verschönerung und weihevollen Wirkung des Gottesdienstes beigetragen hatte, aus finanziellen Gründen seit 1924 aufgegeben werden.

Einen besonderen Dirigenten hat die Synagoge nie besessen, vielmehr wurde der Chor seit jeher von dem Organisten geleitet, dem dadurch eine doppelte Aufgabe zufiel, wozu noch die Einstudierung der Gesänge für Chor und Solisten kam. Die durch den Wegfall der Männerstimmen notwendig gewordene Umarbeitung der für gemischten Chor geschriebenen Partituren wurde von Herrn Georg *Lehmann* vorgenommen, damit diese schönen liturgischen Teile für den Gottesdienst nicht verloren gingen.

Ursprünglich wurde der Chor aus etwa 25 Damen gebildet, unter denen Kräfte mitwirkten, die im Stettiner Konzertleben einen guten Klang hatten. Zur Zeit setzt sich der Chor aus 16 Damen zusammen, die auch in manchen schweren Zeiten, welche die Synagogengemeinde durchlebte, in Treue ihre Pflicht — und manchmal mehr als diese — erfüllt haben.

VERWALTUNGSBEAMTE:

Sekretär (und Lehrer) Louis Simon, 1. Januar 1886 bis 12. Oktober 1926.

Sekretär (und Lehrer) Jacob Singer 1. Juli 1926 bis 31. Dezember 1927.

GEMEINDESCHWESTERN:

Schwester Frieda Jonas: 1920 bis Oktober 1927;

Schwester Bella Peritz: 1. Januar 1928 bis 1. Februar 1929;

Schwester Hanna Berger: 1. Januar 1929 bis 1. Juli 1929;

Fürsorgerin Betty Lewy: 15. Oktober 1931 bis 1. Februar 1934.

V. Die Verwaltung der Gemeinde

Die einzelnen Zweige der Gemeindeverwaltung wurden schon frühzeitig in Dezernate aufgeteilt, welche die einzelnen Mitglieder des Vorstandes übernahmen. Satzungsmäßig war auch immer eine Reihe von Ausschüssen für das Beerdigungswesen, Steuerveranlagung u. a. m. zu bilden, mit denen die betreffenden Vorstandsdezernenten zusammen ihr Amt versahen.

Einige Dezernate erhielten allmählich eine besondere Bedeutung, wie z. B. die Finanzen, die Synagoge (Gottesdienst, Kultus, Chor) und in letzter Zeit auch das Wohlfahrtswesen.

a) FINANZWESEN.

1843 beträgt der Etat der Gemeinde schon M. 6171.—. M. 420.— waren durch Vermietung von Synagogenplätzen, M. 3360.— durch Steuern aufgebracht. Die Synagoge beansprucht M. 400.—, das Gehälterkonto M. 2880.—. (Zu Vergleichszwecken in Mark umgerechnet.)

1855 beläuft sich der Etat auf M. 10488.—, wovon die verhältnismäßig beträchtliche Summe von M. 2100.— für Plätze in der alten Synagoge eingehen und der Betrag von M. 6360.— durch Steuern aufgebracht werden soll.

Mit der wachsenden Größe der Gemeinde und ihrer Bedürfnisse, Anstellung von Lehrern usw. wächst auch der Haushaltsbedarf bis 1870 auf M. 25938.—. Er schnellt aber plötzlich im Jahre 1875 auf M. 46800.— hoch, weil mit der Errichtung der neuen Synagoge und ihren gesteigerten Anforderungen an Personal, Chor, Orgel, Zinsen usw. bedeutend höhere Ausgaben entstehen, die noch weiter stiegen, als seit 1904 je zwei Rabbiner, Kantoren und Synagogendiener tätig waren. 1915 betrug die Etatssumme M. 95257.87, für den Kultus werden M. 17505.55 verwendet, für Gehälter M. 36537.50; an Steuern sollen M. 74283.37 eingehen, für Synagogenplätze M. 9100.—, ein Einnahmeposten, der sich in den folgenden Jahren noch weiter erhöht.

Die jetzt folgenden Inflationsjahre bedeuteten eine schwere Zeit für die Finanzverwaltung der Gemeinde. Zwar wurden die Obligationsschulden damit nichtig, aber gleichzeitig versank auch das gesamte Barvermögen, die Legate und Stiftungen in ein Nichts. 1923 stand man vor leeren Kassen, und nur durch häufige Steuereinziehungen konnten den Beamten die Gehälter gezahlt werden, die kurze Zeit darauf schon wieder wertlos waren. Wie bei allen anderen Behörden erfolgte tägliche Gehaltszahlung je nach dem Dollarstand bis mittags 12 Uhr, damit die Hausfrauen noch ihre Einkäufe nach dem an diesem Tage gültigen Markstand tätigen konnten. Die Situation der Beamten war in dieser Zeit, wie bei allen Angestellten, eine ungemein schwierige.

Die Summen der Inflationsjahre können hier außer Betracht bleiben, doch sei hierbei erwähnt, daß trotz der Geld-

Auszug der wichtigsten Positionen aus den Haushaltsplänen von 1843—1935

(in runden Summen)

Datum	Einnahmen				Ausgaben				Haushaltsplan			
Jahr	Synagogen Plätze	Friedhof	Legat-zinsen	Steuern	Synagoge	Gehälter u. Pension.	Wohlfahrt	Gemeinnütz. Vereine	Etat-summe	Zen-siten	Steuersatz %	
											Eink. Steuer	Verm. Steuer
1843—48	420.—	—	—	3360.—	400.—	2880.—	—	—	6171.—	70		
1850	900.—	—	—	5400.—	465.—	3150.—	300.—	—	6201.—	99		
1855	2100.—	—	—	6360.—	?	6270.—	400.—	—	10488.—	235		—
1860	2400.—	—	—	11353.—	1875.—	8850.—	600.—	—	19164.—	299		—
1865	2925.—	—	—	13185.—	?	8790.—	1800.—	—	21555.—	347		—
1870	3880.—	680.50	300.—	18123.—	3975.—	12750.—	2400.—	—	25938.—	415		—
1875	8100.—	—	—	34047.—	18000.—	14724.—	2700.—	—	46800.—	496		—
1880	5500.—	900.—	—	38187.—	18939.—	13518.—	2700.—	150.—	48854.—	584		—
1885	6400.—	1112.—	650.—	37461.—	18511.—	14564.—	2200.—	250.—	49197.—	665		—
1890	6800.—	900.—	1299.—	34071.—	13767.—	16755.—	2200.—	250.—	40680.—	754		—
1895	8800.—	1440.—	1299.—	35598.—	15804.—	17950.—	2280.—	250.—	50564.—	846		—
1900	9400.—	1240.—	2586.—	43721.—	17095.—	23050.—	2280.—	530.—	59926.—	830	0,86	vom ges. Einkommen
1905	9900.—	1840.—	2162.—	53094.—	16987.—	29037.—	2680.—	850.—	72272.—	856	1	
1910	9700.—	1640.—	2417.—	57433.—	16713.—	32360.—	2500.—	1100.—	78445.—	844	1	
1915	9100.—	1630.—	2667.—	74283.—	17505.—	36537.—	4500.—	1200.—	95257.—	743	0,9	
1920	9700.—	4500.—	4476.—	180563.—	28614.—	38900.—	9500.—	2300.—	206440.—	707	12½	—
1925	10250.—	26000.—	—	87975.—	17745.—	33990.—	10600.—	4350.—	127140.—	832	12½	—
1928	12500.—	22500.—	—	169529.—	25948.—	60130.—	29500.—	22900.—	196524.—	1366	12½	—
1930	10000.—	26000.—	—	172326.—	24905.—	67319.—	31370.—	28210.—	231017.—	767	12½	—
1933	6000.—	20000.—	—	111042.—	9330.—	41379.—	22806.—	12790.—	126191.—	545	18	35
1935	3600.—	19000.—	—	99973.—	13580.—	42738.—	24145.—	14910.—	142245.—	524	24	50

nach Schätzung der Veranl.-Komm.)

entwertung in den Nachkriegsjahren die Gemeindefinanzen durch die überaus geschickte Finanzpolitik des Vorstandsdezernenten Herrn Nathan *Marx* sehr bald nach der Markstabilisierung auf eine bemerkenswerte Höhe kamen, so daß bald darauf der Erwerb des Grundstücks Rosengarten 8 vorgenommen werden konnte. Um so mehr traf die Gemeinde der Verlust des Herrn Marx durch dessen allzu frühen Heimgang am 18. Februar 1929.

Während bis zum Kriege die Gemeindesteuern prozentual vom Einkommen erhoben wurden (durchschnittlich etwa 1%), setzte man sie dann auf Grund der an das Finanzamt gezahlten Einkommensteuer fest. Der Prozentsatz betrug im Jahre 1928: 12½% bei einer Etatssumme von M. 196 524.16, für Synagogenplätze wurde die Höchstsumme von M. 12 500.— eingesetzt, an Steuern sind M. 169 529.16 aufzubringen. Die Synagoge hat einen Bedarf von M. 25 948.10, die Gehälter betragen M. 60 129.70, 1930: M. 67 319.32.

Diese bisher immer fortschreitende Aufwärtsbewegung bei einem gleichbleibenden Steuersatz von 12½% wird jäh unterbrochen durch die Ereignisse des April 1933. Der bereits aufgestellte Haushaltsplan wird sofort ganz wesentlich verkleinert, insbesondere werden die Gehälter auf M. 41 379.65 gekürzt, an Steuern sind nur noch M. 111 042.21 aufzubringen; trotzdem muß der Steuersatz auf 18% erhöht werden, im Jahre 1934 auf 24%.

Um bei den vielfach veränderten Verhältnissen zu einer gerechten Besteuerung zu gelangen, ist seit 1931 außer der Reichseinkommensteuer auch die Reichsvermögensteuer zur Grundlage genommen worden in der Weise, daß der jeweilig höhere Betrag der beiden sich ergebenden Steuersummen zur Veranlagung gelangt. (Augenblickliche Quote von der Vermögensteuer: 50%.)

So konnten bis heute die Finanzen der Gemeinde trotz aller Schwere der Zeit und des aus der Tabelle ersichtlichen Sinkens der Zensitenzahl immer noch in Ordnung gehalten werden, wobei als günstiger Umstand zu werten ist, daß die Gemeinde kaum nennenswerte Hypothekenschulden oder ähnliche Verpflichtungen besitzt. Das Finanzdezernat führt zur Zeit Herr Artur *Perl*, der eine wohlabgewogene, vorsichtige Steuerpolitik treibt. Einen Überblick über die Etatsverhältnisse gibt die beigefügte Tabelle. Die Umstellung von Taler auf Mark wurde 1874/75 vorgenommen. Der besseren Vergleichsmöglichkeit wegen sind aber auf der Tabelle auch die Summen der vorangehenden Jahre in Mark aufgeführt.

b) HAUSGRUNDSTÜCKE.

Im Jahre 1856 wird von dem Ankauf des „benachbarten" (gemeint ist damit wohl: des der Synagoge rückwärtig benachbarten) Hauses *Rosengarten 268* (jetzt 9/10) von dem Bankbuchhalter Telschow zum Preise von 15 000 Thl. berichtet (Abb. 4). Es wird nach einem noch vorhandenen Plan an dessen Stelle 1857 ein Neubau, das jetzige Verwaltungsgebäude, errichtet, das im Erdgeschoß die Räume für das Waisenhaus enthielt, im ersten Stock die Wohnung des Rabbiners, im Hinterhaus Schulräume und in dessen erstem Stockwerk den Sitzungssaal der Repräsentanten.

An die Rückwand des Hinterhauses gelehnt, stand noch ein altes Wohngebäude (Nr. 10), welches im Jahre 1900 ein Raub der Flammen wurde. Aus der Existenz dieses Hauses erklärt sich auch die Fensterlosigkeit der nach dem großen hellen Hof gelegenen Rückfront des Hinterhauses. Jetzt wird an der Stelle des alten Hauses alljährlich die 1875 beschaffte Gemeinde-Sukkoh errichtet.

Die Rabbinerwohnung im ersten Stock des Vorderhauses wurde zum 1. Oktober 1883 von Dr. Vogelstein gekündigt und wurde dann als Wohnung des Sekretärs bzw. als Büro benutzt.

Als wesentliche Verbesserung ist noch die Schaffung einer Dampfheizung im Jahre 1930 zu vermerken, welche, unter der kleinen Synagoge gelegen, diese, das Ritualbad, Büchereizimmer, Kleiderkammer und die Büroräume beheizt.

Zur Abrundung des Besitzes wird im Jahre 1927 das mit den Fenstern zum Synagogenhof gelegene Nachbargrundstück *Rosengarten Nr. 8* für den Preis von RM. 37 000.— gekauft. Die Instandsetzung dieses Grundstücks erforderte allerdings nicht unbeträchtliche Mittel.

Ferner wurde insbesondere für die Unterbringung der 1934 gegründeten jüdischen Volksschule das Grundstück *Wrangelstraße 3* für RM. 48 500.— erworben.

c) FRIEDHOF.

Die erste Sorge der in Stettin sich neu ansiedelnden Juden war, wie überall auch, die würdige Bestattung der Toten. So war auch der erste Grundbesitz, den die hiesigen Juden erwarben, der eines Friedhofs. Bis dahin gab es in Stettin noch keinen jüdischen Begräbnisplatz, erklärlich aus dem Umstande, daß in Stettin bis 1812 nur eine jüdische Familie wohnen durfte. Deshalb war man genötigt, jüdische Leichen nach dem etwa 20 km entfernten Greifenhagen zu überführen. Nun aber mußte bei dem vermehrten Zuzug für das Bestattungswesen am Orte gesorgt werden, wobei noch hinzukam, daß von der Königlichen Regierung, Stargard, am 26. Mai 1814 verordnet wurde, „daß die jüdischen Familien, welche von einem Gemeindeort über eine Meile entfernt wohnen, durchaus für ein Begräbnisplatz an Ort und Stelle

sorgen müssen, und daß dies unerläßliche Bedingung ihrer Aufnahme und Duldung an Orten, wo zur Zeit keine israelitischen Begräbnisplätze sind, sein solle." Zu jener Zeit herrschten infolge der Kriege bösartige Epidemien, von denen auch die Verordnung im weiteren Verlaufe spricht; nach deren Erlöschen hatte der Leichentransport das Bedenkliche verloren, und die Verordnung ist, wie sich aus zahlreichen Beispielen ergibt, genau befolgt worden. Auch die hiesigen Juden haben erst 1816 das erste Stück unseres heutigen Friedhofes erworben. Von wem und an welchem genauen Datum dieser erste Teil des heutigen Friedhofs (Bethanien-, Henriettenstraße) gekauft wurde, geht aus den Akten nicht hervor. Nur ist daraus ersichtlich, daß er 51 Quadratruten groß war und keinen festen Zaun hatte.

Aus der Lewyschen Chronik geht weiter folgendes hervor: „*Im Mai 1821* wurde der Begräbnisplatz durch Zukauf eines Grundstücks um den Preis von 400 Thlr. *auf 210 Quadratruten* vergrößert und nach Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten, als die erforderliche Verzichtleistung auf das (dem Gute Schwarzow zustehende) Hütungsrecht, Genehmigung der Johanniskloster-Deputation zur Abschreibung der Parzelle von dem Hauptgrundstücke, Genehmigung des Kriegsministerium und Kommandantur zur Anlage der Bewährung und zum Bau des Totengräberhauses, wurde der Besitztitel unter dem 9. Mai 1823 ausgefertigt, und der Zaun und das Haus um den Preis von 720 Thlr. aufgeführt."

„Der Dank für die Besiegung aller dieser Schwierigkeiten gebührt Herrn *Theodor Borchart* und ist auch in einem bei den Akten befindlichen Protokoll ausgesprochen."

Was die an anderer Stelle als Vorsteher bezeichneten Personen H. Borchert und B. Heymann für 1816, Th. Borchart und H. Wald für 1820 betrifft, so mögen diese wohl nur

als Deputierte für die Begräbnisplatz-Angelegenheit fungiert haben. Auch nahm man es noch später, als der B.- und W.-V. bereits gegründet war, mit der Unterscheidung zwischen den Vorstehern dieses Vereins und der Gemeinde nicht genau. So sind z. B. Feuerversicherungsscheine auf das Friedhofshaus pro 1826—1828 auf den Namen Theodor Borchart „für den Wohltätigkeitsverein usw. usw." ausgestellt, obgleich nie und nirgends bezweifelt worden, vielmehr in den Statuten ausdrücklich bemerkt ist, daß der Friedhof nebst Haus und Zaun der Gemeinde und nicht dem Wohltätigkeitsverein angehört. Das Stück des heutigen Begräbnisplatzes, welches die Gemeinde zuerst besaß, ist rechts vom jetzigen Eingange und diesem gegenüber oder an der nordwestlichen Ecke gelegen und war 6 Ruten breit und 8 Ruten 5 Fuß lang (also 51 Quadratruten). Wie oben angegeben, ist über den Erwerb dieser Parzelle gar kein Schriftstück vorhanden, man kennt weder den Kaufpreis, noch Namen der Käufer usw. Dem Kaufkontrakt (vom 31. Januar 1821) über die ganze Begräbnisplatzfläche — welche um 6 Ruten der Breite, um 9 Ruten der Länge nach vergrößert wurde, also nun 12× 17½ Ruten = 210 Quadratruten enthält — ist jedoch ein im Jahre 1816 angefertigter „Plan der dem Kaufmann Krüger zu Stettin gehörigen Glashütte Charlottenthal nebst dem von demselben an die jüdische Gemeinde zu Stettin zur Anlage eines *Kirchhofs* verkauften Flecke" beigeheftet, und der vergrößerte Platz hier eingezeichnet. Ferner ist in dem erwähnten Kaufkontrakt vom 31. Januar 1821 gesagt, daß der damalige Besitzer der „Glashütte", Chirurgus Carl Beuchel, der jüdischen Gemeinde nicht nur den jetzt bereits eingezäunten Begräbnisplatz von 51 Quadratruten, sondern auch die auf 210 Quadratruten vergrößerte Fläche verkauft, *und zwar das Ganze für 400 Thlr.* Es hat damit vermutlich folgende Be-

wandtnis: Beuchel hatte die Glashütte in notwendiger Subhastation aus der Krügerschen Konkursmasse erstanden; das erste Kaufgeschäft mit Krüger, der bald darauf in Konkurs geraten sein mag, war wohl noch gar nicht perfekt geworden, die Gemeinde hatte nur auf Grund der vorläufigen Stipulation den Fleck in Besitz genommen, eingezäunt und vermutlich auch schon die eine oder die andere Leiche dort beigesetzt; der Preis war noch nicht berichtigt, und im Jahre 1821 verkaufte daher der damalige Besitzer erst das ganze Stück fest. Der Preis 400 Thlr. ist am 1. Mai 1821 bar bezahlt, der Abschluß durch gerichtliche Eintragung erfolgte erst am 13. Juni 1823.

Wir erhalten nun durch die Kaufakten auch ein authentisches Verzeichnis der damals hier angesessenen jüdischen Familien. Da diese nämlich keine Korporationsrechte besaßen, so war es erforderlich, daß jeder Einzelne für den zum Kaufgeschäft deputierten Herrn Th. Borchart eine Vollmacht ausstellte. Zu diesem Behufe attestierte zunächst unter dem 6. Februar 1821 die Polizeibehörde, „auf Grund der jüdischen Populationsliste, daß nachbenannte Personen zur hiesigen jüdischen Gemeinde gehören“:

1. *Borchart* (Joachim, Herz, Chaim),
2. *Borchart*, Theodor,
3. *Borchardt*, Moritz jr.,
4. *Heymann*, Benjamin,
5. *Heymann*, Samuel,
6. Heymann, Jacob,
7. *Daus*, Moses Joachim,
8. *Meyer*, Jacob,
9. *Cohn*, Itzig, Manasse,
10. *Tepper*, Fabian,
11. *Meyerheim*, Joseph,
12. *Löwenstein*, Benedix, Mendel,
13. *Löwenstein*, M. M. jr.,
14. *Caspary*, Martin,
15. *Salinger*, David,
16. *Moritz*, Aron P.,
17. *Hammerfeld*, Julius,
18. *Wald*, Moses,
19. *Wald*, Hirsch,
20. *Rosenhain*, Moritz, Elias.

Zu diesen kam noch der damalige Kultusbeamte R. Tobias *Friedemann.*

Weiter sind laut der Mitgliedsliste zugezogen:

21. 1821 im Oktober *Seeligmann*, Mich.,
22. 1821 im Oktober *Cohn*, Moses,
23. 1821 im Oktober *Neumann*, Benjamin,
24. 1821 im Oktober *Auerbach*, Heimann W.,
25. 1822 im Januar *Tepper*, Salomon (tritt mit seiner Heirat als selbständiges Mitglied ein),
26. 1822 im April *Lesser*, Israel,
27. 1822 im Juli *Moses*, Lewin.

Dankbar, ja mit Ehrerbietung müssen wir heute die Opferwilligkeit und Hochherzigkeit anerkennen, mit der die damals hier angesessenen Israeliten, zwanzig an Zahl, ein so großes Stück Landes angekauft haben, daß dasselbe auf mehr als ein halbes Jahrhundert ausgereicht hat. Für das damalige Bedürfnis konnte die ursprüngliche Parzelle schon recht groß erscheinen; sie hatten auf weite Sicht vorgesorgt und konnten damals glauben, daß der Platz für mehr als hundert Jahre ausreichen werde.

Im Jahre 1877 muß man aber zu einer Vergrößerung des Friedhofs durch die jetzigen Felder G und H schreiten, zu welcher die Chewra kadischah M. 3000.—, der Frauenverein 500 Taler beitragen, auch wird ein chaussierter Zufahrtsweg geschaffen, und zwar war die Zufahrtsstraße von der Kreckower Straße her angelegt, während der Zugang von der jetzigen Bethanienstraße — damals noch freies Feld — erst weit später angelegt wurde. Der erwähnte Weg verlief in der Verlängerung der jetzigen Gräberreihe, welche heute durch das Kunstmannsche Grabdenkmal abgeschlossen wird.

Eine nochmalige Friedhofserweiterung westlich über diesen Weg hinaus wird durch Vertrag vom 1. 12. 1891 mit dem

Pommerschen Industrieverein auf Aktien vorgenommen, nach dem 5000 qm gekauft werden sollen; genau sind es 4608 qm.

1893 wird der Leichenwagen angeschafft.

In demselben Jahre geht der erste Antrag auf eine Urnenbestattung ein. Der gutachtlich befragte Rabbiner Dr. Vogelstein erklärt, daß dem an sich keine Bedenken entgegenständen, empfiehlt aber die Anlegung eines besonderen Urnenfeldes. Bis dahin sind Urnen in einem Sarge zu bestatten und diese Gräber mit einer Umfriedung zu versehen.

Das Bedürfnis nach einer *Halle* für die Trauerfeierlichkeiten stellt sich immer mehr heraus, denn der bisher dafür verwendete Raum war nur ein nach drei Seiten hin offener Anbau an die Westseite des Gärtnerhauses. Im Mai 1898 beantragten daher Chewra und Frauenverein den Bau einer Leichenhalle, der auch bald darauf mit einem Kostenaufwand von M. 32 000.— auf dem neuen Friedhofsteil in Angriff genommen wird. Sie wurde im Mai 1900 durch eine Feierlichkeit eingeweiht, bei welcher der Vorsitzende Dr. Freund die Einweihungsrede hielt (Abb. 24 und 25).

Der Bau mußte aber noch mehrfach ergänzt und verbessert werden. So wurde 1908 die Heizungsanlage (M. 2100.—) fertiggestellt und 1921 der Waschraum im Kellergeschoß mit weißer Wandkachelbekleidung versehen. 1929 wird auch ein Leichenaufzug eingebaut sowie neue Toiletten im Anbau des Gärtnerhauses geschaffen.

Die Bemühungen zur Vergrößerung des Friedhofs werden 1916 fortgesetzt. Ein Kaufangebot des Industrievereins nennt 3030 qm zu M. 7.—, 1334 qm zu M. 6.— und 3786 qm zu M. 9.—, zusammen 8150 qm für M. 63 388.—, jedoch mit der Verpflichtung der Tragung der künftigen Straßenbaukosten. Diese Klausel hatte leider zur Folge, daß in den

letzten Jahren nach erfolgter Anlegung der Bethanien- und Henriettenstraße diese übernommenen Lasten getilgt werden müssen mit Summen, die bei der ungünstig geschnittenen Lage des Friedhofs beträchtliche sind.

Am 10. 2. 1919 erfolgt die Auflassung. Den Jahre währenden Bemühungen war es nun gelungen, ein für die nächste Zeit ausreichendes Gelände zu erhalten. Ein Dankschreiben an die Herren Kommerzienrat *Quistorp* vom Industrieverein und Konsul Wilhelm *Kunstmann* gibt dem Ausdruck. Hier aber sei auch der restlosen Bemühungen des Vorstehers Herrn Benno *Feldberg* gedacht, der seine ganze Arbeitskraft für die Erwerbung und nachher auch für die Ausgestaltung des Friedhofes einsetzte. Leider mußte er schon wenige Jahre später auf dem von ihm so innig betreuten neuen Teil des Friedhofs beigesetzt werden.

Die Regierung hatte den Kauf am 17. 11. 1919 unter der Bedingung gärtnerischer Anlagen genehmigt.

Schon 1884 hatte eine Kommission des Vorstandes und der Gemeinde „behufs Herstellung einer größeren Ordnung in den Gräberreihen einen festen Plan für die fernere Belegung des Friedhofs vereinbart". Die Obstbäume wurden nach und nach entfernt und durch Kugelakazien ersetzt. Die Gärtnerei war stets selbständig als Pachtobjekt der Gemeinde geführt worden, und zwar von dem Gärtner und Friedhofsinspektor Rienecker bis zum 1. Oktober 1889, dann von Vater und Sohn Haedecke. Diesem wurde zum 1. Oktober 1919 gekündigt, da die Synagogengemeinde jetzt die Gärtnerei in eigene Verwaltung nehmen wollte. Gleichzeitig wurde ein großzügiger Anlageplan ausgearbeitet, womit der Direktor des Hauptfriedhofs, Georg *Hannig*, sich das größte Verdienst erwarb. Ihm war das Projekt bereits im März 1917 zur Ausarbeitung übergeben worden. Der neue Teil enthält Reihengräber, Park-

stellen und Erbbegräbnisse, einen Ehrenfriedhof für die Gefallenen des Weltkrieges (Abb. 25) sowie besondere Urnenfelder, so daß Aschenreste — unter Befolgung des rabbinischen Gutachtens — seither nur noch hier beigesetzt werden dürfen.

Noch eine Reihe weiterer Anlagen werden 1919 errichtet: Gewächshäuser und Heizanlage, Wasserleitung, und schließlich wird auch der erwähnte Weg zur Kreckower Straße, welcher bisher den alten und den neuen Teil des Friedhofes trennte, eingezogen und dieser Teil (heute mit dem Kunstmannschen Denkmal als Abschluß) als Erbbegräbnisreihe in den Friedhof einbezogen.

Die seit 1884 bestehende Mauer an der Bethanienstraße wird 1929 durch eine neue ersetzt. Der Zugang erfolgte nach Einziehung des oben genannten Weges nun für Wagen von der Henriettenstraße her, für Fußgänger führte ein schmaler Weg an der Mauer (heutige Bethanienstraße) entlang über freies Feld zum Gärtnerhaus. Erst seit etwa 1931 bildet die neu angelegte Bethanienstraße einen bequemen Zugangsweg.

Halle und Friedhof befinden sich heute in musterhafter Ordnung, die so planvoll und gärtnerisch schön gehaltene Friedhofsanlage wird seither durch den Verwalter Herrn *Karl Retzlaff* in liebevollster Weise betreut.

Interessant ist aber ein Vergleich des neuen Teils in seiner prächtigen Wohlgepflegtheit mit dem alten Friedhofsteil in dessen fast romantisch zu nennender Wirkung. Deshalb sind in dem Anhang zwei Bilder (Abb. 21 und 22) gegenübergestellt, welche diesen Kontrast deutlich wiedergeben.

Der Flächeninhalt des ganzen Friedhofsgeländes an der Bethanien- und Henriettenstraße setzt sich wie folgt zusammen:

Alter Teil bis 1875		8192 qm
Ankauf 1891/92		4608 qm
Ankauf 1916	6818 qm	
Fläche des eingezogenen Weges	1480 qm	8298 qm
	insgesamt	21098 qm

Die Verwaltung des Friedhofs geschieht nach der 1919 vom Vorstand und der Repräsentantenversammlung festgesetzten Friedhofsordnung.

Bei der Entwicklung, welche die Gemeinde bis 1928 nahm, schien es indessen an der Zeit, für neues Friedhofsgelände vorzusorgen, zumal damals die Grundstückspreise immer mehr anzogen. Benachbarte Parzellen waren jetzt nicht mehr zu haben, deshalb trat man einem Angebot näher, das ein Gelände in Kreckow zum Gegenstand hatte. Im Februar-März 1928 wurde eine Fläche von 18000 qm nebst einem Zufahrtsstreifen von 3370 qm Größe angekauft. Die Führung der Verhandlungen lag hauptsächlich in den Händen des damaligen Vorstandsmitgliedes Nathan *Marx*. So besitzt die Gemeinde heute für Friedhofszwecke ein voraussichtlich für sehr lange Zeit ausreichendes Areal.

d) WOHLFAHRTSWESEN.

In den Zahlen des Wohlfahrtswesens spiegelt sich die allgemeine Wirtschaftslage wider. Die Gemeinde besaß früher eine Reihe größerer Legate, deren Zinsen 1875: M. 300.—, 1885: M. 650.—, 1890: M. 1299.—, 1900: M. 2586.50 und 1910: M. 4476.50 erbrachten. Sie alle sind der Inflation fast gänzlich zum Opfer gefallen.

Andererseits betrugen die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen 1855: M. 400.—, 1865: M. 1800.—, 1870: M. 2700.—. Auf etwa dieser Höhe halten sie sich bis 1915, wo sie auf M. 4500.— steigen, 1925 auf RM. 10600.—, um 1930 die

Höchstzahl von RM. 31 370.— zu erreichen. Heute beträgt der Wohlfahrtsetat RM. 24 145.— (siehe Tabelle der Haushaltspläne).

Für gemeinnützige Anstalten und Vereine werden erst seit 1880 Beiträge von insgesamt M. 150.— bezahlt, 1900: M. 530.—, 1910: M. 1100.—, 1925: M. 4350.—. Diese Zahlen erhöhen sich insbesonders durch Beiträge zum neugegründeten Preußischen Landesverband 1928 auf RM. 22 900.— und betragen 1935 wieder nur RM. 14 910.—.

Im Jahre 1910 beantragte die Chewra kadischah die Anstellung einer *Krankenschwester*. Seit Januar des Jahres war dem neugebildeten Kuratorium für jüdische Krankenpflegerinnen (Allemannia-Loge, Chewra, Frauenverein) die Schwester *Lena Schönholz* vom Berliner Mutterhause überwiesen worden. Die Synagogen-Gemeinde leistete einen Zuschuß zur Besoldung. 1913 folgte ihr Schwester *Olga Fleischhacker* im Amte, die sich 1914 beim Roten Kreuz zur Verfügung stellte. Dem Kriegsministerium wurde mitgeteilt, daß für Kleidung und Feldausrüstung gesorgt werden würde. Das Amt der Krankenschwester wurde dann von Schwester *Margarete Sußmann* bis 1916 geführt. Im November dieses Jahres übernahm es Schwester *Mally* (Frau Apolant) bis Oktober 1920.

Im Jahre 1920 bis Oktober 1927 wirkte Schwester *Frieda Jonas* als erste von der Gemeinde allein angestellte Krankenschwester. Da 1927 der Berliner Verein für jüdische Krankenpflegerinnen keine geeignete Schwester stellen kann, wird am 30. 11. 1927 mit dem Verein für jüdische Krankenpflegerinnen zu Frankfurt a. M. ein Vertrag geschlossen, auf Grund dessen Schwester *Bella* (Bertha) *Peritz* seit 1. Januar 1928 das Amt einer Gemeindeschwester übertragen wird. Durch Kündigung des Vertrages mit der Gemeinde seitens des

Mutterhauses verläßt Schwester Bella am 1. 2. 1929 Stettin nach erfolgreicher und allseitig anerkannter Tätigkeit. Leider starb sie sehr bald darauf im Januar 1930 in Frankfurt a. M.

Ihre Nachfolgerin, Schwester *Hanna* Berger, war nur von Januar bis Juni 1929 tätig. Sie wurde am 1. Juli 1929 von der jetzt noch als Krankenschwester und Fürsorgerin tätigen Schwester *Margot* Cohen abgelöst.

Während bis dahin die Gemeindeschwester in der Hauptsache die Pflege und Betreuung von Kranken zu versehen hatte und die fürsorgerische Tätigkeit nur einen unwesentlichen Raum innerhalb der Wohlfahrtspflege einnahm, änderte sich dieses Verhältnis in den folgenden Jahren vollständig. Die Krankenpflege trat hinter der in immer stärkerem Maße einsetzenden sozialen Arbeit zurück, bis diese Arbeit für eine Kraft zuviel wurde.

Aus diesem Grunde wurde das Angebot der Fürsorgerin Fräulein *Betty Lewy*, sie ab 15. 10. 1931 als Praktikantin in der Wohlfahrtspflege der Gemeinde arbeiten zu lassen, gern angenommen, ein Posten, der von ihr bis zu ihrem Weggange aus Stettin am 1. 2. 1934 mit größter Arbeitsfreudigkeit ausgefüllt wurde. Seit Februar 1934 ist Fräulein *Frieda Kronheim* als Fürsorgerin bei der Gemeinde angestellt.

Im Jahre 1924 wird eine *Darlehnskasse* ins Leben gerufen, deren Trägerin die Synagogengemeinde ist, und deren Mittel von der Gemeinde, jüdischen Organisationen und Privaten aufgebracht werden. 1930 erfährt sie eine Erweiterung, wird aber von da ab nur noch mit den Mitteln der Gemeinde geführt und hat seither in einer Reihe von Fällen erfolgreich zur Stützung und Erhaltung bedrohter Existenzen gewirkt.

1928 tritt eine der wichtigsten Einrichtungen der deutschen Judenheit ins Leben: die Zentralstelle für *Hilfe und Aufbau*. Auch in Stettin wird ein derartiger Ausschuß eingesetzt, der

unter Aufbietung einer enormen, stets nur ehrenamtlich betätigten Arbeitsleistung besonders für Berufsumschichtung und Umsiedlung Hervorragendes leistet.

Das gesamte Wohlfahrtswesen wird von Herrn *Louis Lewy* als Dezernenten geleitet, der durch seine bedeutende Sachkenntnis auf diesem Gebiete der Gemeinde seit langen Jahren bewährte Dienste leistet.

Es wird in enger Fühlungnahme mit dem Wohltätigkeitsverein und dem Frauenverein geführt.

e) BÜCHEREI, GEMEINDEBLATT, ERWACHSENENBILDUNG.

Bücherei:

Im Jahre 1919 wurde die Errichtung eines Lesezimmers beschlossen und hierfür der Bezug von zwölf Zeitungen und Zeitschriften vorgesehen, welche im Sitzungszimmer ausliegen sollten. Auch die Errichtung einer Bücherei wird geplant, zu welcher der Israelitische Knabenverein, einst ein blühender Jugendverein, seine Bibliothek als Grundstock zur Verfügung stellt. Die Annahme dieses Angebots wird jedoch verschoben, weil eine Heizung der Räume wegen des Kohlenmangels in den Nachkriegsjahren nicht möglich ist.

Erst im Jahre 1927 wird zur Einrichtung einer *Bücherei* geschritten. Durch Vertrag mit dem Waisenhaus vom 7. Juni 1927 wird ein im Erdgeschoß des Hinterhauses gelegenes Zimmer für diesen Zweck gemietet und instandgesetzt. Die Bücherei wurde am 16. Mai 1928 eröffnet und enthält heute über 1500 Bände. Die Verleihung erfolgt unentgeltlich an jedes Gemeindemitglied und wird durch ehrenamtlich tätige Damen in vorbildlicher Weise besorgt. Sie ist im Sommer einmal, im Winter zweimal wöchentlich nachmittags geöffnet, ferner liegen die wesentlichsten jüdischen Zeitungen und Zeitschriften zur unentgeltlichen Benutzung aus.

Gemeindeblatt.

Noch während des Krieges, im Mai 1916, beantragte Rabbiner Dr. Wiener die Gründung eines Gemeindeblattes, um auch auf den großen Teil der Gemeinde wirken zu können, der nicht in der Lage war, seine sabbathlichen Predigten zu hören. Er selbst erbot sich, die Schriftleitung des Blattes zu übernehmen, das vierteljährlich, 8 Seiten umfassend, erscheinen sollte mit einem jüdisch-religiöse Gedanken enthaltenden Hauptaufsatz und den Nachrichten der Gemeinde. Im Juni 1916 gab der Vorstand hierzu seine Zustimmung, doch erst im November 1916 erschien die erste Nummer. Das vierteljährliche Erscheinen wurde seit August 1917 nicht mehr innegehalten, da Herr Dr. Wiener als Feldrabbiner zur ersten Armee einrückte. Die Augustnummer enthält auch zwei Artikel, die ganz aus dem Erleben des Krieges heraus geschrieben sind. Auch in den Nachkriegsjahren folgen die Nummern nur sehr selten und unregelmäßig, im ganzen 5 bis April 1920. Dann hört das Blatt auf zu bestehen, wobei nicht nur finanzielle Gründe den Ausschlag gaben, vielmehr beginnt in der jetzt einsetzenden Inflationszeit ein solcher Mangel an Papier aufzutreten, daß die Einstellung des Erscheinens einem behördlichen Wunsche entsprechend erfolgt.

Zur Bekanntgabe der 1927 begonnenen Veranstaltungen des gemeindlichen Bildungswesens erscheinen seit 1928 für jedes Halbsemester Mitteilungen mit dem Programm, die als Vorläufer des jetzigen *Gemeindeblattes* anzusehen sind.

Dieses wird auf Vorschlag des Verfassers dieser Schrift im Oktober/November 1929 ins Leben gerufen. Es ist amtliches Organ des Gemeindevorstandes und des Verbandes der Synagogen-Gemeinden Pommerns und erscheint allmonatlich in einer Auflage von heute 1200 Exemplaren. Es enthält einen Hauptartikel, dem sich in der Hauptsache die Berichte über

Veranstaltungen jüdischer Vereine, Vorträge usw. anschließen. Die amtlichen Nachrichten, Statistik und Ankündigungen von Gemeinde- und Vereinsveranstaltungen folgen. Der Umfang beträgt je nach Stärke des Inseratenteils 16 bis 24 Seiten. Das Blatt bildet heute in seinem 7. Jahrgang ein nicht mehr zu missendes Bindeglied für alle Mitglieder der Gemeinde.

Erwachsenenbildung.

Vorträge und Kurse waren, besonders in der Vorkriegszeit, fast nur Sache von Vereinen, hauptsächlich des „Vereins für jüdische Geschichte und Literatur". Diese zu einer regelmäßigen Einrichtung der Gemeindeverwaltung werden zu lassen aber bildete eine Aufgabe erst der neueren Zeit. In einem ausführlich begründeten Antrag machte Herr Dr. *Elk* im Oktober 1927 eingehende Vorschläge zur Veranstaltung von *Vortragsreihen, Arbeitsgemeinschaften* und *Einzelvorträgen.* Seither hatte die Gemeinde in jedem Winter derartige Abende dank einer Reihe von Rednern einrichten können, die sich immer eines guten Besuches erfreuten, auch musikalische Darbietungen, deren Programm von Mitgliedern unserer Gemeinde bestritten wurden, konnten den Hörern vermittelt werden. Ebenso sei die in einigen Jahren (1930—1933) durchgeführte Einrichtung von *„Weihestunden"* erwähnt.

Durch die Entwicklung der Verhältnisse seit 1933 stellte sich ein wachsendes Bedürfnis nach Veranstaltungen nicht nur von Vorträgen, sondern nach Theater und Konzerten heraus, da es viele vermieden, die sonstigen öffentlichen Veranstaltungen zu besuchen. Aus diesem Grunde wurde im September 1934 nach dem Muster Berlins ein *Kulturbund* gegründet, dessen Leitung die Herren Max *Eisenstein* — der damit als Mitglied des Gemeindevorstandes dessen Verbindung mit der neuen Institution repräsentierte —, Dr. Alfred *Hanff* und Jacob *Peiser* übernahmen, und dem die große An-

zahl von 630 Mitgliedern (= 25% der Gemeinde!) beitrat. Der Kulturbund, dessen diesjährige Spielzeit im April 1935 abschloß, bemühte sich, vieles und gutes aus allen Gebieten der Kunst und jüdischen Wissenschaften, der Musik und manchmal auch der leichten Unterhaltung seinen Mitgliedern zu bieten und kann von einem beachtlichen Erfolg seiner Tätigkeit sprechen.

Die Veranstaltung von Kursen und Arbeitsgemeinschaften, besonders das jüdische Wissen betreffend, nimmt seitens des gemeindlichen Bildungswesens außerdem weiter seinen Fortgang.

*

Für die *Jugend* wurde auf Anregung des Herrn Dr. Elk 1926—1928 ein Garten gepachtet. Auch wurde 1926 eine Jugendzeitung, „Die Jugendgemeinde", gegründet, die denselben Titel wie eine Vereinigung der gesamten jüdischen Jugend führte, welche alle Gruppen und Parteien zusammenschloß. Die Zeitschrift erschien allerdings nur etwa 1 Jahr.

1933 wurde ein Dezernat für Jugendpflege errichtet, das zur Zeit Herrn Landgerichtsrat *Maschke* vom Gemeindevorstand übertragen ist.

f) RELIGIONSSCHULE.

Die Schüler in unserer Synagogengemeinde empfingen den ersten Religionsunterricht in der Religionsschule seit 1850. Nach Ausweis der Akten zählte diese 1850: 71 Schüler, 1856: 60, 1865: 73; in den nächsten Jahren stieg die Zahl wesentlich. Im Jahre 1883 waren es 218 Schüler, davon 110 Knaben. Die Erfolge aber werden immer unbefriedigender, und ein Bericht der Schulkommission betreffend das Jahr 1872 spricht sogar von einem völligen Verfall der Religionsschule. Dies habe seine Ursache in der Unzugänglichkeit der Lehrmittel, der Schulräume, aber auch der Lehrkräfte, die, mit

Ausnahme des Schuldirektors Dr. Treuenfels, ungeeignet seien. Es wird daher ein neuer Lehrplan vorgelegt; außerdem soll in Erwägung gezogen werden, das Schullokal im Rosengarten bei Gelegenheit des Synagogenneubaues umzubauen, anderenfalls soll der Magistrat um Überlassung von Schulräumen gebeten werden. Schließlich wird die Anstellung eines neuen Lehrers empfohlen, der auch Gesangsunterricht erteilen und den Synagogenchor leiten kann; ferner sollte er die Sekretariatsgeschäfte führen und das Archiv in Ordnung halten.

Eine wesentliche Änderung wird aber auch in den folgenden Jahren noch nicht erreicht. Deshalb war von einschneidender Bedeutung für den Unterricht die Berufung Dr. Vogelsteins im Jahre 1880. Am 20. August desselben Jahres erging eine Verordnung des Magistrats, der die unentgeltliche Benutzung von drei Klassenzimmern der Bürgerschule in der Passauer Straße gestattete.

Am 22. Oktober 1888 beantragte Dr. Vogelstein die Einführung von *Jugendgottesdiensten*, da nun die Synagoge heizbar war; die ersten Andachten dieser Art wurden im Dezember 1888 ausgeführt. 1903 erfolgte sodann ein Antrag Dr. Vogelsteins auf Einführung des fakultativen Religionsunterrichts an den höheren Schulen; diesem Antrag wird seitens des Provinzialschulkollegiums zugestimmt, und Ostern 1905 wird er eingeführt.

Während seiner Tätigkeit erstattete Dr. Vogelstein auch gedruckte Schulberichte; aus ihnen ist der Fortschritt des Unterrichts ersichtlich; die angegebene Schülerzahl von etwa 320 bleibt auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten fast ganz konstant.

Unter den Wirrnissen der Kriegsjahre hat naturgemäß der Religionsunterricht zu leiden gehabt, das Schullokal wird Kriegslazarett, Rabbiner Dr. Wiener, der seit 1912 amtierte,

ist als Feldrabbiner abwesend. Einen Aufschwung nahm das gesamte Schulwesen in der Gemeinde mit dem Amtsantritt von Rabbiner Dr. Elk, der 1927 durch die Berufung des akademischen Religionslehrers Dr. Rosenberg wesentlich unterstützt wird. Der Unterricht wird von nun ab für die Schüler der höheren Lehranstalten in den Anstalten selbst, für die Volksschüler in der Religionsschule erteilt. Ziel des hebräischen Unterrichts ist es, den Schüler zu befähigen, mit Verständnis dem Gottesdienst in der Synagoge zu folgen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich auf diesem Gebiete weiterzubilden. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn Lehrer und Schüler alle Kräfte anspannen und die Lehrmethode den modernsten Anforderungen genügt.

An den öffentlichen Schulen Stettins und an der Religionsschule erfolgt der Unterricht im Hebräischen in 3 Stufen. Für die Schüler, die darüber hinaus sich Kenntnisse im Hebräischen aneignen wollen, sind besondere Kurse eingerichtet worden. Psalmen und Prophetenlektüre sind im wesentlichen die Aufgaben dieser Arbeitsgemeinschaften.

Die Stundenzahl für den gesamten Religionsunterricht hat sich im Laufe der Jahre wesentlich vergrößert. Während der Amtstätigkeit von Dr. Vogelstein war sie folgende: Dr. Vogelstein 7 Stunden, Dr. Worms 16 Stunden, Oberkantor Sarasohn 4 Stunden, Lehrer (und Sekretär) Simon 7 Stunden, Lehrer und Kantor Deiler 10 Stunden, Frau Worms 4 Stunden. Während der Leitung des Herrn Dr. Elk war die Verteilung der Stunden zuletzt folgendermaßen: Dr. Elk 7 Stunden, Dr. Rosenberg 19 Stunden, Herr Rainowitz 16 Stunden, nachdem Herr Deiler 1933 in den Ruhestand getreten war.

Im April 1934 wurde eine *jüdische Volksschule* eingerichtet; deren Schüler erhalten den Religionsunterricht in ihrer Schule selbst.

g) *JÜDISCHE VOLKSSCHULE.*

Unterm 8. April 1843 wird der Gemeindevorstand von der Königl. Regierung ersucht, 18 das jüdische Kultus- und Schulwesen betreffende Fragen zu beantworten. Aus der am 2. Juni 1843 ergangenen Antwort des Vorstandes (Akten „Berichte und Verfügungen der Königl. Regierung 1841 bis 1854." Gesamtarchiv, Berlin) ergibt sich ein interessantes Bild des damaligen Gemeindewesens. Die Gemeinde umfaßte damals 430 Seelen. Gleichzeitig aber geht daraus auch hervor, daß neben dem Religionsunterricht des Rabbiners seit dem Jahre 1825 hier „ eine besondere jüdische Schule" besteht, die als eine öffentliche von der Königl. Regierung anerkannt und unter die Aufsicht der Stadtschuldeputation gestellt ist. Die angestellen Lehrer werden vom Vorstande der Gemeinde gewählt. Zur Unterhaltung wird aber von der Stadt kein Beitrag geleistet. Sie wird von 30 Kindern besucht. Außerdem werden die christlichen Schulen von 45 jüdischen Kindern besucht. Religionsunterricht genießen 50 Kinder.

Umso weniger erklärlich ist ein Zirkular des Herrn Rabbiner Dr. Meisel vom 31. März 1843, worin er eine „Aufforderung an die Väter und Mütter der israelitischen Gemeinde Pommerns" zur Errichtung einer jüdischen Schule richtet, die zunächst aus zwei Klassen bestehen soll, und die als Volksschule gedacht ist. Als Lehrer fungieren Dr. Meisel, Oberlehrer Reichert, Lehrer Auerbach und 2 Gymnasiallehrer. Ein Stundenplan liegt bei. Aus demselben Jahre befindet sich auch ein Prüfungsbuch bei den Akten mit den Namen der Lehrer: Dr. Meisel, Latz, Seefeldt, Krüger, Golde (Latein!).

Wie lange die Schule bestanden hat, geht aus den Akten nicht klar hervor, am 22. 6. 1849 ergeht aber ein Zirkular des Gemeindevorstandes, daß laut Statut eine jüdische Elementar-

schule errichtet werden müsse. 16 Verpflichtungen von Eltern für 53 Kinder gehen ein. 1850 lesen wir, wie bereits erwähnt, von der Eröffnung der Religionsschule, und in der Folge werden die Listen von Religions- und Volksschule so wenig auseinandergehalten, daß man fast der Meinung sein kann, die Volksschule sei sehr bald eingegangen, zumal am 18. 8. 1860 ein Lehrer Dr. Wolffberg durch Zirkular anzeigt, daß er eine mehrklassige Elementarschule für Knaben errichten wolle. (Monatliches Schulgeld 1 Thaler, 5 Groschen.) Die Religionsschule zählte damals 275 Kinder. Ob die Gründung der Elementarschule zustande kam oder Erfolg hatte, wird nicht berichtet, denn für die Folge ist nur noch von der Religionsschule die Rede.

Bis in die neueste Zeit hinein gibt es in Stettin keine jüdische Volksschule mehr. Erst die Ereignisse von 1933 geben zur Gründung Veranlassung, und nach unablässigen Bemühungen des Rabbiners Dr. Elk kommt Ostern 1934 die *jüdische Volksschule* mit 3 Klassen zustande. An ihr wirken Herr James *Rainowitz* als Schulleiter, und als Lehrkräfte:

die Damen Cäcilie *Ledermann* und Ruth *Schnell*

sowie Herr Siegfried *Weil.*

In diesem Jahre wurde eine 4. Klasse errichtet, und man plant, jedes Jahr eine weitere anzufügen. 1934 wurde die Schule von 58, 1935 wird sie von 78 Kindern besucht. Die Erfolge sind überaus zufriedenstellend.

Materielle Trägerin der Schule ist die Synagogengemeinde, doch werden die notwendigen Mittel nicht nur von dieser, sondern auch aus Schulgeldern und den Beiträgen des zu diesem Zwecke gegründeten „Verein der Freunde und Förderer der jüdischen Volksschule" aufgebracht. Der Verein wird geleitet von den Herren Rechtsanwalt *Witkowski*, Fritz *Lindner*, Dr. *Weltmann*, Josef *Holler* und Frau Ella *Riess.*

Noch in diesem Jahre soll die Schule aus den jetzigen unzulänglichen Räumen Friedrich-Karl-Str. 3 in das zu diesem Zwecke von der Gemeinde erworbene Grundstück Wrangelstraße 3 übersiedeln.

h) VERWALTUNGSBÜRO

Es ist wahrscheinlich und selbstverständlich, daß in den Anfangsjahren der Gemeinde und bei ihrer damaligen kleinen Mitgliederzahl die Verwaltungsgeschäfte nur einen so geringen Umfang hatten, daß sie unter ehrenamtlicher Leitung eines Vorstandsmitgliedes von dem Kantor oder Lehrer der Gemeinde versehen werden konnten.

Mit dem Wachstum der Gemeinde vergrößerten sie sich aber naturgemäß immer mehr, so daß eine besoldete Kraft herangezogen werden mußte. Im Juli 1871 wird der Beschluß gefaßt, die Stelle eines Sekretärs zu schaffen und zu besetzen. Dem zuerst interimistisch in Aussicht genommenen Waisenvater Cohn wurde vom Vorstand des Waisenhauses die Genehmigung hierzu nicht erteilt. Die Stelle wird hierauf Herrn *Teschendorf* übertragen. Das Vorstandsprotokoll vom 13. 12. 1882 berichtet aber, daß sich ein großes Manko in der Kasse herausgestellt habe, und so wird Herrn Teschendorf zum 1. 4. 1883 gekündigt, zugleich gilt die Kündigung auch für seine Wohnung, die er im Verwaltungshause Rosengarten 9/10 innehatte.

Seit März 1883 ist Herr G. F. *Kuck* als Sekretär tätig, muß jedoch entlassen werden, als sich im Dezember 1885 ebenfalls Unregelmäßigkeiten in der Kasse herausstellten.

Zu dieser Zeit war für den erkrankten Lehrer Rosenbaum Herr Louis *Simon* als Hilfslehrer für einige Wochen angestellt worden. Dieser übernimmt zunächst provisorisch die Verwaltungsgeschäfte und wird dann ab 1. Januar 1886 als

Lehrer und Sekretär angestellt. 40 Jahre eines arbeitsreichen Lebens waren ihm auf diesem Posten vergönnt, den er mit großer Arbeitsfreude zugleich als Lehrer einer Reihe von Generationen und als Verwaltungsbeamter treu und mit seltenem Pflichteifer ausfüllte. Die 7 Unterrichtsstunden wöchentlich mußten später wegen der wachsenden Bürobeschäftigung bis auf 2 verringert werden, und schließlich mußte er, der so ganz mit dem Herzen ein Lehrer der Jugend war, sie gänzlich wegen Überbürdung aufgeben. Ihm stand in den Bürostunden der jeweilige zweite Kantor zur Seite, bis das Kantorat auf Antrag des Herrn *Wartelski* von dieser Pflicht entbunden wurde, Herr Deiler übte jedoch dieses Amt weiterhin bis 1923 aus. Außerdem waren früher als Buchhalterinnen und Bürogehilfinnen tätig:

Fräulein Käte *Freund*, 1. 4. 1919 bis 15. 5. 21
„ Henny *Tobias*, 21. 3. 21 bis 30. 9. 28
„ Charlotte *Moll*, 1. 1. 23 bis 1. 2. 26
„ Edith *Lewin*, April bis Juli 1926
„ Else *Natkiel*, 1. 10. 28 bis 1. 3. 29.

Besonders schwere Jahre bildeten für die gesamte Beamtenschaft die Inflationsjahre. Wie schon beim Finanzwesen erwähnt, mußte die Gehaltszahlung täglich erfolgen, und im Büro arbeitete man mit Inflationssummen, die ins riesenhafte gingen und dem Sekretär den letzten Rest seiner Arbeitskraft nahmen. Deshalb nahmen sich die Herren Rabbiner Dr. *Nellhaus* und Kantor *Deiler* der Arbeit im Büro besonders an.

Die Erschütterung dieser Jahre war an Herrn *Simon* nicht spurlos vorübergegangen. Am 12. Oktober 1926 wurde er von einem plötzlichen Tode ereilt. Die Gemeinde ließ diesen ältesten ihrer Beamten in einer zur Verfügung gestellten Grabstelle beisetzen.

Ihm folgte im Amte Herr *Jacob Singer*, der vom 1. Juli

1926 bis 31. Dezember 1927 das Verwaltungsbüro leitete, sein Nachfolger ist der Verfasser dieser Schrift.

Wenn man die technische Entwicklung des Büros verfolgt, so berührt es merkwürdig, wenn die Akten ergeben, daß 1901 beschlossen wurde, einen Telefonanschluß zu beantragen. 1919 wurde die erste Schreibmaschine angeschafft. Mit diesen wenigen Hilfsmitteln war auf die Dauer nicht auszukommen. Denn der Arbeitskreis erweiterte sich von Jahr zu Jahr. Schon allein die Entwicklung des Wohlfahrtswesens (1878 wurden für laufende Unterstützungen M. 108.— jährlich gezahlt!), dessen Etat von 1925 mit M. 10 600.— auf M. 29 500.— im Jahre 1928 gestiegen war, erforderte eine große Mehrarbeit, dazu kam noch die komplizierte Steuerberechnung und die Erledigung der Einsprüche, die häufig in die Hunderte gingen. Doch dies alles waren nur Erweiterungen früher bereits seit langem bestehender Aufgaben. Neu hinzu kamen vor etwa einem Jahrzehnt die Verwaltung des Friedhofs und der Friedhofsgärtnerei sowie in neuester Zeit die Führung einer Mitgliederkartei, einer Wohlfahrtskartei, die Herausgabe des neuen Gemeindeblatts, die Überwachung und der Schriftwechsel der Bücherei und noch eine Reihe anderer kleinerer Aufgaben, die sämtlich ohne Vermehrung des außer dem Leiter immer bloß aus zwei Personen bestehenden Personalbestandes erledigt und bis heute durchgeführt werden.

Dies war nur durch eine Verbesserung des technischen Apparates möglich. 1929 wurden zwei Schreibmaschinen angeschafft, 1929 eine Adressenmaschine, durch die eine tagelang währende Arbeit auf wenige Stunden verkürzt ist, ferner Rechen- und Addiermaschinen.

Die Buchhaltung wurde 1928 nach einem besonderen Kartensystem auf die speziellen Erfordernisse der Gemeinde umgestellt, das sich außerordentlich bewährt hat, außerdem

wurde eine übersichtliche Steuerkartei neu angelegt.

Das gesamte Aktenwesen wurde neu geordnet und 1930 ein neues großes Archiv errichtet.

Um dem Vorstand ein würdiges Sitzungszimmer zu schaffen, wurde bereits 1928 ein drittes Zimmer zu den Büroräumen hinzugenommen, das, als Konferenzzimmer ausgestattet, 1934 durch Umbau eine Vergrößerung erfuhr.

So hat das Verwaltungsbüro, in dem alle Fäden der verzweigten Gemeindeverwaltung zusammenlaufen, unter dem derzeitigen Dezernenten Herrn Justizrat *Moritz* immer seine vielfältigen Aufgaben erfüllen können.

VI. Die bevölkerungspolitische Entwicklung der Gemeinde

Aus dem Dokument im Grundstein der Synagoge ging bereits hervor, daß die Gemeinde eine gute Entwicklung genommen hatte. Etwa „400 Balbattim" zählte sie 1873, also wohl etwa insgesamt 1000 bis 1200 Personen. Genaue Zahlen sind aber nicht festzustellen, da eine Gemeindeliste nicht geführt wurde. Wir können also nur die Anzahl der Zensiten verfolgen, die sich seit 1928 immer etwa zwischen 700 und 800 hält. Nur das Jahr 1928 bringt eine Aufwärtsbewegung auf 1366, während wir 1933: 545 und 1934: 524 Zensiten zählen. In den Jahren 1927/28 hatten wir durchschnittlich mit einer Anzahl von etwa 2800 bis 3000 jüdischen Einwohnern in Stettin in den letzten Jahrzehnten rechnen können.

Eine genaue Erfassung aller Gemeindemitglieder hat erst 1930 (2701) mit der Begründung der Personenstatistik im

Verwaltungsbüro begonnen, deren Ergebnisse vierteljährlich im Gemeindeblatt veröffentlicht und am Ende eines jeden Jahres dort in einer ausführlichen Übersichtstabelle bekanntgegeben werden. Eine solche Tabelle für 1934 ist als Beilage zu diesem Buch veröffentlicht.

So konnte auch erst in diesem Jahre eine vergleichende Übersicht über die bevölkerungspolitische Entwicklung unserer Gemeinde, und zwar für das Jahrfünft 1930/34 gegeben werden, deren Ergebnisse auch hier niedergelegt seien:

DIE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IN DER SYNAGOGEN-GEMEINDE STETTIN IM JAHRFÜNFT 1930—1934.

A. ZUGÄNGE.

Geburten:	Knaben	Mädchen	Summe	auf 1000 Personen
1930	10	8	18	6,7
1931	14	11	25	9,3
1932	3	2	5	1,9
1933	10	12	22	8,5
1934	6	11	17	6,7
	43	44	87	

= durchschnittlich jährlich 17,4 Geburten,
d. s. 6,62 Geburten auf 1000 Personen. Die Durchschnittszahl wird hauptsächlich durch die besonders niedrige Geburtenzahl im Jahre 1932 heruntergedrückt.

Eintritte:	Männer	Frauen	Summe
1930	2	—	2
1931	—	—	—
1932	1	4	5
1933	11	9	20
1934	1	2	3
	15	15	30

Die bei weitem größte Anzahl weist das Jahr 1933 auf, in dem eine verhältnismäßig große Anzahl wieder den Weg zurück ins Judentum und in unsere Gemeinde fanden.

Zuzüge:	Männer	Frauen	Summe
1930	134	76	210
1931	87	45	132
1932	82	67	149
1933	69	46	115
1934	81	73	154
	453	307	760

Während, wie zu erwarten war, das Jahr 1933 eine Verringerung des Zuzugs brachte, konnte 1934 wieder ein Ansteigen dieser Ziffer beobachtet werden.

B. ABGÄNGE: Todesfälle:

	1930		1931		1932		1933		1934		Summe	
Alter	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.
bis 15 J.	—	2	—	—	2	—	1	—	1	3	4	5
16—30 J.	2	—	—	1	3	—	3	—	1	—	9	1
31—50 J.	3	3	1	3	3	3	4	1	—	1	11	11
51—60 J.	6	1	2	2	4	3	6	1	3	1	21	8
61—70 J.	9	5	6	4	7	8	11	5	5	2	38	24
über 70 J.	9	17	10	5	6	10	10	1	13	9	48	42
	29	28	19	15	25	24	35	8	23	16	131	91
	57		34		49		43		39		222	

= *jährlich durchschnittlich 44,4 Todesfälle*

= 2,1% 1,3% 1,8% 1,7% 1,6%

der jeweiligen Seelenzahl, d. s. durchschnittlich 1,7%.

Die Tabelle zeigt nicht nur eine absolute Verminderung

der Todesfälle, sondern auch eine relative von 2,1% im Jahre 1930 auf 1,6% im Jahre 1934, obwohl in diesem Jahre die Kindersterblichkeit größer war als sonst; indessen sind die mittleren Altersstufen so gut wie gar nicht betroffen.

Bedenklich stimmen muß aber die Tatsache, daß durchschnittlich auf jährlich 17,4 Geburten 44,4 Todesfälle kommen.

Austritte:	Männer	Frauen	Summe
1930	8	4	12
1931	10	4	14
1932	6	2	8
1933	13	8	21
1934	3	7	10
	40	25	65

Auch hier sind die höchsten Zahlen im Jahre der nationalen Revolution zu verzeichnen, erklärlich durch mancherlei hauptsächlich wohl berufliche Gründe.

Fortzüge:	Männer	Frauen	Summe
1930	102	57	159
1931	113	69	182
1932	87	61	148
1933	177	116	293
1934	99	88	187
	578	391	969

Verständlicherweise ist im Jahre 1933 ein ganz erhebliches Anwachsen der Abwanderungszahl erfolgt. Hier machen sich die vielen Fortzüge bemerkbar, die eine Folge des Umbruchs und der Ariergesetzgebung sind. Im Jahre 1934 nimmt die Abwanderung aber bereits wieder normale Ziffern an. (Über

Statistische Uebersicht des Personenstandes

der Synagogen-Gemeinde Stettin für das Jahr 1934. (Die Zahlen des Vorjahres in Klammern.)

A. Veränderungen im Berichtsjahr 1934.

Geburten			Einsegnungen		Eheschließungen												Eintritte		
Knaben	Mädchen	Summe	Knaben	Mädchen	unt. 20		20–25		26–30		31–35		36–40		41–50		Summe der Eheschl.	Männer	Frauen	Summe
					M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.				
6 (10)	11 (12)	**17 (22)**	19 (12)	—	—	—	5 (2)	5 (2)	2 (-)	1 (1)	1 (1)	- (1)	—	—	—	1 (-)	**8 (3)**	1 (11)	2 (9)	**3 (20)**

Todesfälle											Austritte			
	bis 2 J.	7–15	16–20	21–30	31–40	41–50	51–60	61–70	71–80	81–90	Summe		aus der Gemeinde	aus dem Judentum	Summe
männlich	1 (—)	— (1)	1 (—)	— (3)	— (—)	— (4)	3 (6)	5 (11)	8 (7)	5 (3)	23 (35)	Männer	— (8)	3 (5)	3 (13)
weiblich	2 (—)	1 (—)	— (—)	— (—)	— (1)	1 (—)	1 (1)	2 (5)	8 (1)	1 (—)	16 (8)	Frauen	1 (5)	6 (3)	7 (8)
	3 (—)	1 (1)	1 (—)	— (3)	— (1)	1 (4)	4 (7)	7 (16)	16 (8)	6 (3)	**39 (43)**		1 (13)	9 (8)	**10 (21)**

Zuzüge				Fortzüge				Summe der Zugänge					Summe der Abgänge				
	Ledige	Verh.	Summe		Ledige	Verh.	Summe		Geburten	Zuzüge	Eintritte	Summe		Todesfälle	Fortzüge	Austritte	Summe
Männer	67 (50)	14 (19)	81 (69)	Männer	78 (125)	21 (52)	99 (177)	Männer	6 (10)	81 (69)	1 (11)	88 (90)	Männer	23 (35)	99 (177)	3 (13)	125 (225)
Frauen	58 (33)	15 (13)	73 (46)	Frauen	62 (41)	26 (75)	88 (116)	Frauen	11 (12)	73 (46)	2 (9)	86 (67)	Frauen	16 (8)	88 (116)	7 (8)	111 (132)
	125 (83)	29 (32)	**154 (115)**		140 (166)	47 (127)	**187 (293)**		17 (22)	154 (115)	3 (20)	**174 (157)**		39 (43)	187 (293)	10 (21)	**236 (357)**

Zusammenstellung:

	Männer	Frauen	Insgesamt
Personenstand am 1. Januar 1934 (1933)	1115 (1248)	1269 (1336)	2384 (2584)
Zugänge im Jahre 1934 (1933)	88 (90)	86 (67)	174 (157)
	1203 (1338)	1355 (1403)	2558 (2741)
Abgänge im Jahre 1934 (1933)	125 (225)	111 (132)	236 (357)
Personenstand an 31. Dezember 1934 (1933)	1078 (1115)	1244 (1269)	2322 (2384)

B. Personenstand am 31. Dezember 1934:

	Männer					Frauen				
	ledig	verheir.	verw.	gesch.	Summe	ledig	verheir.	verw.	gesch.	Summe
bis 1840	- (—)	— (—)	—(—)	—(-)	—(-)	—(—)	— (—)	2(2)	— (-)	2(—2
1841—1850	2(2)	2(4)	3(5)	—(-)	7(11)	3(3)	— (—)	4(4)	-- (-)	7(—7
1851—1860	2(2)	21(25)	11(14)	- (-)	34(41)	14 16)	9 (11)	49(50)	— (-)	72(77
1861—1870	10(12)	61(66)	10(11)	1(1)	82(90)	21(22)	33 (36)	73(76)	3 (3)	130(137
1871—1880	13(13)	142(143)	8(9)	3(4)	166(169)	20(22)	76 (84)	61(55)	5 (5)	162 (166
1881—1890	29(28)	148(152)	2(3)	2(1)	181(184)	33(33)	129(134)	31(32)	2 (2)	195 (201
1891—1900	45(53)	123(124)	2(2)	4 3)	174(182)	44(48)	157(162)	9(8)	6 (5)	216 (223
1901—1910	111(124)	41(35)	—(—)	1(-)	153(159)	80(80)	73(71)	— (—)	2 (3)	155 (154
1911	10(8)	—(—)	—(—)	— (-)	10(8)	11(10)	3(2)	—(—)	— (-)	14 (12
1912	10(14)	1(—)	—( )	- (-)	11(14)	14(13)	6(3)	—(—)	— (-)	20 (16
1913	10(11)	— (—)	—(—)	— (-)	10(11)	8(8)	— (—)	—(—)	— (-)	8 (8
1914	15(16)	—(—)	—(—)	— (-)	15(16)	14(16)	1(1)	—(—)	— (-)	15 (17
	257(283)	539(549)	36(44)	11(9)	843(885)	262(271)	487(504)	229(227)	18(18)	996(1020)
1915		15 (10)			15 (10)		10 (10)			10(10)
1916—1920		47 (47)			47 (47)		73 (79)			73(79)
1921—1925		84 (88)			84 (88)		67 (71)			67(71)
1926—1928		44 (42)			44 (42)		45 (45)			45(45)
1929		8 (8)			8 (8)		13 (12)			13(12)
1930		7 (7)			7 (7)		8 (9)			8(9)
1931		12 (14)			12 (14)		9 (9)			9(9)
1932		3 (3)			3 (3)		2 (2)			2(2)
1933		10 (11)			10 (11)		12 (12)			12(12)
1934		5 (—)			5 (—)		9 (—)			9(—)
		235 (230)	Jugendliche		1078(1115)		248 (249)	Jugendliche		1244(1269)

Insgesamt 2322 (2384) Personen.

Zahl der Verehelichten:

Reinjüdische Ehen: 424 (437)
— (1)
5 (5)
30 (31)
459 (474)

Hierzu sind noch zu rechnen:
Ehe, bei der Mann und Frau,
Ehen, bei denen der Mann,
Ehen, bei denen die Frau zum Judentum übergetreten ist.

Hierzu kommen: 68 (68) jüd. Männer u 25 (27) jüd. Frauen, die in Mischehe leben,
12 (7) „ „ „ 3 (3) „ „ , deren Ehegatten z. Zt. auswärts wohnen

Insgesamt 539 (549) verh. Männer, 487 (504) verheiratete Frauen = 1026 (1053) verehelichte Pers.
Zahl der Geburten: 17 (22) = 6,7 (8,5) auf 1000 Personen;
Zahl d. Todesfälle: 39 (43) = 1,6% (1,7%), berechnet nach der vorjährig. Personenzahl von 2384.

die Abwanderung Jugendlicher siehe auch weiter unten bei der Betrachtung über den Altersaufbau der Gemeinde).

Danach ist im *Bestande unserer Gemeindemitglieder* in den Jahren von 1930 bis 1934 eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen, die sich wie folgt zusammensetzt:

Überschuß der 222 Todesfälle
über 87 Geburten = 135 Personen Abnahme,
Überschuß der 969 Fortzüge
über 760 Zuzüge = 209 Personen Abnahme,
Überschuß der 65 Austritte
über 30 Eintritte = 35 Personen Abnahme,

zusammen 379 Personen Abnahme

in fünf Jahren = durchschnittlich etwa 75 Personen jährlich, d. h. 3% in jedem Jahre.

Um diese Zahl von 379 Personen ist die Ziffer unserer Gemeindemitglieder vom Jahre 1930 mit einer Seelenzahl von 2701 auf 2322 am 31. Dezember 1934 gesunken.

Immerhin ist die Abnahme von nur 3% jährlich anderen Gemeinden gegenüber noch als durchaus günstig zu bezeichnen.

Wichtig für unsere Betrachtung ist ferner die bevölkerungspolitische Struktur unserer Gemeinde. Nach Dr. Theilhaber soll sich der *Altersaufbau* bei einer stationär bleibenden Bevölkerung

Demnach müßte am 31. Dezember 1934 der Altersaufbau

	wie folgt verhalten:	Er verhält sich aber:
0—20 Jahre . . .	33 von 100 Personen	= 20,8 Personen
21—40 Jahre . . .	30 von 100 Personen	= 27,3 Personen
41—60 Jahre . . .	25 von 100 Personen	= 32,1 Personen
über 60 Jahre . . .	12 von 100 Personen	= 19,8 Personen

der Stettiner Gemeinde bei einer Seelenzahl von 2322

Normalerweise betragen	tatsächlich ist er aber m. wbl.	Differenz 1934 (1930)
0-20 Jahre 766 Pers.	235+248=483 Pers.	—37% (—32,6%)
21-40 Jahre 697 Pers.	297+336=633 Pers.	— 9,2+(+ 2,6%)
41-60 Jahre 580 Pers.	364+383=747 Pers.	+28,8%(+17%)
üb. 60 Jahre 279 Pers.	182+277=459 Pers.	+64,5%(+42%)

Wir sehen deutlich die erhebliche Differenz zwischen dem normalen Durchschnitt der Anzahl Jugendlicher und unserer kinderarmen Gemeinde, eine Differenz, die sich gegen das Jahr 1930 noch um 4,4% erhöht hat.

Im einzelnen setzt sich am 1. Januar 1935 die *Zahl der Jugendlichen* wie folgt zusammen:

	Knaben	Mädchen	
1915—1920	62	83	
1921—1925	84	67	= 240 Schulpflichtige
1926—1928	44	45	
1929—1934	45	53	
	235	248	

insgesamt 483 Jugendliche.

Hier sei auch noch der absolute Rückgang der Jugendlichenanzahl erwähnt: Während wir am 1. Januar 1930 noch

283 Knaben und 292 Mädchen = 575 Jugendliche

zählen konnten, betrug deren Zahl am 31. 12. 1934:

235 Knaben und 248 Mädchen = 483 Jugendliche.

Wir verzeichnen also eine Abnahme von

48 Knaben und 44 Mädchen = 92 Jugendliche,

d. s. 16%.

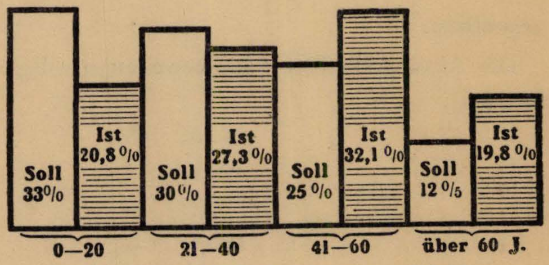
In der Hauptsache handelt es sich hier um die Abwanderung aus den Jahrgängen 1912—1915; denn während deren Anzahl im Jahre 1930

73 Knaben und 59 Mädchen betrug, war sie

am 31. 12. 1934 auf 50 Knaben und 46 Mädchen gesunken; erklärlich aus der Abwanderung nach Palästina oder ins Ausland zum Zwecke der Berufsausbildung.

Auch bei den *mittleren Jahrgängen* hat sich das Verhältnis zur Normalzahl verschlechtert. Während noch 1930 die 21- bis 40jährigen um 2,6% über dem Durchschnitt lagen, ist diese Zahl jetzt um 9,2% unter die Normalzahl gesunken. Die Jahrgänge von 41 bis 60 Jahren liegen wiederum um 28,8% (gegen 17% im Jahre 1930) über dem Durchschnitt und die über 60jährigen sogar um 64,5% gegen 42% im Jahre 1930.

Graphisch ausgedrückt, stellt sich der *Altersaufbau* unserer Gemeinde (Istzahl) gegenüber den Normalzahlen (Sollzahl) wie folgt dar:



Deutlich erkennbar ist die Soll-Säule der Jugendlichen um über ⅓ nicht erreicht. Die Ist-Säule der Jugendlichen wird von den 60jährigen fast eingeholt, während sie diese normalerweise um das Dreifache übertreffen müßte. Die mittleren Jahrgänge sind einigermaßen normal besetzt, die Jahrgänge von 41 bis 60 Jahren am stärksten vertreten.

Während wir bei der *Verteilung der Geschlechter* im Jahre 1930 feststellen konnten, daß — gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 1000 Männern : 1300 Frauen — in unserer Gemeinde 1304 Männer 1387 Frauen gegenüberstanden, hat sich dies Verhältnis heute ziemlich geändert, und zwar zählte die

Gemeinde am 31. 12. 1934: 1078 Männer und 1244 Frauen, der Frauenüberschuß ist also größer geworden. Bei dieser Zahl spielt allerdings der Umstand eine ausschlaggebende Rolle, daß darin die verhältnismäßig sehr große Anzahl von 229 Witwen enthalten ist, denen nur 35 Witwer gegenüberstehen.

So erklärt es sich auch, daß in den sogenannten heiratsfähigen Jahrgängen trotzdem von keinem Frauenüberschuß gesprochen werden kann, denn

in den Jahrgängen 1901—1914 stehen 111 ledigen Männern 80 ledige Frauen,

in den Jahrgängen 1911—1914 stehen 45 ledigen Männern 47 ledige Frauen

gegenüber.

Die Anzahl der hier vorgenommenen religiösen *Trauungen* betrug:

1930:	13
1931:	4
1932:	4
1933:	3
1934:	8

insgesamt also 32 Trauungen in fünf Jahren = durchschnittlich 6,4% jährlich. Diese Zahl umfaßt allerdings nur die in Stettin vorgenommenen religiösen Trauungen, gibt also keinen Aufschluß über die nur standesamtlich vollzogenen Eheschließungen und enthält auch nicht die auswärts geschlossenen Ehen, da uns, im Gegensatz zu allen anderen Zahlen, hierüber keine behördlichen Mitteilungen zugehen.

Wir können daher Vergleiche nur auf Grund der Personenstandsaufnahmen ziehen, und hierbei ermitteln wir am *1. Januar 1930:*

556 reinjüdische Ehen (einschl. Übertritte zum Judentum),
hierzu 59 jüd. Männer und 27 jüd. Frauen, in Mischehe
hierzu 12 jüd. Männer und 6 jüd. Frauen, deren Ehegatten auswärts wohnen

insgesamt 627 verh. Männer, 589 verh. Frauen
= 1216 verehelichte Personen.

am *31. Dezember 1934:*
459 reinjüdische *Ehen*,
hierzu 68 jüd. Männer und 25 jüd. Frauen, in Mischehe
hierzu 12 jüd. Männer und 6 jüd. Frauen, deren Ehegatten auswärts wohnen

insgesamt 539 verh. Männer, 487 verh. Frauen
= 1026 verehelichte Personen.

Überalterte Struktur und abnehmende Tendenz — dies ist leider das Ergebnis der Statistik für die Jahre 1930 bis 1934. Die Todesfälle übersteigen die Geburten, die Fortzüge sind größer als die Zuzüge, wobei wir allerdings objektiv feststellen müssen, daß die Abwanderung aus unserer Gemeinde mit 209 Personen in fünf Jahren verhältnismäßig gering ist im Vergleich zu anderen Gemeinden, welche dadurch weit wesentlichere Verluste in ihrem Mitgliederbestande aufzuweisen haben als die Stettiner Synagogengemeinde.

VII. Die derzeitige Verwaltung der Gemeinde und ihre heute tätigen Beamten

A. *DER VORSTAND UND SEINE DEZERNATSVERTEILUNG.*

Justizrat Julius *Moritz*, Vorsitzender: Verwaltungsbüro, Religionsschule, Schächtwesen.

Arthur *Perl*, stellv. Vorsitzender: Finanz- und Bauwesen.
Louis *Lewy:* Wohlfahrtswesen.
Max *Eisenstein:* Kultus und Bildungswesen.
Landgerichtsrat Hermann *Maschke:* Friedhof, Bücherei, Jugendpflege.
Bernhard *Bohrmann:* Stellvertreter.

B. *REPRÄSENTANTEN-VERSAMMLUNG.*

Repräsentanten:	*Stellvertreter:*
Dr. Walther Brock,	Dr. Erich Appelbaum,
Dr. Siegbert Auerbach,	Dr. Kurt Freitag,
Georg Cohn,	Ernst Körbchen,
Dr. Martin Meyer,	Max Marx,
Gustav Falkenheim,	Hertha Mayer,
Carl Kaufmann,	Otto Michelsohn,
Georg Schatz,	Berthold Pincus,
Ella Rieß,	R. A. Paul Schlesinger,
Dr. Martin Aronheim,	Kurt Freundlich,
Alice Gumpert,	Siegfried Meyer,
Oskar Schwarz,	Dr. E. Weltmann,
Hans Monasch,	Else Zadek,
Rechtsanwalt Witkowski,	Hugo Gottfeld,
Anna Lewy,	Erich Wolf,
Daniel Loewenstein,	Moritz Selinger.

C. *SYNAGOGEN-KOMMISSARE.*

a) in der großen Synagoge: Louis Lewy, Hugo Barasch;
b) in der kleinen Synagoge: Hugo Gottfeld, Jacob Peiser.

D. *BEAMTE UND ANGESTELLTE DER GEMEINDE.*

Rabbinats-Vertreter:

Dr. Selmar *Rosenberg*, der am 1. Mai 1927 das Amt eines akademischen Religionslehrers übernahm, verwaltet den

durch den Fortgang des Herrn Dr. Elk zur Zeit verwaisten Rabbinersitz.

Kantor und Lehrer:

Kantor James *Rainowitz*, seit 1. September 1924. Wirkt gleichzeitig als Religionslehrer und hat seit Gründung der Jüdischen Volksschule 1934 deren Leitung übernommen.

Organist und Chor:

Musikdirektor Georg *Lehmann*, seit 1. April 1912.

16 Chordamen.

Synagogendiener:

Herrn Aron *Fein* wurde am 1. Oktober 1934 die synagogalen Funktionen des pensionierten Herrn Garbarsky übertragen.

In der kleinen Synagoge fungiert Herr A. J. *Cohn*, Kantor der Adaß-Jißroel, als Vorbeter und — bei seinem ausgedehnten und hervorragenden jüdischen Wissen — auch als vorzüglicher Thoravorleser.

Wohlfahrtspflegerinnen:

Gemeindeschwester Margot *Cohen*, Krankenschwester und Fürsorgerin, seit 1. 7. 1929.

Fürsorgerin Frieda *Kronheim*, seit Februar 1934.

Friedhof:

Verwalter Karl *Retzlaff*, seit 1. 7. 1929 und nach Bedarf wechselnd eine Anzahl Gärtner und Arbeiter.

Verwaltungsbüro:

Verwaltungsdirektor Jacob *Peiser*, seit 1. 12. 1927.

Buchhalterin Meta *Flater*, seit 14. 10. 1926.

Kontoristin Thea *Wolff*, seit 6. 3. 1929.

Bürobote Moses *Fajermann*, seit September 1930.

Hausverwalter Gustav *Schumacher*, seit 1. 4. 1921.

A. Adaß-Jißroel-Gemeinde

Die Stettiner Synagogengemeinde ist eine Einheitsgemeinde, die satzungsmäßig alle jüdischen Einwohner der Stadt umfaßt. Auch die Mitglieder der Adaß-Jißroel-Gemeinde gehören ihr an, und es ist ein Zeichen ihrer Opferwilligkeit, wenn sie, aus Gründen ihrer orthodoxen Anschauung, sich bemühen, soweit es ihnen möglich ist, außerdem mit eigenen finanziellen Mitteln ihre Sondergemeinde zu erhalten.

Das Datum der Gründung dieser Gemeinde ist nicht genau feststellbar. Es existiert ein Maskirbuch aus dem Jahre 1867, doch braucht dieses nicht das Gründungsjahr zu sein, denn das Buch kann später angelegt und die Namen und Daten darin später nachgetragen sein. Fest steht jedenfalls, daß der Rabbiner Dr. Benjamin *Stern*, geboren zu Grätz (Posen), der seit 1862 in Pyritz amtierte, im Juli 1872 hierherberufen wurde, angeblich von Herrn Hermann *Lehmann*. Zwar hat dieser, wie aus den Akten der Synagogengemeinde hervorgeht, zur Einweihung der neuen Synagoge ein Paar noch heute im Gebrauch befindliche Altarleuchter geschenkt und noch 1876 Eigentumsplätze in der großen Synagoge erworben, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß er trotzdem der Adaß-Jißroel-Gemeinde außerdem sein Augenmerk widmete. Bald aber wandte er sich völlig dieser Gemeinde zu und berief nach Fortgang des Rabbiners Dr. Stern den Kantor *Bloede* als Kantor und Schächter, der bis 1902 bei der Adaß-Jißroel tätig war und etwa im gleichen Jahre starb. Alsdann war noch ein Beamter *Gelbart* etwa zwei Jahre in der Adaß-Jißroel tätig.

In der Zeit von 1880 bis 1885 beschäftigte Herr Hermann Lehmann hier einen Sofer aus Litauen mit der Anfertigung einer Thorarolle für die Adaß-Jißroel. Diese soll der Adaß

Zeit ihres Bestehens gehören; sie ist heute noch in bestem Zustande. Die Kosten betrugen damals ca. M. 1500.—, ungefähr ein Jahr hatte der Sofer daran gearbeitet.

Ein Herr Max *Wald*, der ebenso wie Herr Lehmann bei der Firma Manasse Prokurist war, unterstützte diesen bei seinen Gemeindearbeiten. Er gehörte auch dem Vorstande an. Herr Lehmann, der unstreitig das geistige Oberhaupt der orthodoxen Gemeinde war, zog 1896 nach Frankfurt a. M., und die Führung der Adaß übernahmen M. *Ritzewoller* und Akiba Mordechai *Cohn*, genannt Papen-Cohn, zusammen mit dem obengenannten Herrn *Wald*. Dieser starb 10. 2. 1909, Papen-Cohn 1907. Darauf trat Caspar *Cohn*, genannt Holz-Cohn, in den Vorstand ein.

Die Adaß-Gemeinde hatte ihre Räume inzwischen dreimal gewechselt, und zwar erstens vom Rosengarten nach der Heiligen-Geist-Straße, dann 1901 in die Große Wollweberstraße 42, nachher 1905 in die Klosterstr. 2.

Ritzewoller starb 1910, so daß Cohn die ganze Verwaltung in den schweren Kriegsjahren allein innehatte. Im Jahre 1917 trat dann *Dickmann* mit in den Vorstand ein. Etwa 1920 zog sich Cohn wegen seines Alters zurück, und nun lag die Verwaltung in den Händen von Dickmann und Schreier. Zu dieser Zeit war die Adaß in den schwierigsten Verhältnissen, so daß ein Zusammenbruch drohte, weil nur wenig Mitglieder vorhanden waren. Man war gezwungen, vier Minjanleute zu engagieren, um das Minjan zu erhalten und überhaupt den Gottesdienst abhalten zu können. In den folgenden Jahren hat sich die Adaß-Gemeinde unter letztgenannter Verwaltung wieder etwas entwickelt, so daß man im September 1924 Herrn Kantor *Cohn* als Beamten berufen konnte. Etwa 1925 gehörte ferner auch noch Herr Holler kurze Zeit zum Vorstand. Dann wechselte der Vorstand wieder, und zwar ge-

hörten zum Vorstand: *Schreier*, *Holler*, *Senft* und *Lieder*.

Im Jahre 1931 erfolgte der Umzug der Adaß nach der Gr. Wollweberstr. 25. Die hier innegehabten Räume waren mit die schönsten, die die Adaß je innehatte.

Im Jahre 1930 entwickelte sich die Gemeinde so, daß man mit Hilfe des Keren-Hatorah eine *Talmud-Thora-Schule* ins Leben rufen konnte, in welcher Herr *Bergmann* den Unterricht leitete. Nach einjähriger Tätigkeit ging jedoch Bergmann nach Palästina, worauf Herr Rabbiner *Tarsis* mit der Leitung der Schule betraut wurde und etwa 1½ Jahre mit großem Erfolg in Stettin wirkte. Im Jahre 1933 entstand eine Spaltung in der Gemeinde, in deren Folge die Räume im Hause Gr. Wollweberstr. 25 aufgegeben werden und in die jetzt noch benutzten Räume Klosterhof 3 verlegt werden mußten.

Der Gottesdienst wird im Sinne des Gründers Hermann *Lehmann* weiter abgehalten. Ferner wird jeden Sonnabend ein Schiur Mischnais von Herrn Kantor Cohn gelehrt, woran sich eine Anzahl Mitglieder beteiligen.

B. Wohlfahrtsanstalten und Vereine

Die nachstehenden Wohlfahrtsinstitutionen sind sämtlich selbständige Vereine. Die Synagogengemeinde besitzt weder ein Altersheim noch ein Waisenhaus, vielmehr sind diese beiden hier bestehenden Institutionen ebenso selbständig wie die anderen hier aufgeführten Vereine. Die moralische Bindung zwischen ihnen und der Gemeinde ist aber eine so starke, daß sie stets auch finanziell seitens der Gemeinde gefördert und sie auch allgemein als wesentlicher Faktor innerhalb des jüdischen Wohlfahrtswesens Stettins betrachtet

werden. Die Mitglieder der Gemeinde nehmen an ihnen ein ebenso wesentliches Interesse wie an der Gemeinde überhaupt, die mit diesen Wohlfahrtsinstitutionen aufs engste zusammenarbeitet.

1. *ISRAELITISCHER WOHLTÄTIGKEITS- UND BEERDIGUNGSVEREIN (Chewra kadischah).*

Überall, wo sich Juden zusammenfanden, vereinigten sie sich zur Pflege ritueller Gebräuche, besonders zur Erweisung der letzten Liebesdienste und zur Bestattung ihrer Toten. Schon in der talmudischen Zeit finden wir derartige Zusammenschlüsse. So ist auch in Stettin der älteste Verein die Chewra kadischah, ja er ist von Anfang an so eng mit der Gemeinde durch Personalunion oder als ihr Beauftragter verbunden — wie dies die Geschichte des Friedhofs deutlich zeigt —, daß man bis zur Auffindung des Gründungsprotokolls vom 1. Juli 1816 glauben konnte, die Gemeinde sei aus diesem Verein hervorgegangen.

Um Rausch haschonoh 5583 wurde durch Herrn Theod. Borchart — dem man wohl als den ersten Organisator des hiesigen Gemeindewesens bezeichnen darf, wie dies schon aus den zum allergrößten Teil von seiner Hand herrührenden Protokollen usw. der ersten Periode hervorgeht — die Begründung eines Wohltätigkeits- und Beerdigungsvereins angeregt. Er lud durch Rundschreiben sämtliche Mitglieder deshalb ein, „da mehrfach der Wunsch ausgesprochen sei, hier, wie es in allen Gemeinden üblich sei, eine *Chewra Kadischah zu gründen*", sich zu einer Beratung darüber am Sabbath Teschubah *(21. Sept. 1822)*, abends, in der Wohnung des Kultusbeamten Herr T. Friedemann einzufinden. Durch Unterschrift des Zirkulars wird ausdrücklich bemerkt solle sich niemand zum Beitritte verpflichten.

Es wurde an demselben Abend die Bildung eines Vereins beschlossen, ein *Statut* sollte ausgearbeitet und demnächst zur Annahme vorgelegt werden. Die Namen der Mitglieder, welche durch Unterschrift des ersten Protokolls als Vereinsmitglieder eintraten, sind nach der, wahrscheinlich durch das Los festgestellten Reihenfolge, welche ohne Zweifel nicht etwa Rangstreitigkeiten vorbeugen, sondern die Einberufung zum Dienst normieren sollte und in den Kassenbüchern und Protokollen bis zum Jahre 1833 festgehalten ist, folgende:

1. Herr Jakob Meyer,
2. Herr Heilm. Auerbach,
3. Herr M. J. Daus,
4. Herr J. M. Cohn,
5. Herr J. H. Borchart,
6. Herr Sam. Heymann,
7. Herr A. P. Moritz,
8. Herr Benj. Heymann,
9. Herr David Salinger,
10. Herr M. E. Rosenhain,
11. Herr Mich. Seligmann,
12. Herr Jakob Heymann,
13. Herr Moses Wald,
14. Herr Theod. Borchart,
15. Herr Jos. Meyerheim,
16. Herr Isr. Lesser,
17. Herr B. M. Löwenstein,
18. Herr M. Caspary,
19. Herr Jul. Hammerfeld,
20. Herr Sal. Tepper,
21. Herr Hirsch Wald,
22. Herr Fab. Tepper,
23. Herr Lewin Moses,
24. Herr Ruben Herzberg.

Letzterer zog im Oktober *1822* hierher und trat noch vor der vollzogenen Konstituierung bei.

Diese Konstituierung fand, nachdem inzwischen das Vereinsstatut ausgearbeitet worden war, am *Chanukkah 5583* (also Mitte Dezember 1822) statt. Die Monatsbeiträge der Mitglieder sind jedoch bereits vom Beginn des genannten jüdischen Kalenderjahres an berechnet, bezahlt und gebucht. Am 19. Kislew (3. Dezember 1822) ist das Kassenbuch des Vereins angelegt.

Vom materiellen Gesichtspunkte aus, der eigenen Handhabung eines selbständigen Vermögens, wäre also der

3. Dezember Gründungstag des Vereins. Wie dem sei, der Verein hat von dieser Zeit an *ununterbrochen bestanden.* Seine Geschichte zerfällt in drei Perioden:

1. 1823—1840, 2. 1840—1862, 3. 1862—jetzt.

In der zweiten Hälfte der beiden ersten Perioden, und zwar von etwa 1832 resp. 1848 an, geriet das Leben und die Tätigkeit des Vereins ins Stocken, und es wurde eine Reorganisation nötig, welche im Jahre 1840 resp. 1862 erfolgt ist.

1. 1823—1840.

Das ursprüngliche Statut des Vereins ist noch im Manuskript vorhanden, es weicht nur in wenig erheblichen Punkten materiell von dem (gedruckten) Statut von 1840 ab; dieses sagt in § 2 ausdrücklich: „Die folgenden schon beim Entstehen der Chewra im Jahre 5583 entworfenen Tekanoth (Statuten) sind revidiert, die später hinzugekommenen Beschlüsse mit aufgenommen" usw. Einige Auszüge aus denselben werden daher weiter unten in der weit korrekteren Fassung von 1840 Platz finden.

Die Protokolle der Vorstandssitzungen und Generalversammlungen sind nur sehr unvollständig und nur aus den ersten Jahren vorhanden. Ein Verzeichnis der Vereinsvorsteher läßt sich nicht mehr aufstellen; da sie jedoch gewiß sämtlich aus der Zahl der ersten Gründer des Vereins genommen waren, so sind ihre Namen in dem oben gegebenen Verzeichnis derselben enthalten, und ihr Andenken bleibt in Ehren unvergessen.

Vollständig liegt von 1823—33 das Kassenbuch des Vereins vor. Einige Notizen daraus mögen hier einen Platz finden.

Die Gelder für das Haus auf dem Friedhofe und den Zaun um denselben, ebenso die Kosten der gerichtlichen Eintragung, Stempel- und Notariatsgebühren sind im Kassen-

buche des Vereins in Ausgabe berechnet, ebenso die Feuerversicherungspolice in den Jahren 1826—30. (Mit jährlich 4 Thlr. 19 Ggr. 3 Pf. für die auf 800 Thlr. taxierten und versicherten Baulichkeiten). Nun ist aber aus den Einnahmeposten ersichtlich, daß auch einige Gemeindemitglieder, welche nicht Vereinsmitglieder waren, den Anteil am Begräbnisplatze an die *Vereinskasse* eingezahlt haben. Der Verein handelte daher hier offenbar durchweg als Mandatar der Gemeinde, oder als Vorstandskommission, wie noch jetzt. Infolge des Gemeindestatuts von 1829 ist dies Verhältnis geändert oder vielleicht nur unklar und streitig geworden; im Kassenbuche tritt dieser Umstand dadurch hervor, daß die Police nicht mehr in den Ausgaben erscheint, also ohne Zweifel fortan ordnungsmäßig von der Gemeindekasse bezahlt ist.

Für „Miete des (Leichen-)Wagens" ist in dem ersten Jahre 1 Thlr. monatlich gebucht, vermutlich gilt dies für einen Schuppen zur Aufbewahrung, denn ein Leichenwagen wurde 1819 auf Kosten der Gemeinde angeschafft. Die Gesamteinnahmen in den beiden ersten Rechnungsjahren betrugen

715 Thlr. 15 Ggr. 4 Pf.,

die Ausgaben betrugen 703 Thlr. 11 Ggr 9 Pf.,

davon 650 Thlr. für die Bauten auf dem Begräbnisplatze. 1825 ist der letzte Posten des Baues mit 100 Thlr bezahlt; von da ab variieren die Ausgaben zwischen 31 und 90 Thlr. Es sind teils Beerdigungsunkosten, teils Unterstützungen und Kosten für und an *fremde* Kranke und Arme, auch nach auswärts sind mitunter Unterstützungen gesendet.

Mit dem Jahre 1833 bricht das Kassenbuch ab; die Lewysche Chronik bemerkt: „*Wenn durch das Gemeindestatut von 1829 ein fast gänzliches Aufgehen des Vereins in die Gemeinde* stattgefunden hat, so geschah dies doch nur infolge der eigentümlichen Fassung jenes Statuts, und die

Chewra hielt sich in ihrem Wirken nicht immer daran gebunden und versah ihre Obliegenheiten. Vom Jahre 1830 bis zum 12. April 1840 hat der Verein nur sehr lau bestanden, das gesellschaftliche Band war so locker geworden, daß an diesem Tage unter der Verwaltung des Herrn J. *Lesser* eine Reorganisation desselben nach dem gegenwärtigen Statute (d. h. dem von 1840) stattfand."

Welche Veränderung das Gemeindestatut vom 20. Oktober 1829 herbeigeführt hat, ist nicht klar. Man muß, als Herr Louis Lewy die vorstehenden Sätze niederschrieb und öffentlich vortrug (1846), allerdings die Verhältnisse der dreißiger Jahre hinlänglich gekannt haben, auch sind aus den Jahren 1833 bis 1839 keinerlei Vereinsakten oder Bücher vorhanden; dessenungeachtet hatte der Verein in den letztgenannten Jahren weit mehr Mitglieder, und zwar besonders junge Männer, aufgenommen als von 1823 bis 1833. Über neue Mitglieder wurde damals vom ganzen Verein ballotiert.

2. 1840—1862.

Durch Zirkular und Aushang in der Synagoge wurde am 2. April 1840 folgendes bekannt gemacht:

„Die *Repräsentanten* der hiesigen israelitischen Gemeinde haben *beschlossen, einen Wohltätigkeitsverein (Chewra)* zu bilden. Indem ich die geehrten Mitglieder unserer Gemeinde hiervon in Kenntnis setze, ersuche ich diejenigen, welche Teilnehmer des genannten Vereins werden wollen, sich am 12. d. M., nachmittags 2 Uhr, in unserer Synagoge (auf dem Frauenchor) einzufinden, wo ihnen die entworfenen Statuten zur weiteren Veranlassung vorgelegt werden sollen. Diejenigen Mitglieder, welche sich zur erwähnten Zeit nicht einfinden, . . . werden sich bei später erfolgender Meldung einem Ballotement unterwerfen müssen.

Der Vorsteher der Israelitischen Gemeinde. J. Lesser."

Es ist bereits mehrfach erhärtet, *daß ein neuer Verein keineswegs gebildet* wurde, und man sich vollkommen im Zusammenhange mit dem bisherigen wußte, dies auch im neuen Statut aussprach. Aufs deutlichste ergibt sich dies aus dem Verzeichnisse der Mitglieder, welche den Verein nunmehr bildeten. Ihre Zahl betrug 34, darunter 31, welche auf der Kurrende bemerkten, daß sie *bereits Mitglieder des Vereins* seien.

Ein Protokoll der Versammlung vom 12. April 1840 ist nicht vorhanden, doch muß das Statut (117 Paragraphen) en bloc angenommen worden sein, da es mit dem Datum des 12. April und mit der Bestätigung der Vorsteher und Repräsentanten vom 13. desselben Monats versehen, gedruckt worden ist. Entworfen ist dasselbe von J. Lewin, J. M. Cohn, Th. Borchart, M. Löwenstein, J. Meyer.

Das Urstatut von 1822 gibt sich mit Definition des Vereinszweckes nicht ab, es wußte ein jeder, was eine Chewra Kadischa de Bikkur cholim ugemiluth chassadim zu bedeuten habe: „Krankenpflege und Wohltätigkeit gegen Lebende und Tote." Es ist auch bereits erwähnt, daß fremden Armen Unterstützung in bar gegeben wurde, zuweilen heißt es „einem Kranken", zuweilen fehlt diese Bezeichnung. Der deutsche Name des Vereins lautet — auf der *Police 1826* — „*Wohltätigkeitsverein*". Im Jahre 1857 lautet er „Wohltätigkeits- und Begräbnisverein", ebenso in mehreren Entwürfen. *Erst in dem Statut von 1862* und in dem Entwurfe von 1860 ist der Titel in „*Beerdigungs- und Wohltätigkeits-Verein*" *umgestellt* und als Zweck Beerdigung usw. bezeichnet.

1841, am Tage vor dem ersten Schewat, fand ein Festessen des Vereins statt (21. Januar). Es blieb Übereinkunft, dies alljährlich an diesem Tage zu tun, ist auch so im Statut von 1857 bestimmt.

Besonders feierlich wurde das Fest im Jahre 1846 (27. Januar) abgehalten. Am Vormittag um 10 Uhr fand Gottesdienst und Predigt des Herrn Dr. Meisel statt, abends Festmahl. Die „Kgl. Priv. Stett. Zeitung" vom 30. Januar, welche den Akten beigeheftet ist, enthält eine ausführliche Beschreibung der Feier. Bei dem Festessen trug *Herr L. Lewy* die oben zitierte, von ihm verfaßte *Chronik des Vereins* resp. der Gemeinde vor. Ebenso wurde bei dieser Gelegenheit von ihm 1. an die Gründung eines *israelitischen Krankenhauses*, welche schon früher von dem Vereinsarzte, Herrn Dr. *Schlesinger* (später Sanitätsrat), angeregt war, und 2. an die Gründung eines *Frauenvereins*, welche ebenfalls bereits mehrfach „beschlossen" war, gemahnt.

Im Jahre 1847 kam die angeregte Gründung eines *Krankenhauses* teilweise zur Ausführung, nachdem Herr Lewy bei dem Festessen im Februar die Sache noch einmal angeregt hatte. Vorstand und Repräsentanten der Gemeinde stellten *nämlich das zweite Stockwerk des (alten) Vorderhauses der Synagoge* für einen jährlichen Mietzins von 48 Thlr. zur Einrichtung eines Krankenzimmers dem Wohltätigkeitsverein zur Disposition.

In den Jahren 1847/48 hatte der Verein den Höhepunkt seiner zweiten Periode (1840—62) erreicht, seine Mitgliederzahl betrug 42. Von da ab treten veränderte Umstände ein, die in der Geschichte der Gemeinde bereits berührt wurden. Infolge der wirren Zustände, die damals einsetzten, geriet auch der Gang der Verwaltungsgeschäfte des Wohltätigkeitsvereins ins Stocken. Die durch das neue Gemeindestatut erforderliche Neukonstruierung fand nicht statt, die Zahl der Mitglieder nahm zusehends ab, und nur eine kleine Anzahl blieb dem Verein und dessen hohen Pflichten treu, so daß wenigstens ein Stamm erhalten blieb.

Erst am 30. Juli 1863 wurde ein neues Statut festgestellt und von den Gemeindebehörden bestätigt.

In der dritten Periode des Vereins (seit 1862) wird ein neues Haus auf dem Friedhof erbaut (1864), dieser dann erheblich vergrößert, neu eingefriedet und verschönert (1868).

Das Statut von 1862 wird einer Revision unterzogen und am 20. Dezember 1871 neu festgestellt.

In der ersten Generalversammlung des auf Grund des neuen Statuts reorganisierten und auf 130 Mitglieder angewachsenen Vereins konstituierte sich dieser am 22. März 1863 unter dem Vorsitz des Herrn J. *Lesser*. Die Zahl der Vereinsmitglieder betrug 1872: 190.

Der Verein entwickelte sich in den folgenden Jahren aufs beste. Am 24. Juni 1903 wurde sein 80jähriges Bestehen durch einen Festgottesdienst und am 26. durch ein Essen begangen. Er zählte damals 455 Mitglieder.

Besonders glänzend wurde das hundertjährige Bestehen des Vereins gefeiert. Der Inflation wegen hatte man 1922 den eigentlichen Gründungstag nicht begehen können. Die Feier wurde daher nachträglich am 28. Januar 1924 veranstaltet. Fast die ganze Gemeinde nahm an diesem Ehrentage der Chewra und an der Festlichkeit im großen Konzerthaussaal teil. Der Vorstand bestand damals aus den Herren Louis Lewy, Hugo Barasch, Jacob Tannenwald, Hugo Gottfeld, Karl Scherk, Jacob Brandt, Arnold David. Der langjährige Vorsitzende Herr S. *Wiener* wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Schon damals war aber der Mitgliederbestand nicht mehr derselbe wie 1903, er betrug 389. Leider sank er 1932 auf 366 und beträgt heute 290. Durch die Inflation hat auch das Vermögen, welches 1919 fast M. 87 800.— betrug, eine er-

hebliche Verminderung auf etwa M. 8000.— erfahren. Trotz alledem gelang es dem Vorstand, der heute aus den Herren Louis *Lewy*, Karl *Scherk*, Hugo *Gottfeld*, Arnold *David*, Jacob *Peiser*, Bernhard *Bohrmann*, Georg *Schatz* besteht, seinen satzungsmäßigen Pflichten nachzukommen und außer den letzten Diensten an Verstorbenen auch die notleidenden Lebenden zu betreuen.

Nachstehend sind die Namen der Vorsitzenden aufgeführt, wobei zu bemerken ist, daß bis 1840 gar keine Aufzeichnungen hierüber bestehen und seitdem bis 1863 die Namen in den Akten nur an erster Stelle zu finden waren, ohne die ausdrückliche Bezeichnung der betreffenden Herren als Vorsitzenden:

1840: Hirsch *Wald*,
1843: J. *Jacoby*,
1846: Isr. *Cronheim*,
1847: J. *Lesser*,
1848: B. B. *Lisser*,
1849: A. *Wittkowsky*,
1857: Cohn *Zehden*,
1863—1887: J. *Lesser*,
1888—1895: *Lehmann*,
1899—1909: Emil *Halle*,
1909—1911: S. *Saalfeld*,
1912—1923: S. *Wiener*,
seit 1923: Louis *Lewy*.

Neue Statuten wurden im Jahre 1892 in Kraft gesetzt, nach denen noch heute der Verein geleitet wird.

Schließlich sei noch die Feier des 25jährigen Vorstandsjubiläums des Herrn Louis Lewy am 13. Februar 1932 erwähnt, der seit Jahren auch als Vorsitzender die Vereinsgeschäfte in selbstlosester Weise leitet.

Als Beerdigungskommissar war Herr Heymann *Gurau* 40 Jahre bis 1922 tätig. Nach seinem Tode übernahm dies Amt Herr Aron *Fein*, der schon seit 20. August 1910 hilfsweise hier beschäftigt war.

Die Chewra kadischah als derjenige Verein, mit dem die Gemeinde seit ihren Gründungstagen aufs engste verbunden ist, hat schon aus diesem Grunde, aber auch um ihrer Tätigkeit willen, die ihren Vorstand zu einem ständigen Ausschuß der Gemeinde werden ließ, wohl das Recht, eine ausführliche Darstellung ihres Werdens zu erhalten. Deshalb ist ihr hier ein so verhältnismäßig großer Raum gewidmet worden.

Ebenso eng mit dem Leben der Gemeinde verknüpft ist

2. *DER ISRAELITISCHE FRAUENVEREIN E.V.*

Schon um das Jahr 1830 hat, wie sich aus spärlichen Andeutungen aus den Akten ergibt, ein Frauenverein bestanden, der sich jedoch wieder aufgelöst hatte. Näheres über seine Tätigkeit und die leitenden Personen ist jedoch nicht bekannt.

Eine im November 1847 in Umlauf gesetzte, vom Herrn Rabbiner Dr. Meisel verfaßte Aufforderung hatte endlich günstigen Erfolg. Der Verein sollte bezwecken:

„1. Die Bestattung weiblicher Leichen,
2. die Pflege weiblicher Kranken,
3. Unterstützung verarmter Frauen durch Geld."

„In Berücksichtigung, daß manche Frau durch körperliche Schwächlichkeit oder zu große Erregbarkeit nicht imstande ist, den Dienst bei einer Leiche selbst zu verrichten, soll die Mitgliedschaft auch durch Geldbeitrag allein zulässig sein, von dem aber die Diensttuenden auch nicht ausgeschlossen (d. h. befreit) sein sollen." Demnach wurde ersucht, in der Liste zu vermerken, ob man diensttuendes oder nur beitragendes Mitglied sein wolle.

Es wurden darauf die zum Beitritt Gemeldeten von dem Rabbiner Dr. Meisel, dem Vorsteher des Wohltätigkeits-Vereins, J. Lesser, und dem Obervorsteher der Gemeinde, Louis Lewy, zu einer Generalversammlung auf den 16. Dezember 1847 eingeladen, zunächst das entworfene Statut verlesen, in einigen Punkten abgeändert und angenommen. Alsdann wurden gewählt:

Frau Henriette *Heymann*,
Frau Fanny *Salinger*, } zu Vorsteherinnen.

Frau Rosa *Löwenstein*, speziell als Krankenpflegerin.

Frau Bertha *Meyer* als Kassenführerin.

Frau Amalie *Lesser*,
Frau Amalie *Cronheim*, } zu Stellvertreterinnen.

Somit war der Verein am 16. Dezember 1847 konstituiert. Es waren 76 Frauen, d. h. fast alle verheirateten weiblichen Mitglieder der Gemeinde, erschienen.

Schon 1849 spendete der Frauenverein der Gemeinde 50 Taler für einen Brunnen auf dem Friedhof. 1854 gab er zur Grundstockserrichtung für das Waisenhaus ebenfalls 50 Taler; 1865 Zuschüsse zur Umzäunung des Friedhofs sowie für den Bau des Hauses auf dem Friedhof. Etwa 40 Jahre hindurch leitete der jeweilige Rabbiner die Generalversammlung des Frauenvereins, anfangs wurden alle Vorstandsmitglieder auf Lebenszeit gewählt, erst später durch die jeweiligen Generalversammlungen, von denen jede folgende eine Erweiterung des Geschäftsganges und der Vereinsführung aufwies. 1872 hatte der Verein bereits 180 Mitglieder. Unter der Leitung von Frau *Rosa Vogelstein* erweiterte der Verein seine Ziele und Arbeitsform nach noch heute gültigen Grundsätzen. Aus der bisherigen weiblichen Chewra wurde eine den neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen angepaßte, auf allen Gebieten jüdischer Frauenarbeit wirkende Vereini-

gung, die sich als eine der führenden in der jüdischen Frauenbewegung jener Tage erwies. Die mannigfachen Aufgaben der erweiterten Wohlfahrtspflege wurde getrennten „Kommissionen" übertragen, planmäßige Aufbau-Arbeit durch Jugend- und Berufsfürsorge (Gründung des „Heims für im Erwerb stehende Frauen", der „Jugendgruppe", durch Förderung des Gesundheitswesens, Ausbildung jüdischer Krankenpflegerinnen, Unterstützung von Erholungsstätten), aber auch soziale Arbeit im eigentlichen Sinne durch Pflege der Geselligkeit geleistet, deren Zweck die „Verinnerlichung und Stärkung des Zusammengehörigkeitsbewußtseins unter den Juden, besonders unter den Frauen" sein sollte. Einer Anregung des Israelitischen Frauenvereins, Stettin (Frau Rosa Vogelstein) verdankt der „Jüdische Frauenbund" seine Entstehung; der Israelitische Frauenverein Stettin trat dem Jüdischen Frauenbund bei dessen Gründung bei. Bereits damals vollzog der Israelitische Frauenverein seine Unterstützungsarbeit im Anschluß an die Zentralarmenkommission der Synagogengemeinde und an den Wohltätigkeitsverein, eine Maßnahme, die sich bis heute als segensreich erwiesen hat und erst sehr viel später durch Wohlfahrtszentralen in ähnlicher Form in anderen Gemeinden erstand.

1908 hatte der Verein ca. 600 Mitglieder.

Seitdem wird die Arbeit über das Gebiet der Wohlfahrtspflege hinaus ausgebaut durch Übernahme der wachsenden jüdischen Frauenaufgaben.

Nach Frau Vogelstein übernahm Frau *Ella Rieß* den Vorsitz. Ende 1925 erfolgt die Aufhebung des bis dahin bestehenden Aufsichtsrechts des Gemeindevorstandes über Vermögen und Einkünfte des Vereins sowie Eintragung des Vereins in das Vereinsregister. Damit ist er völlig selbständig und entfaltet eine besonders aktive Tätigkeit z. B. durch

Übernahme unmittelbarer Gemeindeaufgaben, wie die Tempelaufsicht auf der Frauenempore sowie Propagierung und Erreichung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts in der Gemeinde (1926 erstmalig ausgeübt). Es wird die Schaffung eines weiblichen Arbeitsnachweises vorgenommen, einer Kleiderkammer, eines Kinderhortes, eines Provinzialverbandes des jüdischen Frauenbundes für Pommern und angrenzende Gebiete, einer Beratungszentrale, einer Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes in Stettin. Kurse zur Ausbildung von Haushaltspflegerinnen für Schneidern, Sprachen, Literatur und kaufmännische Kenntnisse werden eingerichtet.

Während des Weltkrieges betätigte sich der Verein durch Mitarbeit am nationalen Frauendienst — in dessen engeren Vorstand die damalige Vorsitzende des Isr. Frauenvereins von der Stadt gewählt wurde —, später in der Gefängnisfürsorge, Winterhilfe, in der Arbeitsgemeinschaft für Frauenbestrebungen. Der Jugenddienst wird erweitert durch Gefährdetenfürsorge, Pflegestellen- und Adoptionswesen, Berufsfürsorge. Die Jugendlichen werden zu sozialer Arbeit herangezogen. Bevölkerungspolitisch betätigt sich der Verein durch Schaffung einer Brauttruhe mit Mitarbeit im Vorstand des Vereins zur Ausstattung armer Bräute (Wöchnerinnen- und Kinderfürsorge). Ebenso wird mit der Gemeinde im Wohlfahrtswesen, im Ausschuß für Hilfe und Aufbau zusammengearbeitet und eine Sozialbeamtin mitbesoldet.

Trotz dieser vielseitigen Bestrebungen werden selbstverständlich die altehrwürdigen Urbestimmungen des Vereins stets aufrecht erhalten. (Der letzte Liebesdienst an den Verstorbenen, Nähen der Sterbekleider, Tahara, Totenwachen, Friedhofsbesuch bei Beerdigungen, Kranken- und Wöchnerinnenfürsorge, Kinder- und Armenpflege).

Der Verein hat während seines fast 90jährigen Bestehens

nur drei Kassiererinnen gehabt, Frau Bertha Meyer, Frau Johanna Meyer, Frau Clara Treuenfels (seit 32 Jahren). Der augenblickliche Vorstand besteht aus den Frauen:

Ella Rieß (seit 32 Jahren),
Clara Treuenfels (seit 32 Jahren),
Fränze Adler,
Magda Landsberg,
Anna Lewy,
Elfriede Stransky,
Lucie Boas,
Gertrud Plocki,
Johanna Wollenberg,
Else Dobrin (Ehrenvorsitzende), (25 Jahre Vorstandsmitglied, seit 1928 Ehrenvorsitzende).

3. *ISRAELITISCHES WAISENHAUS.*

Der schöne Gedanke, verwaisten Kindern ein Heim zu schaffen, wurde durch die aufopfernde Tatkraft des Herrn Rabbiners Dr. Meisel zur Wirklichkeit. Aus den Gründungsakten ersehen wir, wie unermüdlich er bestrebt war, in der Gemeinde Interesse für seine menschenfreundlichen Gedanken zu erwecken.

Im Januar 1854 fand die erste Besprechung zwecks Gründung der Anstalt, am 24. Mai eine Generalversammlung zur Genehmigung der Satzungen statt; am 10. Januar 1855 wurden diese Satzungen von der Behörde genehmigt.

Einige Schwierigkeiten machte es, eine geeignete Wohnung zu finden. Schließlich wurde in der Kl. Wollweberstraße Nr. 728 in der dritten Etage eine Wohnung von fünf Zimmern mit reichlichem Zubehör für den jährlichen Mietpreis von 175 Talern vom 1. April 1855 bis zum 1. Oktober 1857 gemietet. Welch großen Anklang die humanitären Ideen

Dr. Meisels bei den Gemeindemitgliedern fanden, beweist die hochherzige Stiftung des Herrn Hirsch Moses, der am 3. Mai 1856 an den Vorstand der Isr. Gemeinde folgendes Schreiben richtete:

„Ich beabsichtige, dem hiesigen Isr. Waisenhause mit einer dauernden Wohnung auf dem Grundstück der Gemeinde ein Geschenk zu machen und bestimme für diesen Zweck die Summe von Thalern 4000.—, welche ich der Gemeinde unkündbar und zinsfrei verleihen will, wenn dieselbe sich verpflichtet, auf dem neu zu erbauenden Grundstück Rosengarten 9/10 die Parterrewohnung nach der mir vorgelegten Zeichnung des Maurermeisters Müller herzustellen und dem Waisenhaus zur ordnungsmäßigen Benutzung auf ewige Zeiten mietsfrei zu überlassen.

Die Instandsetzung der Wohnung ist mit der Verwaltung des Waisenhauses in der Art zu arrangieren, daß dem Waisenhause dieselben Benefizien wie jedem anderen Mieter zuteil werden.“

In einer Urkunde vom 18. 10. 1858 bestätigt der Vorstand der Gemeinde die Annahme der Schenkung. Weitere erhebliche Zuwendungen anderer Wohltäter folgten.

Die ersten Statuten sind vorbildlich, erschöpfen jede Möglichkeit eines gedeihlichen Betriebes. In den 75 Jahren des Bestehens sind wohl Änderungen an den Satzungen vorgenommen, die Grundlinien blieben dieselben.

Die segensreiche Tätigkeit Dr. Meisels gewann zahlkräftige Freunde, die seiner Schöpfung Leben und Gedeihen sicherten. Aus den laufenden Jahresberichten ersieht man mit Freude, wie die Zahl der Gönner steigt, wie die Provinz sich beteiligt, und wie vielen Kindern ein wirkliches Heim bereitet wird, ein Heim, in dem sie geistig und körperlich gut versorgt sind, so daß sie nicht das Gefühl des Verwaistseins

empfinden. Sogar die Wahl von Ehrenmüttern, die dem Vorstand helfend zur Seite stehen sollen, ist bereits im ersten Statut vorgesehen. Der erste Vorstand setzte sich wie folgt zusammen: Dr. Meisel, Rosenheim, J. Lesser, A. Abel, A. Euchel.

Die Entwicklung des Waisenhauses wurde im Jahre 1866 durch die politischen Wirren und durch das Auftreten der Cholera gefährdet. Mehrere Vorsteher und Ehrenmütter fielen der Epidemie zum Opfer. Das Weiterbestehen des Waisenhauses schien in Frage gestellt; trotzdem hat man im Vertrauen auf Gott Kinder, deren Eltern der Seuche anheimfielen, im Waisenhause aufgenommen, und es hat sich alles zum Guten gewendet.

Nach wiederholten vergeblichen Anträgen an die Regierung wurden im November 1893 dem Waisenhause die Rechte einer juristischen Person verliehen.

Die Räume im Gebäude am Rosengarten erwiesen sich allmählich den gesteigerten Anforderungen gegenüber, auch in hygienischer Beziehung, nicht als ausreichend. So siedelte das Waisenhaus im Jahre 1899, also vor 30 Jahren, in die im ersten Stock gelegene helle und freundliche Wohnung in der Passauer Str. 1 über, wo die Anstalt sich heute noch befindet.

Seit dem Jahre 1918 besitzt das Waisenhaus das Grundstück Elisabethstr. 65. Die Hoffnung, die Anstalt dorthin verlegen zu können, sie zu vergrößern und auch noch ein Mädchenwaisenhaus anzugliedern, hat sich leider durch die nach dem Kriege eingetretenen schwierigen Wohnungsverhältnisse bisher nicht verwirklichen lassen.

Drei seiner Schützlinge verlor das Waisenhaus durch den Weltkrieg.

Das 75jährige Bestehen der Anstalt wurde durch eine Feier und ein Synagogenkonzert am 27. Januar 1929 begangen, bei

dem namhafte Berliner Künstler mitwirkten, und dessen Reinertrag seinem Zwecke zugute kam.

Die Erziehung der Kinder war in die Hände folgender Waiseneltern bzw. Waisenväter gelegt:

Israeli:	1858—1864,
Peritz:	1864—1871
Cohn:	1871—1875,
Rosenbaum:	1875—1885,
Willner:	1885—1904,
Josef Speyer:	1. 4. 1904— 4. 10. 1909 (gest.),
Max Lippmann:	1. 4. 1910—19. 10. 1933 (gest.),
Siegfried Weil:	seit 1. 5. 1934.

Alle waren in selbstlosester Weise bemüht, die Kinder zu brauchbaren, tüchtigen Menschen zu erziehen. Immer herrschte das Bestreben, daß die Kinder nie das Gefühl der Anstaltserziehung haben, sondern sich als Familienglied betrachten, und demgemäß ist auch die Erziehung eine weitgehend individuelle, was durch die verhältnismäßig kleine Zahl der betreuten Kinder ermöglicht wird.

In diesem Sinne wirkt auch der jetzige Waisenvater Siegfried *Weil* in Gemeinschaft mit Frau *Lippmann*, Witwe des 1933 verstorbenen Waisenvaters Max Lippmann.

Der Vorstand ist den Kindern ein liebevoller Betreuer. Er besteht zur Zeit aus den Herren Arthur *Perl*, Gustav *Falkenheim*, Wilhelm *Fonfé*, Rechtsanwalt *Abrahamsohn* und Frau Fränze *Adler*.

4. *JÜDISCHES ALTERSHEIM E. V.*

Das Jüdische Altersheim oder — wie es bis zum Jahre 1930 hieß: die Jüdische Altersversorgungsanstalt — verdankt seine Entstehung der hochherzigen Spende des Herrn Jacob *Samuel* und seiner Frau Minna geb. Dobrin anläßlich ihrer Silber-

hochzeit im Jahre 1889. Eine intensive Werbung von Mitgliedern für den Verein begann, und am 11. Dezember 1893 bezogen die ersten Insassen — vier an der Zahl — die kleinen Räume in der Wilhelmstraße, die von einem Ehepaar betreut wurden.

Der erste Vorsitzende des Vereins war Meyer *Friedeberg*, der von Leo *Lewin* und Adolf *Lesser* tatkräftig unterstützt wurde.

Die ersten Pfleger waren Siegfried Cronbach und Emil Halle, und zu den ersten Mitgliedern des Damenbeirats gehörte Frau Else *Dobrin*, die noch heute als Ehrenvorsitzende unermüdlich für das Wohl der Insassen tätig ist. Zu den ersten Insassen gehörte auch Frl. Lewin, die heute noch ihren Lebensabend im Heim verbringt.

Aufbau und Erhaltung des Heim erforderten viel Mühe und Zeit von den ehrenamtlich tätigen Betreuern. Deshalb sei auch hier aller dankbar gedacht, die ihre ganze Arbeitskraft in seinen Dienst gestellt haben, insbesondere der späteren Vorsitzenden Dr. *Samuel*, Guido *Rieß*, Louis *Schlesinger* und Leo *Will*. Ihrer Tatkraft und der Opferfreudigkeit aller Kreise der Gemeinde ist es zu danken, daß der Verein heute ein *Haus* sein eigen nennt, insbesondere aber dem verstorbenen Herrn Joseph *Levy*, der für diesen Zweck die Summe von RM. 20 000.— zur Verfügung stellte. Die Witwe dieses großherzigen Spenders, Frau Maria Lewy, ist noch heute im Damenbeirat tätig.

Nun nahm die Belegschaft des Heims immer weiter zu. Das erste Stockwerk des Hauses Kronenhofstr. 27 war bald mit 20 Insassen voll belegt. Im November 1930 wird der erste Teil des zweiten Stockwerkes für 12 Insassen hinzugenommen, der zweite Teil für 7 Personen folgt im Oktober 1932, so daß unter Hinzunahme eines weiteren kleinen

Zimmers das Heim die hohe Belegschaft von 40 Personen, 6 Herren und 34 Damen, zählt. Aber noch liegen zur Zeit eine Reihe Anmeldungen vor, die nicht befriedigt werden können.

Ein Zeichen der gesunden Lebenshaltung im Heim mag es sein, daß dort die einzige eiserne Hochzeit eines jüdischen Ehepaares gefeiert werden konnte, und der älteste jüdische Bürger Stettins dort in voller Frische in nächster Zeit seinen 95. Geburtstag begehen will.

Die Leiterin des Heims ist Frl. Bertha *Dornacher*, die jetzt bald zehn Jahre die Heimbewohner betreut, der allzeit hilfsbereite Arzt Herr Dr. Martin *Gumpert*.

Auf Anregung der rührigen Vorsitzenden des Frauenvereins, Frau Ella Rieß, ist in neuester Zeit die Einrichtung geschaffen, jungen jüdischen Mädchen Gelegenheit zur Ausbildung in allen Zweigen der Hauswirtschaft zu geben, und zwischen ihnen und den alten Insassen hat sich ein geradezu herzliches Verhältnis herausgebildet.

Zur Zeit gehören dem *Vorstand* die Herren Dr. *Glaser*, Dr. Hugo *Gerson*, Carl *Cohn*, Siegfried *Pawel*, Walter *Solms*, Bernhard *Bohrmann* und Frau Ella *Rieß* an, die gemeinsam mit einem Damenbeirat unter Leitung von Frau Betty *Cohn* bemüht sind, das Heim durch alle Fährnisse der Zeit unseren Alten und unserer Gemeinschaft zu erhalten.

SCHLUSSWORT.

Am 28. Nissan d. J. kann die Synagoge auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken; zugleich aber ist dieses Jubiläum ein doppeltes. Zwar wissen wir nicht das genaue Datum der Gründung der alten Synagoge, gewiß aber ist, daß sie in den Jahren 1834/35 erbaut wurde. Vielleicht kannte man den genauen Termin noch zur Zeit des Baues der neuen Synagoge und hat deswegen den 28. Nissan auch als deren Einweihungstag gewählt.

Das jetzige Jubiläum sieht eine zur Zeit rabbinerlose Gemeinde, die aber in sich gefestigt und treu zu ihrem Judentum haltend diesen Tag des Gedenkens durch eine schlichte, würdige Feier während des Freitagabend-Gottesdienstes am 24. Mai begeht, wobei Herr Dr. *Rosenberg* die Festpredigt hält.

Gleichzeitig wird anläßlich dieser Feier eine „Jüdische Kunstschau" im Repräsentantensitzungssaal veranstaltet, welche Kungstgegenstände aller Art, die in Beziehung zum Judentum stehen, umfassen soll. Ebenso sollen aber auch Urkunden von historischem Interesse, wie Bürgerbriefe, Familienpapiere u. a. m. gezeigt werden.

Wir begehen dieses zugleich hundertjährige und sechzigjährige Jubiläum in diesem Jahre einer für uns Juden ernsten Epoche mit dem Dank an Gott, der uns diese Zeit hat erleben lassen, aber auch in dankbarer Erinnerung an die, die in so weitblickender Weise Häuser zur Ehre des göttlichen Namens gebaut haben und mit unserer eigenen Vornahme, Opferwilligkeit und Bekenntnis zur Gemeinschaft stets ebenso gern und freudig zu bekunden wie jene, die vor uns waren.

LITERATUR:

Akten der Synagogengemeinde Stettin in ihrem Archiv.

Akten der Synagogengemeinde Stettin im Gesamtarchiv der deutschen Juden, Berlin.

Akten des Staatsarchivs für die Provinz Pommern.

Akten des Isr. Wohltätigkeits- und Beerdigungs-Vereins.

Wehrmann, Geschichte der Stadt Stettin. 1911.

Grotefend, Geschichte der Juden in Pommern Bd. 32, 1930.

Rede des Herrn Louis Lewy (Teil seiner Chronik?) 1846.

Dr. Treuenfels, Erinnerungsblätter 1872.

Dr. Treuenfels, Predigt zur Einweihung der neuen Synagoge zu Stettin 1875.

Gedenkblatt zum 50 jährigen Jubiläum des Isr. Frauenvereins 1898.

Jubiläumsschrift des Isr. Waisenhauses 1929.

BILDBEILAGEN

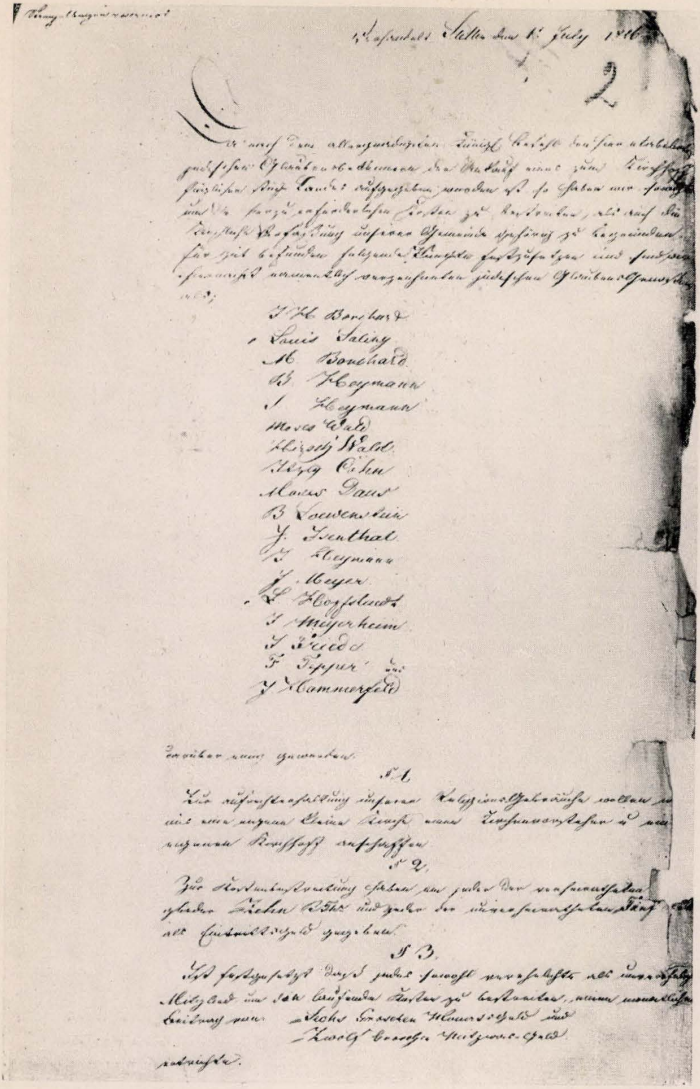


Abb. 1. Gründungsakte der Synagogengemeinde Stettin. (Erste Seite.)

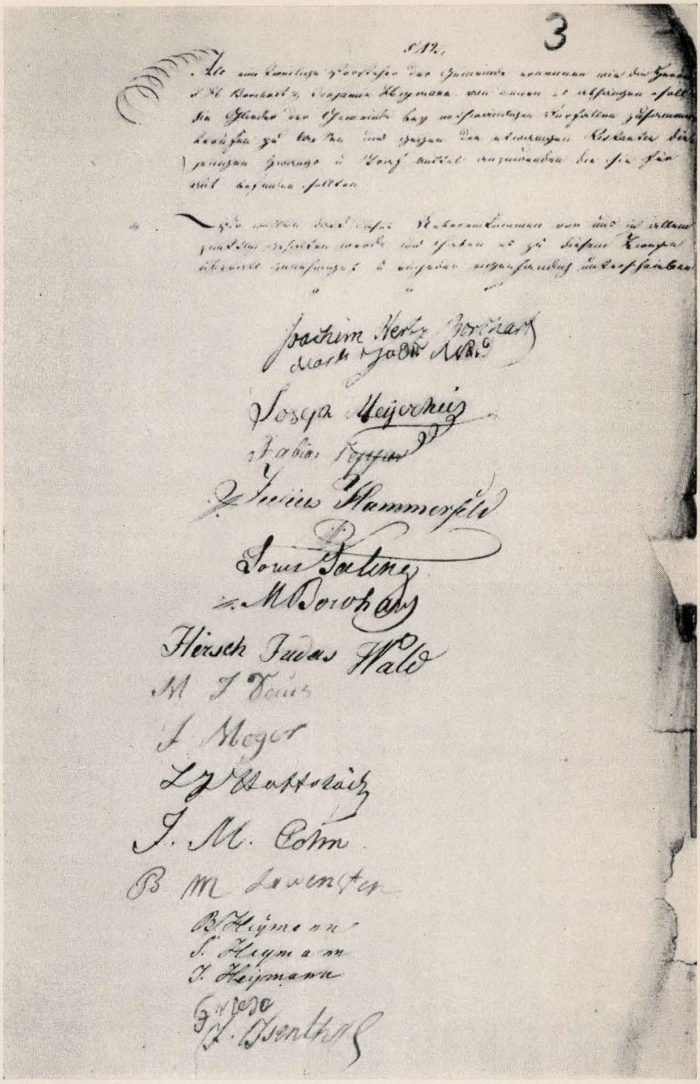


Abb. 2. Gründungsakte der Synagogengemeinde Stettin. (Letzte Seite.)

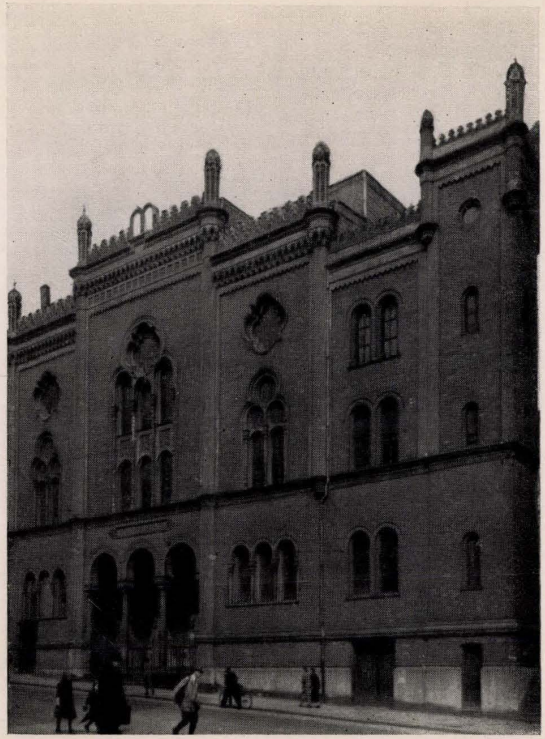


Abb. 3. Synagoge, Fassade.



Abb. 4. Verwaltungsgebäude.



Abb. 5. Synagoge, Innenansicht.



Abb. 6. Orgelempore.



Abb. 7. Kuppelpfeiler und Zwickel.

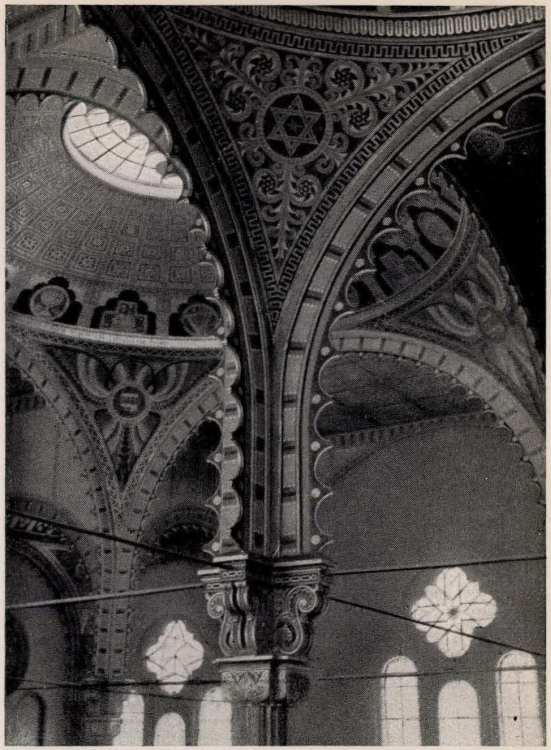


Abb. 8. Durchblick durch die Kuppelkonstruktion.



Abb. 9. Heilige Lade, geöffnet.



Abb. 10. Wochentagssynagoge.

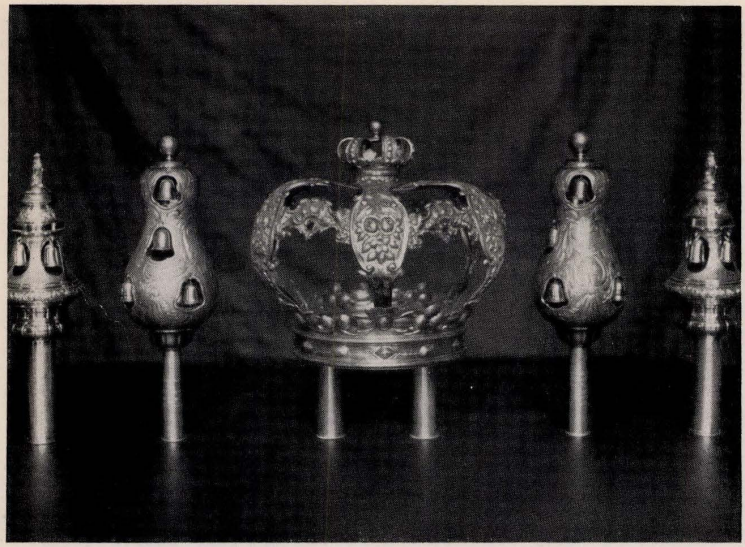


Abb. 13. Silberne Thoraaufsätze.



Abb. 14. Silberne Thoraschilder und Thorazeiger. (Unten hölzerner Thorazeiger.)



Abb. 15. Kidduschbecher und Bsomimbüchse.



Abb. 16. Leuchter.

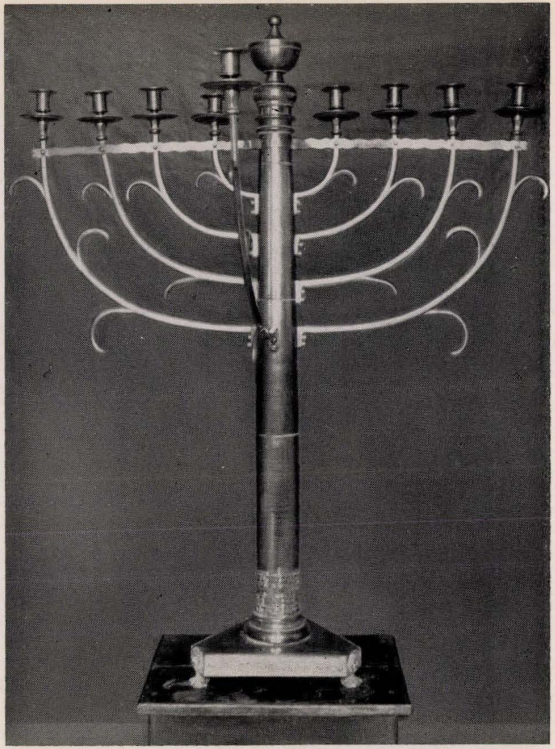


Abb. 11. Chanukkaleuchter (1,50 m hoch) 5595/1835.



Abb. 12. Thoramäntelchen aus dem Jahre 5595/1835.



Abb. 17. Grabmal Rabbiner Dr. Treuenfels.



Abb. 18. Grabmal Rabbiner Dr. Vogelstein.



Abb. 19. Grabmal Rabbiner Dr. Worms.



Abb. 20. Grabmal Chaim Coeslin.



Abb. 23. Ältestes Grabdenkmal (Holz).



Abb. 24. Friedhofshalle, Innenansicht.



Abb. 21. Friedhof, alter Teil.



Abb. 22. Friedhof, neuer Teil.



Abb. 25. Ehrenfriedhof m. Rückseite der Friedhofshalle.



Abb. 26. Gefallenengedenktafel in der Synagoge.



Vorstandssitzung im Konferenzzimmer des Verwaltungsbüros.

DIE RABBINER DER SYN



Dr. Wolf Aloys Meisel
1843—1859



Dr. Abraham Treuenfels
1860—1879



Dr. Max Wiener
1912—1926



Dr. Dagobert Nellhaus
1921—1924

)GENGEMEINDE STETTIN



Dr. Heinemann Vogelstein
1880—1911



Dr. Moses Worms
1904—1920



Dr. Max Elk
1926—1935



Rabb. Karl Richter
seit 1936